

Meilensteine der Demokratie
in Bayern:

**DIE WILHELM-
HOEGNER-PREISE DER
BAYERNSPD-
LANDTAGSFRAKTION**

**DER FREI
STAAT**

BAYERISCHE SCHRIFTEN
für soziale Demokratie

DER FREI STAAT

BAYERISCHE SCHRIFTEN
für soziale Demokratie

„Der Freistaat“ ist eine Schriftenreihe der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. Die Serie beleuchtet historische, gegenwärtige und zukünftige gesellschaftspolitische Themenfelder und vermittelt Positionen aus Politik, Kultur und Wissenschaft.



Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie halten unser neues Heft der Reihe „Freistaat“ in Händen. Im Mittelpunkt stehen diesmal der erste bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner und die nach ihm benannte Auszeichnung. Mein Vorgänger Karl Heinz Hiersemann hat den Preis anlässlich des 100. Geburtstags des Vaters der Bayerischen Verfassung 1987 initiiert und im Jahr darauf die erste Preisurkunde an den großen Kämpfer für die Pressefreiheit, Dr. Ernst Müller-Meiningen, überreicht. „Der Wilhelm-Hoegner-Preis wird verliehen an eine Persönlichkeit oder an eine Organisation, die sich in hervorragender Weise um die Erhaltung und Sicherung der Freiheits- und Bürgerrechte verdient gemacht hat“, lautet der Urkunden-Text.

Mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis beleuchten wir also das (Lebens-)Werk eines Menschen oder auch das erfolgreiche Wirken einer Gruppe oder Initiative für die Allgemeinheit. Die Reihe unserer Preisträger ist bunt: Wir haben prominente Spitzenpolitiker wie den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, geehrt, aber auch inzwischen fast vergessene Persönlichkeiten wie den ehemaligen Richter am Bundesverfassungsgericht, Martin Hirsch. Man muss aber nicht prominent sein, um den Wilhelm-Hoegner-Preis zu erhalten: Mit RISS, BISS, Donaustrudl und Straßenkreuzer haben wir 2010 Obdachlosenprojekte geehrt.

Die Preisverleihungen und die gehaltenen Ansprachen waren oft Sternstunden unserer Fraktionsgeschichte. Darunter ist eine der vermutlich letzten Reden Willy Brandts in Bayern: die Laudatio auf den Pastor und Regierenden Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz. Wir haben diese für Sie in diesem Heft dokumentiert.

Mit diesem Freistaat-Heft wollen wir an diese Sternstunden erinnern. Wir möchten auch die Erinnerung an einen der größten bayerischen SPD-Politiker des 20. Jahrhunderts lebendig halten. Und indem wir uns unsere eigene Geschichte vergegenwärtigen, lernen wir für unsere zukünftige Arbeit.

Markus Rinderspacher, MdL
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

Inhalt

- 03 Editorial**
Markus Rinderspacher, MdL
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion
- 06 Die SPD – prägend für Bayern**
Politik im Zeichen von Menschlichkeit und Moderne
Markus Rinderspacher, MdL
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion
- 12 Wilhelm-Hoegner-Preis –**
Hommage an einen großen Ministerpräsidenten
Franz Maget,
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion, 2000–2009
- 26 Eine demokratische „Ruhmeshalle“:**
der Wilhelm-Hoegner-Preis
Dr. Friedrich Weckerlein
- 27 Die Preisträger von 1988 bis 2014**
- 131 Danksagung / Zu diesem Buch**
Volkmar Halbleib



DIE SPD – PRÄGEND FÜR BAYERN

POLITIK IM ZEICHEN VON MENSCHLICHKEIT UND MODERNE

Markus Rinderspacher, MdL
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

Die bayerische Sozialdemokratie hat wie kaum eine andere Partei den Freistaat Bayern geprägt. Eine gewagte These?

Von den bis heute 122 demokratischen Parlamentsjahren im Bayerischen Landtag stellte die SPD seit 1893 tatsächlich nur knappe fünf Jahre den Ministerpräsidenten. Nach der Ermordung des unabhängigen Sozialdemokraten Kurt Eisner stand der pfälzische Sozialdemokrat Johannes Hofmann von März 1919 bis März 1920 der Regierung vor. Nach dem Zweiten Weltkrieg leitete Wilhelm Hoegner 1945/46 die Regierung und bildete von 1954 bis 1957 als Ministerpräsident die legendäre Viererkoalition.

Seither ist die Sozialdemokratie als zweitstärkste Kraft im Bayerischen Landtag vom Wähler mit der Oppositionsführung betraut. Wie kann eine Partei von sich behaupten, eine prägende Kraft Bayerns zu sein, wenn sie einschließlich der Großen Koalition der 50er-Jahre nur knapp 3.600 Tage von bis heute 39.000 Tagen Parlamentsgeschichte das Staatsgefüge als Regierungsfraktion von vorne prägte und diese Zeit zudem bereits ausgesprochen lange zurückliegt?

Hatte die SPD nicht ihre besten Zeiten längst hinter sich, als sie als treibende politische Kraft die Monarchie ablöste und danach mehrfach in Schicksalsstunden der bayerischen Geschichte Regierungsverantwortung trug? Und in dieser Zeit demokratische Mitbestimmungsrechte, das Frauenwahlrecht, menschliche Arbeitsbedingungen und den freien Zugang zu Bayerns Naturschönheiten errang?

Unbestritten ist: Die erste demokratische Verfassung Bayerns entstand 1919 unter dem Einfluss des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann. In seine Amtszeit fiel unter anderem der massive Ausbau der bayerischen Wasserkraft als erneuerbare Energie, wovon der Freistaat noch heute profitiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wirkten bayerische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unter der Führung Wilhelm Hoegners maßgeblich am Wiederaufbau des demokra-

Der Preisträger Martin Schulz präsentiert gemeinsam mit SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher die Urkunde des Wilhelm-Hoegner-Preises 2014.
(Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion)

tischen Freistaates und der Gestaltung einer modernen Verfassung mit. In der Viererkalition aus SPD, FDP, Bayernpartei und dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) trieb die SPD die Förderung von Wissenschaft und Bildung ebenso wie den sozialen Wohnungsbau voran.

Auch als Oppositionskraft nahm die SPD entschieden Einfluss auf die Geschicke Bayerns: Ohne den jahrelangen Kampf von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Königreich Bayern um Demokratie und Freiheit wäre die Revolution von 1918 nicht möglich gewesen. In der Weimarer Republik kämpfte die Sozialdemokratie aus der Opposition heraus gegen den in Bayern besonders früh aufkommenden Nationalsozialismus.

Unter Gefahr für Leib und Leben gelang es der SPD, politische Widerstandsgruppen im nationalsozialistischen Bayern zu organisieren. Die Parteiorganisation der SPD wurde 1933 zerschlagen, viele Mitglieder wurden verhaftet oder flohen ins Exil, unter ihnen Wilhelm Hoegner in die Schweiz.

Er war es, der die Weichen für das moderne Bayern nach 1945 stellte. Wenn das politische Bayern im Jahr 2015 des 100. Geburtstages des Ministerpräsidenten Strauß gedenkt, dann realistischerweise nur unter einer Prämisse: Zu Strauß' Zeiten waren die maßgeblichen Weichen für das moderne Bayern längst gestellt, die zuvorderst auf die Sozialdemokratie und in der Nachkriegszeit auf Hoegner zurückzuführen sind.

Hoegner ist der Vater der Bayerischen Verfassung: einer Verfassung mit Weitblick, die die Sozialpflichtigkeit des Eigentums anmahnt, die bereits 1946 den Klima- und Umwelt-

schutz im Blick hat und die dem Volk weitreichende Mitbestimmungsrechte garantiert.

Die Wirkungsmächtigkeit Wilhelm Hoegners reicht bis in die heutige Zeit hinein. Er erlebte die Geburt des Freistaates 1918, die dunkelsten Stunden der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1933. Er hat den Freistaat in seinem 93-jährigen Leben geprägt wie kaum ein anderer Politiker.

So gestaltete er als Justiz- und Innenminister den Neuaufbau der bayerischen Justizverwaltung und der Gerichte sowie die starke Verankerung der gemeindlichen Selbstverwaltung in der Verfassung von 1946 und der Gemeindeordnung von 1951. Es ist Hoegners Verdienst, dass in Bayern Bürgermeister und Landräte vom Volk direkt gewählt werden.

Hoegner hatte Anfang der 50er-Jahre den Beinamen „Wilhelm der Städtegründer“ bekommen, weil in seine Amtszeit als Innenminister die Stadterhebung von 39 und die Markterhebung von elf weiteren Gemeinden fielen. Ihm verdanken wir die kommunale Selbstverwaltung und das Vermächtnis, dass Bayerns oberstes politisches Organisationsprinzip das der Subsidiarität sein muss. Die größere politische Einheit soll erst dann regelungsbefugt sein, wenn die kleinere Einheit der Unterstützung bedarf. Daraus ergibt sich heute mehr denn je: weniger Zentralismus in Bayern – mehr Freiheit und Eigenverantwortung für die Regionen!

Nicht vergessen dürfen wir die weitreichenden Verfassungsbestimmungen zur direkten Demokratie, die Hoegner aus dem Schweizer Exil mitbrachte: Volksbegehren und Volksentscheid. Lange waren diese plebiszitären Verfassungsbestimmungen in Deutschland

ein Alleinstellungsmerkmal des Hoegner-schen Freistaates Bayern.

Bis hierhin dürften die sozialdemokratischen Verdienste um die bayerische Demokratie völlig unumstritten sein. In Erinnerung an Wilhelm Hoegner hat die BayernSPD-Landtagsfraktion deshalb zu dessen 100. Geburtstag 1987 den Wilhelm-Hoegner-Preis ins Leben gerufen und vergibt ihn seit 1988. Im Text der Preisurkunde heißt es: „Der Wilhelm-Hoegner-Preis wird verliehen an eine Persönlichkeit oder an eine Organisation, die sich in hervorragender Weise um die Erhaltung und Sicherung der Freiheits- und Bürgerrechte verdient gemacht hat.“

Man muss aber nicht Jahrzehnte zurückblicken, um zählbare politische Errungenschaften der Sozialdemokratie in Bayern zu entdecken. Auch die Geschichte des modernen Parlamentarismus des laufenden Jahrhunderts hat die Landtags-SPD mitgeprägt.

Dabei geht es nicht nur um die jüngsten klassischen Oppositionserfolge:

- So hat die Landtags-SPD erfolgreich die Pläne von Kultusminister Spaenle verhindert, 800 Lehrerstellen zu streichen (2013/2014). Wir benötigen diese Pädagogen für kleinere Klassen, mehr Ganztagsschulangebote und die Inklusion von Schülern und Schülerinnen mit Behinderungen an den Regelschulen.
- Die Verwandtschaftsaffäre von fünf noch heute amtierenden Kabinettsmitgliedern wurde von der Landtags-SPD mittels Verfassungsklage ebenso vollends aufgeklärt wie die sogenannte „Resonanzstudienaffäre“ (2011), als die CSU Parteiumfragen auf Steuerzahlerkosten durchführte.

- Die Mauscheleien der Staatskanzlei-Ministerin Christine Haderthauer im Modellbau-Skandal wurden von Landtags-SPD veröffentlicht und mit einem Untersuchungsausschuss aufgeklärt, was zum Rücktritt der einstigen Kronprinzessin und Staatskanzlei-Ministerin Seehofers geführt hat.

Als Oppositionskraft streitet die bayerische Sozialdemokratie auch heute für gesellschaftliche Erneuerung – und kann dabei auf Erfolge verweisen:

- Nach 30 Jahren harter politischer Auseinandersetzung ist es 2011 endlich gelungen, den Ausstieg aus der Atomenergie und den Einstieg in die Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien zu organisieren – auch in Bayern.
- Unzähliger Plenardebatten, Anträge und Initiativen hat es bedurft, bestehende Bildungsbarrieren einzureißen. Das Büchergeld und die Studiengebühren wurden als Bildungshindernisse wieder abgeschafft, auch und gerade dank der SPD.
- Wurde die erste SPD-Initiative für eine Änderung der Bayerischen Verfassung zur Herstellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen Bayerns von der Parlamentsmehrheit noch abgelehnt (2011), so dauerte es nur zwei Jahre, bis dieses Ziel per Volksentscheid 2013 beschlossen wurde. Heute gibt es infolge der von der SPD damals angestoßenen öffentlichen Debatte gar ein Heimatministerium (auch wenn es seine Aufgabe aktuell nur unzureichend erfüllt) und eine von der SPD initiierte parlamentarische Enquête-Kommission zu diesem Thema.

- Galt in der Partei der Konservativen noch in der ersten Dekade des laufenden Jahrhunderts eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf als „sozialistisches Teufelszeug“, so besteht heute ein breiter Konsens über die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von öffentlicher Kinderbetreuung und Ganztagschulen. Auch wenn Bayern mit einer SPD-Regierung hier deutlich weiter wäre.
- Noch vor acht Jahren schmettete die Parlamentsmehrheit SPD-Initiativen für ein modernes, digitales Bayern ab (2007) und hat bis heute wertvolle Zeit auf dem Weg für eine flächendeckende Breitbandversorgung vertan. Heute brüstet sich der Heimatminister Markus Söder mit SPD-Positionen, die er noch vor wenigen Jahren im Landtag selbst bekämpfte.
- Das gesetzliche Rauchverbot in der bayerischen Gastronomie (2009) kam trotz politischer Kehrtwenden diverser Parteien am Ende doch zustande. Die Position der SPD hat sich auf ganzer Linie durchgesetzt.
- Zentrale Bürgerrechte finden heute mehr öffentlichen Fokus als noch vor einer Dekade. Die Positionen der Behinderten-, des Integrations- sowie des Datenschutzbeauftragten sind in Bayern mittlerweile fest verankert, infolge von SPD-Initiativen im Maximilianeum.

Opposition ist und bleibt unentbehrlich, auch wenn sie über einen solch langen Zeitraum eines besonders langen Atems und starker Nerven bedarf. Die Landtags-SPD nimmt auch in dieser Rolle ihre Verantwortung für Bayern seriös und solide wahr. Sie steht in der Traditionslinie Wilhelm Hoegners und

hat mit ihrer eigenen bayerischen Wirkungsgeschichte einen wertvollen politischen Zeitstrahl vorzuweisen, der als Leitlinie bis in die Zukunft reicht: Die Kompassnadel für eine föderale bayerische Politik orientiert sich an den Polen „Menschlichkeit“ und „Moderne“.

Darum ging es vor dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg. Darum geht es auch heute. Auch um die sozialen Grundrechte, wie sie von Sozialdemokraten in die Bayerische Verfassung geschrieben wurden: das Recht auf Arbeit, auf eine menschenwürdige Wohnung, auf Bildung und Ausbildung, die Bindung wirtschaftlicher Tätigkeit an das Gemeinwohl. Männer und Frauen erhalten für gleiche Arbeit den gleichen Lohn. Nicht zuletzt findet sich auch der von der SPD und den Gewerkschaften inzwischen durchgesetzte Mindestlohn bereits in der Hoegner-Charta.

Die Preisträger, die wir in den folgenden Kapiteln vorstellen, markieren die Wegmarken einer Politik im Sinne Wilhelm Hoegners:

- Gleiche Bildungschancen für alle: Kinder von Akademikern oder aus Arbeiterfamilien, mit und ohne Migrationshintergrund, Kinder mit einem Handicap. Sie alle sollen ihre Talente entfalten können.
- Niemand darf wegen einer Behinderung ausgeschlossen werden – nicht von Bildung, Kultur, Mobilität oder anderen gesellschaftlichen Bereichen. Es gilt, Barrierefreiheit überall in Bayern zügig umzusetzen und echte Teilhabe durch Inklusion zu gewährleisten.
- Die bayerische Natur ist einmalig. Sie zu schützen und zu bewahren, ist Verfassungsauftrag.

- Wirtschaftliches Wohlergehen darf nicht Privilegierten vorbehalten sein. Dies gilt auch im geografischen Maßstab, gleichermaßen für die Stadt ebenso wie für die ländlichen Räume. Es muss dem Prinzip von Hoegners Zeitgenossen Karl Schiller und Ludwig Erhard zum Recht verholten werden: Wohlstand für alle! Der parteilose Wirtschaftsfachmann Erhard war in Hoegners erstem bayerischem Kabinett 1945/1946 Minister für Handel und Gewerbe.
- Unternehmerischer Profit darf kein Selbstzweck sein und soll nicht auf ausbeuterischer Basis erwirtschaftet werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen betrieblich mitbestimmen dürfen. Niemand soll unter Mindestlohn arbeiten müssen.
- Ausufernde Spekulation mit Grund und Boden, mit zwielichtigen Finanzinstrumenten, Nahrungsmitteln sowie mit Wohneigentum gefährdet den Wohlstand der arbeitenden Bevölkerung. Die Wirtschaft dient dem Menschen – nicht umgekehrt.
- Kultur ist die Seele eines Volkes. Sie in allen Landesteilen zu erhalten und zu fördern, ist uns ein wertvoller Auftrag. Hierzu gehört im weiteren Sinne auch eine politische Kultur, die den zivilen Kampf gegen den Rechtsextremismus aufnimmt. Demokraten müssen den Feinden unserer Demokratie geschlossen und entschlossen entgegentreten.
- Bayerische Landespolitik kann heute nicht mehr isoliert von nationalen und internationalen Herausforderungen betrachtet werden. Es gilt heute, Hoegners Vermächtnis neu zu denken und neu anzuwenden.

Hoegner mahnt uns auch, die größeren Zusammenhänge nicht zu vernachlässigen. Hoegner bedeutet heute: In Bayern dahoam und in Europa zu Hause.

Frieden, Freiheit, Solidarität und Wohlstand lassen sich im Freistaat nur bewahren und ausbauen, wenn sich bayerische Politik nicht auf sich selbst verengt. Wenn sie sich auf ihre republikanischen Errungenschaften besinnt, die maßgeblich von der SPD erkämpft wurden. Wenn sie Bürgerbeteiligung so mutig und offensiv ermöglicht, wie dies in Hoegners demokratischen Rezeptbüchern steht. Dafür wollen wir im Sinne Wilhelm Hoegners auch künftig arbeiten.



SPD-Urgestein Hans-Jochen Vogel begrüßt den Hoegner-Preisträger 2014, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, und SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher. (Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion)

DER WILHELM-HOEGNER- PREIS – HOMMAGE AN EINEN GROSSEN MINISTER- PRÄSIDENTEN

Von Franz Maget,
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion
2000–2009

Seit 27 Jahren vergibt die BayernSPD-Landtagsfraktion an verdiente Persönlichkeiten den Wilhelm-Hoegner-Preis. Benannt nach dem ehemaligen Ministerpräsidenten Prof. Wilhelm Hoegner ist diese Auszeichnung in mehrfacher Hinsicht eine Huldigung an den Freistaat.

Erstens werden Persönlichkeiten damit bedacht, die sich um Bayern in ganz unterschiedlicher, besonderer Weise verdient gemacht haben. Immer sind bei der Auswahl der Preisträgerinnen und Preisträger auch Bezüge zur jeweiligen aktuellen Landespolitik sichtbar.

Zweitens steht der Preis in der Traditionslinie der weiß-blauen Sozialdemokratie, die den föderalen Gedanken seit ihrer Gründung durch Georg von Vollmar im Jahr 1893 stets beibehalten hat und die um die Eigenständigkeit und auch die Eigenheiten Bayerns weiß. Drittens hält sie die Erinnerung an den Namensgeber des Preises wach, dessen Leben und politisches Wirken von herausragender Bedeutung für den Freistaat ist und der sich mit dem maßgeblich von ihm for-

mulierten Text der Bayerischen Nachkriegsverfassung ein bleibendes Denkmal gesetzt hat.

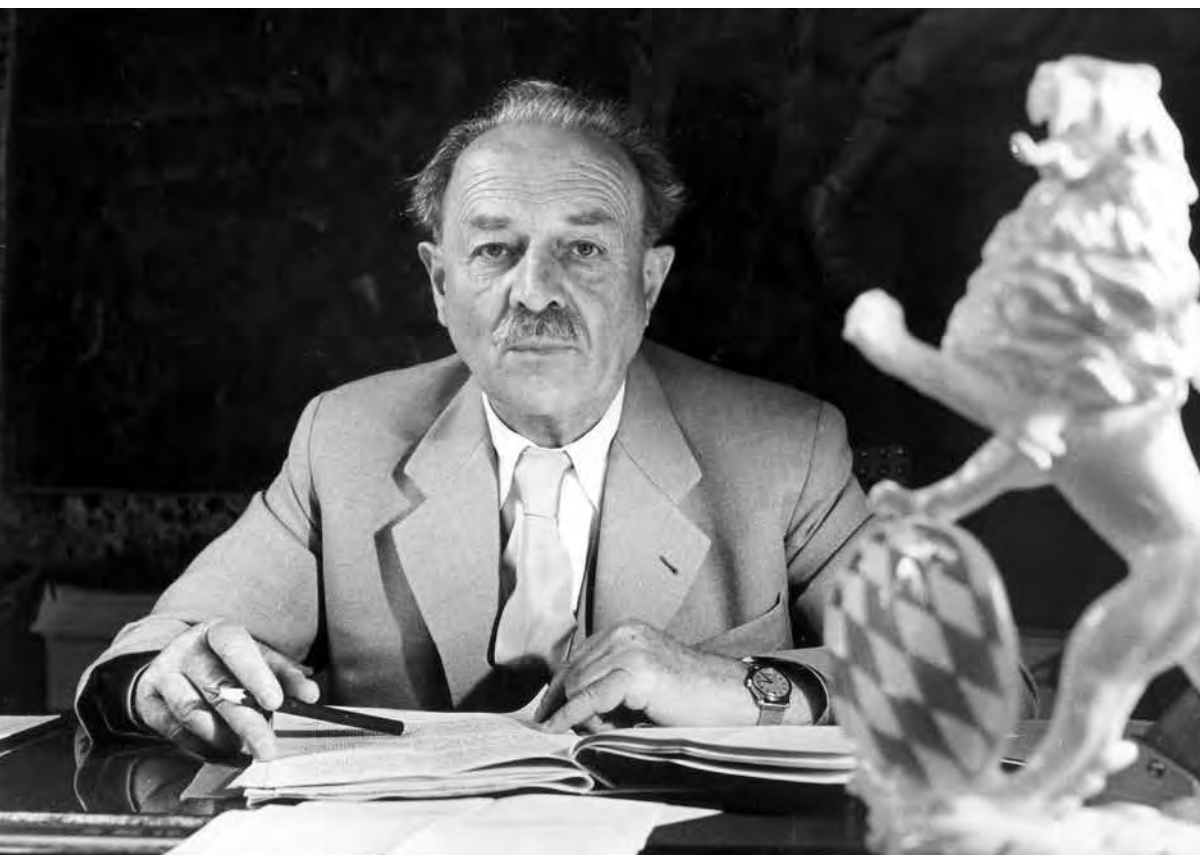
Namensgeber Wilhelm Hoegner

Wilhelm Hoegner war der bedeutendste und bislang wirkungsmächtigste bayerische Sozialdemokrat: Patriot, Gefühlssozialist und erfolgreicher Ministerpräsident.¹ Aus einfachen Verhältnissen stammend, Sohn eines Eisenbahnarbeiters und siebtes von dreizehn Kindern, erhielt Hoegner aufgrund hervorragender schulischer Leistungen einen Freiplatz im „Königlichen Seminar“ in Burghausen. Dort fühlte er sich als Fremdling, der „einer minderwertigen Gesellschaftsschicht“ angehörte. Noch im Alter sprach er in einer Landtags-

¹ Ich beziehe mich auf zwei kundige Biografien: Dr. Hildegard Kronawitter: Patriot, Gefühlssozialist und erfolgreicher Ministerpräsident, in: Einsichten und Perspektiven 2/2005, herausgegeben von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung, München 2005 und Peter Kritzer: Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979, die Hoegner-Zitate finden sich in dessen lesenswerten autobiografischen Büchern: Der schwierige Außenseiter, München 1959 und Flucht vor Hitler, München 1977

Eine festliche Kulisse für die Vergabe des Wilhelm-Hoegner-Preises 2010: Der Senatssaal des Bayerischen Landtags. (Foto: Rolf Poss)





| Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (Foto: Privatbesitz)

rede davon, wie die gefühlte und sicherlich auch tatsächliche Unterprivilegierung in ihm „die Leidenschaft für Gerechtigkeit erzeugt“ habe. Konsequenterweise bewarb sich Hoegner unmittelbar nach dem Abitur bei Georg von Vollmar, dem Vorsitzenden der bayerischen SPD, und bot ihm schriftlich an, fortan seine „Kräfte in den Dienst der Sozialdemokratie“ zu stellen. Er wolle, so schrieb er, das „Los des Proletariats bessern und für das wirkliche Wohl der leidenden Menschheit“ eintreten. Sein Jurastudium, einschließlich Promotion, absolvierte er mit großem Erfolg und trat 1920 in die bayerische Justizverwaltung als

Staatsanwalt ein. Bereits vier Jahre später wurde er als Abgeordneter in den Bayerischen Landtag gewählt. Sofort setzte Hoegner dort einen Untersuchungsausschuss durch, der die Hintergründe des Hitler-Putsches von 1923 durchleuchtete. Dabei deckte er sowohl die finanzielle Unterstützung Hitlers durch industrielle Kreise auf als auch die Verfilzung der bayerischen Justiz mit den Nationalsozialisten. Schlagartig wurde der junge bayerische Abgeordnete als konsequenter Antifaschist deutschlandweit bekannt und in den folgenden Jahren zu einer Hassfigur

der NSDAP. Unmittelbar nach deren Machtergreifung 1933 blieb ihm nur die Flucht aus seinem geliebten Bayern zunächst nach Österreich und dann ins Schweizer Exil. Dort lebte er mit seiner jungen Familie am Rande des Existenzminimums. Die Jahre im Exil prägten Hoegners späteres Wirken entscheidend. Er wurde zu einem überzeugten Föderalisten und einem Verfechter unmittelbarer Demokratie mit Volksentscheid nach Schweizer Vorbild. Die Bedeutung sittlicher Werte als unabdingbare Grundlage einer neuen staatlichen Ordnung und als Gegenentwurf zum gottlosen, verbrecherischen Totalitarismus des Nationalsozialismus gehörten zu den Einsichten, die in einen „Entwurf einer neuen Reichsverfassung“ und in mehr als 20 Gesetzentwürfe einfließen, die Hoegner bei seiner Rückkehr ins zerstörte München am 6. Juni 1945 als geistiges Gepäck mit sich führte.

Die amerikanische Besatzungsmacht bestimmte ihn sogleich als Ministerpräsidenten und bat ihn, auf breiter politischer Basis eine neue Regierung in Bayern zu bilden. Im Bündnis mit Gewerkschaften und Bauernbund sowie in einer engen Anlehnung an die Kirchen suchte er einen Neuanfang für den Freistaat. Neben der Entnazifizierung war dabei die Integration von fast zwei Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen die vorrangigste politische Aufgabe. Gleichzeitig wurde wesentlich auf der Grundlage seiner Vorarbeiten eine neue Bayerische Verfassung beschlossen. Kurz darauf geriet die SPD in die Opposition, wurde aber bereits 1950 von der CSU wieder als Koalitionspartner gebraucht.

Hoegner wurde Innenminister und konnte so die bayerische Kommunalgesetzgebung als sein wichtigstes Gesetzeswerk verwirklichen.

1954 schließlich bot sich Hoegner die Möglichkeit, an der Spitze einer Vierer-Koalition wieder Ministerpräsident zu werden. Anliegen der schulischen und politischen Bildung sowie der Forschungsförderung wurden in dieser Zeit umgesetzt. Sein „Traum, die Übermacht der CSU in Bayern endgültig zu zerbrechen“ ging allerdings nicht in Erfüllung. Hoegner übernahm nach dem Verlust der Regierungsmehrheit 1957 den Vorsitz der BayernSPD-Landtagsfraktion bis 1962 und übte anschließend das Amt des Landtagsviizepräsidenten aus, das er bis 1970 innehatte.

In Wilhelm Hoegners Wirken waren bereits die politischen Schwerpunkte vorgezeichnet, die bis heute die Arbeit der bayerischen Sozialdemokratie prägen: Kampf für soziale Gerechtigkeit, bestmögliche Bildungschancen für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft, Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus, Einsatz für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat sowie Stärkung des Föderalismus. Denn vor allem war Hoegner überzeugter Föderalist. „Bayern zuerst“ war sein Motto. Als 1949 das neue Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zur Abstimmung stand, stimmte er im Bayerischen Landtag zwar mit seiner Fraktion dafür, machte aber in einer persönlichen Erklärung erhebliche Vorbehalte geltend. Das Bonner Grundgesetz war ihm zu zentralistisch. Den föderalen Grundgedanken konnte er in der Bayerischen Verfassung aber eindrucksvoll zum Ausdruck bringen.

Leitbild Bayerische Verfassung

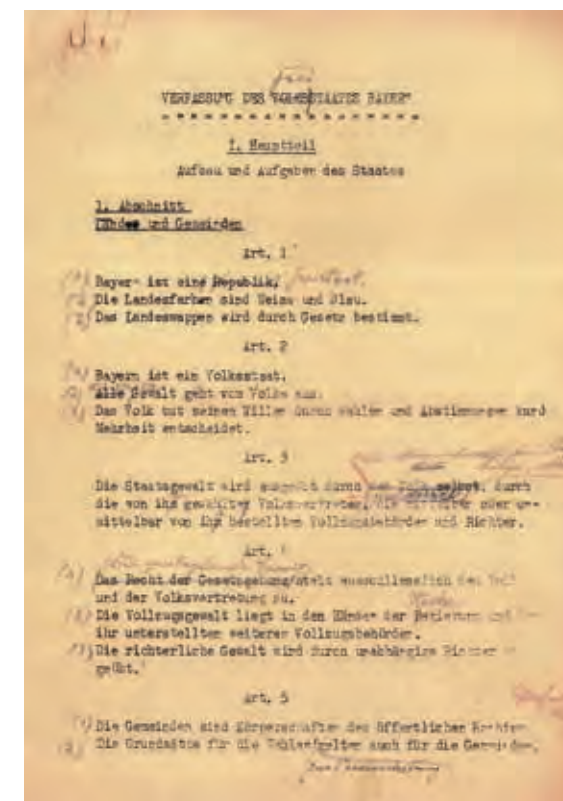
Zur größten politischen Leistung Hoegners sollte die Verabschiedung der Bayerischen Verfassung durch Volksentscheid am 1. Dezember 1946 werden. Auf seine Vorarbeiten

und die des Staatsrechtlers Hans Nawiasky ging deren fulminanter Text zurück, der heute noch hochaktuelles, politisches Leitbild ist. Eindrucksvoll bereits die Präambel, in der es heißt: „Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschluss, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.“

„Diese Verfassung ist ein Abbild des bayerischen Landes.“

Einer der Hoegner-Preisträger, der Jurist und renommierte Journalist Heribert Prantl (2011), beschreibt die Bühne, auf der die verfassungsgebende Landesversammlung am 15. Juli 1946 in der großen Aula der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität zusammentrat: „Hoegner hatte sie mit weiß-blauen Fahnen ausschmücken lassen, was damals ein aufsehenerregendes Ereignis war und erwähnte übrigens „Deutschland“ in seiner Eröffnungsansprache mit keinem einzigen Wort. Die Lust der Altbayern nach Souveränität war gewaltig.“

Prantl nennt die Bayerische Verfassung „sprachgewaltig, anrührend, pathetisch, sie ist zärtlich und stolz, edel und derb, besorgt und mütterlich, gelegentlich ist sie auch komisch altertümlich; sie ist christlich und sozialistisch, bäuerlich und hausväterlich; einmal ist sie verpöfft und dann wieder ist sie wieder unglaublich modern. Diese Verfassung ist ein Abbild des bayerischen Landes; und es rührt beim Lesen unendlich an, dass dieses Land damals, 1946, so gewesen ist. Die Bayerische Verfassung ist wie ein Bauerngarten, sie macht Freude“, so Prantl bei der Entgegennahme des Hoegner-Preises 2011. Und weiter: „Das Grundgesetz ist, verglichen mit der Bayerischen Verfassung, eine Sperrholz-Verfassung – nüchtern, trocken und spröde. Verglichen mit der Bayerischen Verfassung ist das Grundgesetz eine bessere Hausordnung, ein Organisationsstatut.“



Entwurf für die Bayerische Verfassung von Wilhelm Hoegner.

(Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion)

Die Bayerische verfassungsgebende Landesversammlung 1946.

(Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion)



In dieser Bayerischen Verfassung fanden und finden die Sozialdemokraten bis heute ihre Leitgedanken und Ideen zur Gestaltung des Freistaates: „Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. Er dient dem Gemeinwohl.“ Bereits dieser Artikel 3 liefert einen Hinweis darauf, wofür die ausgewählten Preisträger des Hoegner-Preises stehen. Sie fordern die Verpflichtung ein, dass staatliches und wirtschaftliches Handeln auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein muss, wie in der Bayerischen Verfassung formuliert. Insofern ist der Hoegnersche Verfassungstext heute noch eine hochaktuelle Streitschrift: Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit solle „insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten“ dienen (Artikel 151).

Kapitalbildung ist für sie nicht Selbstzweck, sondern „Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft. Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner“ (Artikel 157). Und in Artikel 158 heißt es wörtlich: „Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit. Offenbarer Missbrauch des Eigentums – oder Besitzrechtes – genießt keinen Rechtsschutz.“

Diese Stellen, aber auch noch weitere, wie zum Beispiel die mögliche Festsetzung von Mindestlöhnen (Artikel 169), die Gleichstellung der Frau in Gesellschaft und Wirtschaft (Artikel 168), die Mitbestimmungsregelungen für Arbeitnehmer (Artikel 175) oder gar die mögliche Überführung von Großbanken in Gemeineigentum (Artikel 160) liefern spannende Lesestellen und zeugen von einer Weitsicht, die die Bayerische Verfassung aus dem Jahr 1946 zu einem der besten Grundrechtskataloge überhaupt macht.

Die Bayerische Verfassung nimmt aber nicht nur wirtschaftlich Verantwortliche in die Pflicht, sondern auch jeden einzelnen Bürger selbst. Im bemerkenswerten, leider wenig bekannten Artikel 117 heißt es: „... Alle haben die Verfassung und die Gesetze zu achten und zu befolgen, an den öffentlichen Angelegenheiten Anteil zu nehmen und ihre körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“

Genau diese Treuepflicht jedes Einzelnen gegenüber Staat und Gesellschaft erfüllen die Preisträger des Hoegner-Preises in ganz besonderer Weise. Durch ihr herausragendes Engagement auf unterschiedlichen Gebieten beweisen sie Gemeinwohlorientierung,



Harald Hoegner, Martin Becher, Heinrich Bedford-Strohm, und Christian Ude (v.l.) im Senatssaal des Bayerischen Landtags. (Foto: Rolf Poss)

Der ehemalige Oberbürgermeister von München Georg Kronawitter (l.) im Gespräch mit dem Philosophen Julian Nida-Rümelin. (Foto: Rolf Poss)



Solidarität und Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft: Kernforderungen und Leitbild unserer Bayerischen Verfassung.

Preisträger von der Deutschen Einheit bis zur Europäischen Union

Die Idee, anlässlich des 100. Geburtstages Wilhelm Hoegners 1987 diesen Preis auszuloben, geht auf den damaligen Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Hiersemann und seinen Pressesprecher Julian Gyger zurück. Von Anfang an wurden bei der Auswahl der Preisträger immer wieder auch Bezüge zur jeweils aktuellen Landespolitik sichtbar.

Als ersten Preisträger nominierten Hiersemann und eine kleine Jury, der unter anderem Harald Hoegner, der Sohn des Namensgebers angehörte, den renommierten SZ-Journalisten und langjährigen Vorsitzenden des Bayerischen- und des Deutschen Journalistenverbandes, Dr. Ernst Müller-Meinigen, der den Preis 1988 erhielt. Mit ihm stellte man einen unbeirrigen Streiter für die Pressefreiheit und die Freiheitsrechte des Einzelnen an den Anfang einer wahrhaft namhaften Reihe von Persönlichkeiten, die in der Folge ausgezeichnet werden sollten. Es war sicherlich kein Zufall, dass Hiersemann diese Wahl besonders am Herzen lag. Müller-Meinigen trat unmittelbar nach Kriegsende in die Redaktion der Süddeutschen Zeitung ein und bestimmte deren rechtspolitischen Kurs jahrzehntelang maßgeblich. Rechtspolitik wiederum war für Hiersemann ein zentrales politisches Anliegen, das er in fulminanten Landtagsreden und Untersuchungsausschüssen beherzt verfocht.

Unmittelbar darauf rückten der Zusammenbruch der DDR, der Fall der Mauer und die

Deutsche Einheit in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen und politischen Interesses. Auch hier engagierte sich Hiersemann mit voller Kraft. Die allererste Städtepartnerschaft zwischen einer bayerischen und einer Stadt in der ehemaligen DDR, Erlangen und Jena, bereits 1987, ging auf seine Initiative zurück. Und als einer der ersten deutschen Politiker bereiste er in den Jahren 1989 und 1990 immer wieder Sachsen und Thüringen, um deren Verbindung mit dem Freistaat Bayern zu festigen.

1990 erhielt erstmals eine Symbolfigur der Deutschen Einheit den Hoegner-Preis: Heinrich Albertz. Albertz, Friedens- und Flüchtlingspolitiker, selbst aus Breslau stammend, langjähriger Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und als Regierender Bürgermeister von Berlin Nachfolger von Willy Brandt. Dieser übernahm selbst die Laudatio im Rahmen der Preisverleihung. Brandt würdigte darin beide, Hoegner und Albertz: „Das Begriffspaar Wahrheit und Freiheit passt für beide. Wenn ich den Albertz’schen Arbeitsstil konservativ nenne, seine Haltung zur Welt aber modern, so werden meine bayerischen Freunde vermutlich darin auch Parallelen entdecken. Jedenfalls gibt es eine solide Basis gemeinsamer Überzeugungen, wo es um die Sicherung des Friedens geht, um die Verteidigung und den Ausbau der Freiheits- und Bürgerrechte, auch um das erreichte Maß an sozialer Gerechtigkeit.“ Zwei Jahre später wurde die „Mutter Courage“ der neu gegründeten ostdeutschen Sozialdemokratie, die leider viel zu früh verstorbene brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt, ausgezeichnet.

Damit war der Bogen der folgenden 25 Jahre gespannt, der mit Brandt und der Deutschen



Der ehemalige Oberbürgermeister von München und ehemalige Bundesminister Hans-Jochen Vogel (l.) im Gespräch mit Franz Maget. (Foto: Rolf Poss)

Einheit begann und bis zur Preisverleihung 2014 an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, reicht. Darin wird der unglaubliche und beglückende politische Fortschritt sichtbar, der vom Ende der Teilung Deutschlands und Europas bis zur Europäischen Union heute geführt hat. Kaum jemand hätte es wohl damals für möglich gehalten, dass der Zusammenschluss der europäischen Staaten und Völker zu einem gemeinsamen Friedensprojekt und zu einer Wirtschaftsunion in dieser Weise gelingen könnte.

„Bayern ist ein Kulturstaat“, postuliert die Bayerische Verfassung. Demzufolge zeichnete die Fraktion eine ganze Reihe namhaf-

ter Künstler aus, die für einen aufgeklärten und weltoffenen Freistaat stehen. Hervorzuheben ist insbesondere die Bühnenproduktion „Erfolg“ nach dem gleichnamigen Roman von Lion Feuchtwanger durch den unvergessenen Jörg Hube und die Biermösl Blosn (2000). Feuchtwanger hatte darin ein „Sittengemälde des Landes Bayern“ in den 20er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts gezeichnet, das jeder gelesen haben sollte, der Bayern verstehen will. Es vermittelt die pralle, aber auch derbe Lebensfreude der „Bewohner der Hochebene“, wie Feuchtwanger Oberbayern nennt. Es zeigt aber auch das Reaktionäre und teilweise Hinterfotzige vieler konservativer bayerischer Politiker und vollzieht nach, warum gerade München ei-



| Franz Maget begrüßt
den Saxophonisten
Klaus Kreuzeder.
(Foto: Rolf Poss)

nen Nährboden für den Aufstieg Hitlers darstellte. Mit einer Inszenierung für die Münchner Kammerspiele landeten Hube und die Gebrüder Well einen fulminanten Erfolg. Ein später Triumph des Schriftstellers Feuchtwanger, der bereits 1925 – enttäuscht von der politischen Entwicklung – seiner Vaterstadt München den Rücken gekehrt hatte und nach Berlin gezogen war.

Diesem Auftakt folgte eine ganze Reihe von Kulturschaffenden und Journalisten, die sich im Vermächtnis Hoegners einem

dumpfen und oberflächlichen Zeitgeist entgegenstellten und für ein liberales, soziales Bayern eintraten. Zu nennen sind der große Mann des deutschen Kabaretts, Dieter Hildebrandt 2001, sein Laudator Ottfried Fischer, Heribert Prantl 2011, Ponkie 1995, Hans Riehl 1998 oder Carl Amery 1997. Mit Amery rückte erstmals das Thema Ökologie und Klimawandel in den Mittelpunkt. Später wird auch der profilierte Präsident des Bundes Naturschutz, Hubert Weinzierl, als Preisträger eine Wende hin zu einer nachhaltigen, ressourcenschonenden und umweltverträglichen Politik fordern. Übrigens (zumindest teilweise) unterstützt durch seinen Laudator Randolph Rodenstock, dem Vorsitzenden des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft.

Als Erster in einer ganzen Reihe namhafter Preisträger steht der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichtes, Martin Hirsch, für eine Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus. Er erinnerte 1991 daran, „wozu Juristen im Nazi-Staat fähig gewesen“ seien. Später folgen in dieser Traditionslinie Hans-Jochen Vogel als langjähriger Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.“ und die FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher. 2013 als weitere Leuchtturmprojekte der Erinnerungsarbeit das „Bayerische Bündnis für Toleranz“ und die „Weiße-Rose-Stiftung“. Besonders bewegend schließlich war die Preisverleihung an Max Mannheimer, Überlebender der Konzentrationslager und prominentester Zeitzeuge der Nazidiktatur und Barbara Distel, die langjährige Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau. Charlotte Knobloch, die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in München, würdigte Mannheimer in ihrer Laudatio insbesondere dafür, dass er unermüdlich, voller Freude und Lebendigkeit vor Schulklassen über sein Leben berichtete und dabei „nicht als Ankläger oder Richter“ auftrete. Und weiter: „Seine Bereitschaft, die eigene Geschichte zu teilen, die junge Generation an seinem Leben teilhaben zu lassen, ist Ausdruck von menschlicher Größe. Und sie ist Ausdruck eines persönlichen Sieges über die Nationalsozialisten.“ Auch dafür steht der Wilhelm-Hoegner-Preis.

Mit Leidenschaft für Demokratie

Unter dem Titel „Mit Leidenschaft für Demokratie“ veröffentlichte die BayernSPD-Landtagsfraktion eine Darstellung ihrer mittlerweile über 120-jährigen Landtagsarbeit. Sie ist damit die

mit Abstand älteste und traditionsreichste Kraft in der bayerischen Parlamentsgeschichte. Mit Ausnahme der Regierungszeiten von Kurt Eisner und Johannes Hoffmann vor 1933 und Wilhelm Hoegner nach 1945 war sie stets nur die größte Oppositionspartei. Dennoch kann die BayernSPD-Landtagsfraktion mit Stolz auf parlamentarische und politische Erfolge verweisen. Auch diese werden im Spiegel der Hoegner-Preisverleihungen immer wieder sichtbar.

Für viele soziale Fortschritte und heute selbstverständliche Errungenschaften haben sich Sozialdemokraten stark gemacht und sich gegen die Konservativen durchgesetzt. Für ein zeitgemäßes Frauen- und Familienbild etwa, für gerechte Bildungschancen, Ganztagschulen, Inklusion von Menschen mit Behinderungen und gute Kinderbetreuung. Die SPD fand für diese Politik immer wieder Bündnispartner in Verbänden und Institutionen, aber auch in herausragenden Einzelpersonen, die sich unter den Preisträgern und Laudatoren des Hoegner-Preises befinden. Albin Dannhäuser, langjähriger Vorsitzender des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (BLLV), sei stellvertretend genannt, oder die Herausgeber bayerischer Straßenzeitungen für Nichtsesshafte und Wohnungslose. Der ökologische Gedanke schließlich steht nicht nur bei der Preisverleihung an Bund-Naturschutz-Präsident Hubert Weinzierl im Mittelpunkt, sondern auch an den ehemaligen Schwandorfer Landrat Hans Schuierer als einer Schlüsselfigur im Kampf gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf.

Zahlreiche Kulturschaffende haben die Arbeit nicht nur mit Respekt und Wohlwollen begleitet, sondern vielfach engagiert unterstützt. Jörg Hube, Dieter Hildebrandt, Ottfried Fischer, Klaus Kreuzeder, die Biermösl Blosn, Ernst Maria Lang – alle ebenfalls Träger oder Laudatoren des Preises, die ein offenes, liberales Bayern verkörpern, so wie es in der Bayerischen Verfassung vorgezeichnet ist.

Als geschichtsbewusste Partei hat die BayernSPD nie ihre eigene Vergangenheit und die unseres Landes vergessen. An die dunkelsten Kapitel der bayerischen Geschichte zu erinnern und daraus Lehren für die Gegenwart zu ziehen, ist sie schon den 17 SPD-Abgeordneten schuldig, die 1933 als Einzige den Mut aufbrachten, gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten zu stimmen. Auch diese „Erinnerungsarbeit“ spiegelt

sich in einer Reihe von Preisverleihungen deutlich wider. Im Einsatz gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus setzt sich dieser politische Auftrag in der Alltagsarbeit der Fraktion weiter fort. Bayern liegt im Herzen Europas, in einer Region des Friedens und des wirtschaftlichen Wohlstandes. Weil das so bleiben soll, hat die SPD die Erweiterung der Europäischen Union und die Aufnahme unserer Nachbarländer in Tschechien und in Ungarn unterstützt. Dies findet deutlich sichtbar in der Preisverleihung an Günter Verheugen seinen Niederschlag (2004), der als EU-Kommissar der Archi-

„Der Wilhelm-Hoegner-Preis ist eine bayerische Auszeichnung. Er lebt aus dem Geist des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung, der Demokratie, des Rechtsstaates und der Freiheit.“

tekt der Erweiterung um die mittel-osteuropäischen Staaten war. Früher und intensiver als die anderen Parteien hat sie für die Aufnahme gut nachbarschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen insbesondere mit den Nachbarn in Tschechien geworben, auch um die Wunden zu schließen, die der Zweite Weltkrieg, die Verbrechen des Nationalsozialismus, Flucht und Vertreibung geschlagen haben.

In einem größer werdenden Europa geht die Bedeutung der Länder und die Aufmerksamkeit für Subsidiarität nicht zurück, sondern wächst. Viele Menschen suchen zunehmend Halt und Orientierung in regionalen Bezügen, auch wenn sie die Bedeutung internationaler Organisationen schätzen und anerkennen. Der Wilhelm-Hoegner-Preis ist eine bayerische Auszeichnung. Er lebt aus dem Geist des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung, der Demokratie, des Rechtsstaates und der Freiheit. Persönlichkeiten, die damit ausgezeichnet werden, können mit Stolz darauf verweisen, dass sie dieses Wertefundament in besonderer Weise bereichern und stärken.

Franz Maget war von 2000 bis 2009 Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion.

EINE DEMOKRATISCHE „RUHMESHALLE“: DER WILHELM-HOEGNER-PREIS

Der Wilhelm-Hoegner-Preis ist die höchste Auszeichnung der SPD-Landtagsfraktion. Er trägt den Namen eines großen Sozialdemokraten, der sich als Landtags- und Reichstagsabgeordneter schon in den 1920er-Jahren entschieden Hitler und den Nationalsozialisten entgegenstellte und der nach schweren Jahren des Exils in der Schweiz zu einem der wichtigsten Baumeister des neuen Freistaates Bayern nach 1945 wurde. Historische Verdienste hat sich Wilhelm Hoegner als maßgeblicher Verfasser, ja „Vater“ unserer gültigen Bayerischen Verfassung von 1946 ebenso erworben wie als zweimaliger Ministerpräsident des Freistaates in den Jahren 1945 und 1946 sowie 1954 bis 1957.

Die Auszeichnung geht auf einen einstimmigen Beschluss der SPD-Landtagsfraktion unter Vorsitz von Karl-Heinz Hiersemann vom 1. Juli 1987 aus Anlass des 100. Geburtstags Hoegners zurück. Sie erinnert an den 1980 im Alter von 92 Jahren verstorbenen Münchner Juristen. Als Abgeordneter des Bayerischen Landtags von 1924 bis 1933 und wieder von 1946 bis 1970 sowie als Reichstagsabgeordneter von 1930 bis 1933 gehörte er zu den herausragenden Parlamentariern der bayerischen Geschichte. Von 1958 bis 1962 führte er als Vorsitzender die SPD-Landtagsfraktion und genoss danach auch als Vizepräsident des Landtags allseits hohe Wertschätzung.

Ohne Zweifel ist Hoegner, der als erster Nachkriegsvorsitzender des Landesverbands von 1946 bis 1947 auch die Partei führte, eine prägende Gestalt der bayerischen Sozialdemokratie. Er war und bleibt ein „Beispiel für alle Demokraten“, wie der damalige Fraktionsvor-

sitzende Hiersemann anlässlich der Preisstiftung sagte.

Der Wilhelm-Hoegner-Preis wird seit 1988 in der Regel jährlich „an eine Persönlichkeit oder Organisation verliehen, die sich in hervorragender Weise um die Erhaltung und Sicherung der Freiheitsrechte und Bürgerrechte im Freistaat verdient gemacht hat“. Die Auswahl der Preisträgerin oder des Preisträgers trifft ein vierköpfiges Kuratorium.

Richtschnur für ihre Entscheidung war in den Anfangsjahren insbesondere Art. 110, Abs. 1, der Bayerischen Verfassung: „Jeder Bewohner Bayerns hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Recht darf ihn kein Arbeits- und Anstellungsvertrag hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.“

Nicht zuletzt deshalb weist die stattliche Reihe der bisherigen Preisträger etliche ebenso unabhängige wie meinungsstarke Vor- und Querdenker auf. Andere wurden für herausragendes politisches oder zivilgesellschaftliches Engagement, als Mahner vor totalitärer Barbarei und Rechtsradikalismus oder generell für ihre großen Verdienste um den Freistaat Bayern im Sinne Wilhelm Hoegners geehrt. Eigentlich gehörten sie dafür in eine demokratische Ruhmeshalle wie die Walhalla. Solange dies nicht der Fall ist, soll der Wilhelm-Hoegner-Preis Anerkennung und Dank für ihre Leistungen zum Ausdruck bringen.

Im Folgenden stellen wir die Preisträger bis 2014 im Einzelnen vor.

DER WILHELM-HOEGNER-PREIS: DIE PREISTRÄGER VON 1988 BIS 2014

- 1988: **Dr. Ernst Müller-Meiningen jr.**, Journalist und Publizist
- 1990: **Heinrich Albertz**, Pastor und Regierender Bürgermeister von Berlin
- 1991: **Martin Hirsch**, Landtags- und Bundestagsabgeordneter, Richter am Bundesverfassungsgericht
- 1992: **Dr. Regine Hildebrandt**, Ministerin für Arbeit und Soziales in der DDR, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in der brandenburgischen Landesregierung
- 1993: **Dr. Wilhelm Ebert**, Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV)
- 1994: **Ernst Maria Lang**, Karikaturist
- 1995: **Ilse Kümpfel-Schliekmann (Ponkie)**, Journalistin
- 1996: **Dr. Hildegard Hamm-Brücher**, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, und **Dr. Hans-Jochen Vogel**, Bundesminister der Justiz und Regierender Bürgermeister von Berlin
- 1997: **Carl Amery**, Schriftsteller
- 1998: **Hans Riehl**, Journalist, Chefredakteur der tz in München
- 1999: **Helmut Zilk**, Unterrichtsminister (Österreich), Bürgermeister von Wien
- 2000: **Biermösl Blosn**, Musiker und Kabarettisten und **Jörg Hube**, Schauspieler und Regisseur
- 2001: **Dieter Hildebrandt**, Kabarettist
- 2002: **Hubert Weinzierl**, Umweltschützer und Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND)
- 2003: **Brigitte Dorschner**, Gebärdensprachlehrerin, **Klaus Kreuzeder**, Musiker, und **Max Weber**, SPD-Landtagsabgeordneter
- 2004: **Günter Verheugen**, Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar
- 2005: **Hans Schuierer**, Landrat und Atomkraftgegner
- 2007: **Albin Dannhäuser**, Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV)
- 2008: **Barbara Distel**, Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, und **Max Mannheimer**, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau
- 2010: **BISS, RISS, Donaustudl** und **Straßenkreuzer**, Straßenzeitungen
- 2011: **Prof. Dr. Heribert Prantl**, Jurist und Publizist
- 2013: **Bayerisches Bündnis für Toleranz, Gegen Vergessen – für Demokratie und die Weiße Rose Stiftung**
- 2014: **Martin Schulz**, Präsident des Europäischen Parlaments

Karl-Heinz Hiersemann verleiht den ersten Wilhelm-Hoegner-Preis an Dr. Ernst Müller-Meiningen. (Foto: SZ)

**PREISTRÄGER 1988:
DR. ERNST MÜLLER-
MEININGEN JR.**

**KÄMPFER FÜR DIE
PRESSEFREIHEIT**

Der erste Wilhelm-Hoegner-Preis ging an den Münchner Anwalt und großen Publizisten Dr. Ernst Müller-Meiningen jr. Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann überreichte die Urkunde am 18. Oktober 1988 im Steinernen Saal des Bayerischen Landtags. Müller-Meiningen wurde ausgezeichnet, weil er, wie Hiersemann 1988 in seiner Rede feststellte, „jahrzehntelang vorbildlich im Sinne Hoegners für die Freiheitsrechte des Einzelnen eingetreten ist und unerschrocken gestritten hat. (...) Wo er die Bürgerrechte in Gefahr sah, hat er keine Auseinandersetzung mit den Mächtigen gescheut, wie mächtig sie auch waren oder sich selbst dünkten.“

Weiter führte Hiersemann aus: „Ernst Müller-Meiningen jr. war nicht nur ein engagierter Kämpfer für die Pressefreiheit, er ist auch ihrem Missbrauch, wo er ihn antraf, mit Hefigkeit entgegengetreten. Seine Unbestechlichkeit und seine unbestrittene persönliche Integrität haben es stets auch für die von ihm Kritisierten erträglich gemacht, seine Mahnungen mit Nachdenklichkeit und Respekt entgegenzunehmen.“

Der Laudator, Karikaturist Ernst Maria Lang, betonte, dass für seinen Kollegen die Freiheit genauso wichtig gewesen sei wie die Luft zum Atmen. Auch im Dritten Reich sei er sich treu geblieben und „nie in Versuchung geraten, ein Nazi zu werden“. Er nannte den

Preisträger eine einmalige Mischung von Adler und Luchs. Denn Müller-Meiningen sei in enormen Geisteshöhen genauso zu Hause wie im Dickicht unserer Gesellschaft. „Er kann auf eine große Lebensleistung zurückschauen“, so Lang.

Der Humor habe Müller-Meiningen jr. zu einem nachdenklichen Menschen, zu einem Philosophen, allerdings von der vitalen, praktischen Art gemacht. Der Preisträger selbst nannte in seiner Entgegnung den früheren Ministerpräsidenten Hoegner als bleibendes Vorbild, denn Hoegner sei eine starke Persönlichkeit und ein bedeutender Politiker, ein Mann des Rechts und der Gerechtigkeit gewesen, ein bayerischer Patriot.

Dr. Ernst Müller-Meiningen jr. wurde 1908 in München geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften arbeitete er zunächst bis 1945 bei einer Großbank, bevor er kurz nach Kriegsende als Redakteur in der neu gegründeten Süddeutschen Zeitung eingestellt wurde und dann jahrzehntelang deren rechtspolitischen Kurs bestimmte. Wichtig war Müller-Meiningen aber nicht nur der eigene journalistische Werdegang,

sondern die Entwicklung der gesamten Branche. Als Gründungsmitglied des Deutschen Presserats gehörte er diesem Selbstkontrollgremium über 15 Jahre hinweg an. Zudem stand er von 1951–1971 dem Deutschen und dem Bayerischen Journalistenverband vor und prägte damit wesentlich die Entstehung und Weiterentwicklung des Journalismus nach dem zweiten Weltkrieg. Im Jahr 2006 starb er im Alter von 97 Jahren in seiner Geburtsstadt München.

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 111: Die Presse hat die Aufgabe, im Dienste des demokratischen Gedankens über Vorgänge, Zustände und Einrichtungen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wahrheitsgemäß zu berichten.

PREISTRÄGER 1990: HEINRICH ALBERTZ

NACHDENKLICHER MAHNER

Mit der Auszeichnung von Pastor Heinrich Albertz setzte die BayernSPD-Landtagsfraktion in Bayern auch der friedlichen Revolution von 1989 ein Denkmal. Der damalige Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann konnte im Jahr nach der Wende bei der wahrhaft historischen Preisverleihung am 26. Juni 1990 zwei ehemalige regierende Bürgermeister Berlins im Bayerischen Landtag begrüßen: „Ich freue mich, dass es zwei ehemaligen Bürgermeistern von Berlin, Willy Brandt und Heinrich Albertz, vergönnt ist, den Zeitpunkt zu erleben, wo die Stadt wieder zusammenwächst, die 29 Jahre durch Mauer und Stacheldraht auf schreckliche Weise getrennt war.“

Albertz war ein besonderer Glücksgriff der Jury, der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt. Ohne mutige, unerschrockene Demokraten wie ihn wäre die Wende nicht gelungen. Albertz habe sich um die fundamentalen Bürgerrechte wie Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, um wahrhaft republikanische Tugenden wie Toleranz und Mitmenschlichkeit verdient gemacht, stellte Hiersemann fest.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende nahm die Preisverleihung auch zum Anlass für eine Standortbestimmung für ein wiedervereinigtes Deutschland: „Wenn bei der praktischen Gestaltung der Deutschen Einheit nicht das Prinzip soziale Gerechtigkeit erste Priorität erhält, dann befürchte ich wirklich gefährliche Spannungen und Konflikte. Menschlichkeit und Solidarität sind für uns Sozialdemokraten

Grundziele unserer Politik, die wir nicht deshalb aufgeben werden, weil menschenverachtende Systeme mit diesen Werten Schindluder getrieben haben. Wer glaubt, die herrschende wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik habe praktisch einen paradiesischen Endzustand erreicht und sei nicht mehr verbesserungsfähig, der irrt gewaltig. Und ich habe auch bis heute nicht verstanden, warum man den Menschen hüben und drüben nicht die Gelegenheit geben will, über die Grundlagen ihres künftigen Zusammenlebens in einer Volksabstimmung selbst zu befinden. So sehr ich mich über die deutsche Einheit freue, so sehr wehre ich mich dagegen, dass kritische Geister, die vor Euphorie und einem neuen Nationalismus warnen, in der öffentlichen Diskussion als Störenfriede ausgegrenzt werden.“

Durch und durch ein Demokrat:
Wilhelm-Hoegner-Preisträger
Heinrich Albertz. (Foto: SZ)





Drei SPD-Größen unter sich: Willy Brandt, Karl-Heinz Hiersemann und Heinrich Albrecht (v.l.). (Foto: SZ)

Heinrich Albrecht wurde 1915 in Breslau geboren. Nach seinem Theologiestudium trat Albrecht während der Zeit des Nationalsozialismus der Bekennenden Kirche bei. Kurz nach Kriegsende kam der Theologe als Leiter kirchlicher und staatlicher Flüchtlingsfürsorgestellen nach Celle, wo ihn die britische Militärregierung Anfang 1946 in den ersten Stadtrat berief. Im gleichen Jahr trat er in die SPD ein und konzentrierte sich dabei als Flüchtlingspfarrer vor allem auf die Integration von Vertriebenen. Dies führte letztlich dazu, dass er 1948 vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Heinrich-Wilhelm Kopf zum Minister für Flüchtlingsangelegenheiten berufen wurde. In der Folge übernahm er von 1951 bis 1955 das niedersächsische Sozialministerium. Von 1949 bis 1965 war er zudem Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt. Zunächst als Senatsdirektor in Berlin tätig,

ernannte ihn Willy Brandt 1959 zum Chef der Staatskanzlei. Nach einer Übergangsphase als Innensenator und Bürgermeister wurde Albrecht 1966 zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Neun Monate später trat er zurück. Nach seinem Ausscheiden aus dem Berliner Abgeordnetenhaus 1970 arbeitete Albrecht als Pastor in Berlin-Zehlendorf und widmete sich dabei wieder seinem Herzensthema, der Friedenspolitik. So engagierte sich er sich in den 1980er-Jahren intensiver in der Friedensbewegung und unterstützte die Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss. Für seinen Einsatz als „Mahner und Vermittler, als Anwalt der Schwachen und Mann der Friedensbewegung, als aufgeschlossener und hilfsbereiter Mitmensch vieler“ (Willy Brandt) wurde Heinrich Albrecht mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis ausgezeichnet.

Willy Brandt

Laudatio zur Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises an Heinrich Albrecht

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat bei der Wilhelm-Hoegner-Preisverleihung eine seiner letzten Reden in Bayern gehalten, die wir hier dokumentieren:

1.

Vor knapp zehn Jahren, im November 1980, wurde Heinrich Albrecht in Berlin, in der Staatsbibliothek, der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis verliehen. Heute in München, unter dem Dach des Bayerischen Landtags, wird er mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis ausgezeichnet.

Ich war damals dabei und wurde auch diesmal gebeten – wofür ich mich bei meinen bayerischen Freunden bedanke –, einige Worte zu sagen. Wäre ich zum Faulpelz ge-

worden, ich hätte mir das alte Manuskript herausuchen lassen. Doch das wäre aufgefallen: Von Hoegner war damals in Berlin nicht die Rede. Auch nicht von den gewaltigen Veränderungen im Osten und in Deutschland, deren Zeugen wir sind. Damals in Berlin war der Preisträger zu Beginn des Jahres 65 geworden, inzwischen ist ein Jahrzehnt hinzugekommen. Gleichgeblieben ist, dass ich ihm, was das Lebensalter angeht, ein gutes Jahr voraus bin. Bei dieser Ordnung der Dinge sollten wir es belassen.

Bleiben wird es erst recht bei den sehr unterschiedlichen Ausgangspunkten, von denen aus der angehende bayerische Staatsanwalt vor dem Ersten Weltkrieg und der Flücht-

lingspfarrer aus Preußisch-Schlesien Ende des Zweiten Weltkriegs politische Verantwortung übernahmen.

Es wäre töricht, Übereinstimmungen zu konstruieren, wo es sie – schon wegen der unterschiedlichen Generationen – nicht geben kann. Es wäre ja unglaublich, aus Hoegner nachträglich einen Halbpreußen machen zu wollen. Da liegt es schon näher, bei unsereins – Leuten wie Albertz und mir – eine gewachsene Aufgeschlossenheit für Werte des Landsmannschaftlichen und der Bundesstaatlichkeit zu vermuten.

Das Begriffspaar Wahrheit und Freiheit passt für beide, Hoegner und Albertz – und man träte niemandem zu nahe, fügte man das Charakteristikum Eigenwilligkeit hinzu. Wenn ich den Albertz'schen Arbeitsstil konservativ nenne, seine Haltung zur Welt modern, so werden bayerische Freunde, die ihn kannten, vermutlich darin auch Parallelen entdecken. Jedenfalls gibt es eine solide Basis gemeinsamer Überzeugungen, wo es um die Sicherung des Friedens geht, um die Verteidigung und den Ausbau der Freiheits- und Bürgerrechte, auch um das erreichbare Maß an sozialer Gerechtigkeit. Wilhelm Hoegner – jener sozialdemokratische Regierungschef des Freistaates Bayern, dem nachzueifern meine Freunde gut beraten sind – schreibt in seinem Buch „Der schwierige Außenseiter“, es sollte eine Gesellschaft entstehen, „in der an die Stelle des rücksichtslosen Wettbewerbs, der Neid- und Hassgefühle und des Kampfes aller gegen alle die gegenseitige Hilfe zu treten hätte. In einer solchen Gesellschaft sollten die Menschen am wichtigsten sein.“

Nun, gegenseitige Hilfe – nicht nur der Schwächeren untereinander, sondern der Starken mit den Schwachen – ist in der veränderten deutschen und europäischen Lage des Jahres 1990 ein hochaktuelles Thema geworden. Ob es diese Bereitschaft hinreichend gibt, ob die unvermeidlichen Lasten der deutschen Einheit (und eines über den Westen hinausreichenden europäischen Zusammenschlusses) halbwegs gerecht aufgebracht werden, davon wird für die weitere Entwicklung ziemlich viel abhängen. Der Wilhelm-Hoegner-Preis soll Menschen oder Organisationen ehren, die durch die Art ihrer politischen Arbeit wie durch ihr persönliches Leben, insbesondere auch während der Nazizeit, ein Beispiel gegeben haben.

Heinrich Albertz wird heute ausgezeichnet, weil er als Mahner

und Vermittler, als Anwalt der Schwachen und Mann der Friedensbewegung, als aufgeschlossener und hilfsbereiter Mitmensch vielen – und, ich vermute, sich selber auch – immer wieder Mut gemacht hat. Heinrich Albertz wird heute ausgezeichnet, weil er als Vikar und Pfarrer der Bekennenden Kirche wegen antinazistischer Predigten mehrmals verhaftet, wegen eines Fürbitte-Gottesdienstes für Pastor Martin Niemöller ins Gefängnis musste. Und der anderen nahegebracht hat, dass man

„Geehrt wird ebenso sehr – nein, eigentlich noch mehr – einer, der sich nicht scheute, für die unbequemen Einsichten und Ansichten einzutreten.“

Wichtiges auch dann nicht vergessen darf, wenn es schmerzt: die Schande der KZ-Lager, das Martyrium der Kriegsgefangenen, den millionenfachen Mord an Menschen jüdischer Herkunft.

Geehrt wird mit Heinrich Albertz ein langjähriger Minister in Niedersachsen, Senator und Bürgermeister von Berlin. Einer, der im Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, an der Spitze der „Arbeiterwohlfahrt“ und auf andere Weise – nicht zuletzt durch Rückkehr in den Dienst der Kirche – Verantwortung für die Gemeinschaft übernahm.

Geehrt wird ebenso sehr – nein, eigentlich noch mehr – einer, der sich nicht scheute, für die unbequemen Einsichten und Ansichten einzutreten. Die Meinungen und Rechte solcher zu verteidigen, die nicht die Mehrheit hinter sich hatten und haben konnten. Egal, wer jeweils recht hatte – dies hat uns allen wohlgetan.

2.

Die sich überstürzenden Ereignisse dieser Monate haben mich, bis in die allerletzten Tage, immer wieder auf gemeinsame Spuren geführt. Womit ich nicht suggeriert haben will, wir hätten in den zurückliegenden Jahren enge und regelmäßige Verbindung miteinander gehabt; die einem zugefallenen Aufgaben und

selbst gewählten Standorte wichen doch erheblich voneinander ab.

Aber, wenn ich meinen Terminplan dieser und der letzten Woche nehme: Freitag mit den Außenministern (auch dem sowjetischen), den Noch-Stadtkommandanten und den Bürgermeistern (noch der beiden Teile Berlins) bei der Entfernung der Checkpoint-Charlie-Baracke in der Friedrichstraße. Diesen Freitag Besuch im Ostberliner Rathaus. Samstagfrüh: Letzter ordentlicher Parteitag der Berliner SPD, nach der Sommerpause folgt der Zusammenschluss mit den Freunden im bisherigen Ostsektor; in diesem Fall stimmt der Ausdruck Wiedervereinigung. Alles Daten, die in dem hier zu Ehrenden Bilder von Menschen und Vorfällen wachrufen werden.

Ich weiß, dass Heinrich Albertz die Stadt an der Spree lieb hat. Ich weiß, dass für ihn nicht nur schöne, sondern auch schmerzvolle Erinnerungen mit Berlin verbunden sind. Vor einem Jahr haben wir beide nicht gewusst, dass es die Mauer und den Todesstreifen quer durch Deutschland so rasch nicht mehr geben würde. Wer von uns, der kaum noch gewagt hatte, einem solchen Tag entgegenzuleben, würde heute seine freudige Erregung verbergen wollen? Auch dann nicht, wenn uns wegen der Hektik des Einigungsprozesses und wegen dessen zu erwartenden, zunehmend chaotischen – hoffentlich bald vorübergehenden – Begleiterscheinungen Sorge erfüllt. Am vergangenen Donnerstag wurde in der Volkskammer wie im Bundestag der erste Staatsvertrag ratifiziert, dem wahrscheinlich gleich nach der Sommerpause ein zweiter folgen wird. Am gleichen Tag wurde in Hannover, im Niedersächsischen Landtag – dort hatte des Flüchtlingspfarrers

politisches und ministerielles Wirken begonnen – ein neuer Ministerpräsident gewählt. Heinrich Albertz hatte das erwartet und vorausgesagt, auch die – im Übrigen nicht mehr völlig überraschende – Couleur sagte ihm zu.

Und noch etwas, nicht irgendetwas, passiert an jenem 21. Juni: Beide deutschen Parlamente stellen in übereinstimmenden feierlichen Entschlüssen fest, dass es – nach allem, was hinter uns liegt, und angesichts der vor den Jüngeren liegenden europäischen Aufgabe – bei der deutsch-polnischen Grenze bleiben muss. Ich dachte, wir hätten das mit dem Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 geklärt; es dauerte länger, und manche bis ganz oben auf der staatlichen Hühnerleiter waren in Gefahr, wegen Zuspätkommens vom Leben gestraft zu werden. Heinrich Albertz, der dem Wunschenken und der Unvernunft lange die Stirn geboten hatte, kann nicht ganz froh gewesen sein. Wer könnte nicht die gemischten Empfindungen eines gebürtigen Schlesiers, eines Breslauer, nachempfinden? Und wer, der über seine Wiederbegegnung mit der alten Heimat gelesen hat, möchte ihm nicht die Kraft wünschen, noch ein gutes Stück am Werk der Aussöhnung mitwirken zu können?

Noch mal zu Sonntag vor einer Woche: Im Ostberliner Schauspielhaus Erinnerung an den 17. Juni 1953. Manfred Stolpe als Hauptredner bestätigt vor aller Welt die Albertz-These, dass der deutsche Protestantismus nicht auf der falschen Seite war, sondern eine überaus hilfreiche Rolle spielte, auch Lehren aus der letzten großen Krise aufnahm. – Hin und zurück flogen Egon Bahr und ich mit der Bundeswehr nach und von Schönefeld, ich ebenso am Freitag gemeinsam mit dem Bundesaußenminister. Nach Tegel ging das noch

nicht, von wegen Berlin-Status ...

Aber mit Veränderungen im Großen scheint es jetzt rasch zu gehen. Die politische Europakarte wird nicht wieder, was sie war. Die beiden Weltmächte wollen aus unterschiedlichen – und doch nicht gegensätzlichen – Motiven heraus aus dem organisierten Wahnsinn des Überrüstens. Russland, die Sowjetunion, eröffnen sich und uns miteinander Möglichkeiten, die hoffentlich nicht ungenutzt bleiben. Zum ersten Mal scheint es in den vor uns liegenden Jahren auch möglich zu werden, Mittel umzulenken, sodass sie in den Kampf gegen Hunger, für den Schutz der natürlichen Umwelt und andere, der Menschheit gestellten Aufgaben eingebracht werden können. Wenn ich an den Kampf um ungekürzte Menschenrechte denke, geht mir natürlich auch durch den Kopf, was Nelson Mandelas Besuch vor vierzehn Tagen bei uns in Bonn bedeutete – und was er vielen jungen Deutschen zu sagen hatte.

Ich wage nicht, selbst zu beurteilen, was unser – sich von der amtlichen Politik langsam abhebendes – Bemühen um den Abbau von Spannungen – „kleine Schritte“ – und um möglichst normale Beziehungen über unseren Standort hinaus bedeutet haben mag. Es gibt Leute, die sich um Hintergründe und Zusammenhänge kümmern und die sagen, wir sollten unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Das Ringen um Erleichterungen für die durch die Härten der Spaltung besonders betroffenen Menschen wäre auch dann richtig gewesen, wenn von ihm keine Fernwirkungen ausgegangen wären. Wie sehr allerdings solche vorhanden waren, habe ich allein daran ablesen können, wie oft ich in den letzten Monaten in Erfurt auf den März 1970 angesprochen worden bin.

Da sich die deutschen Dinge nun doch in Richtung auf rasche (bundes-)staatliche Einheit bewegen (ob auch gleich mit der uns in Aussicht gestellten vollen Souveränität, muss ich leider bezweifeln), da nach der künftigen Rolle Berlins und anderer Metropolen gefragt wird, da viel Neues nicht nur aus dem westlichen EG-Europa, sondern auch wegen der sich verdichtenden gesamteuropäischen Kooperation auf uns zukommen wird – aus all diesen und noch einigen weiteren Gründen, lieber Heinrich, wäre uns mit freundlich-mahnend-kritischer Begleitung gerade jetzt und weiterhin sehr gedient.

3.

Der Weg bleibt schwierig, hierher war er wirklich steinig. Vielleicht darf ich noch daran erinnern? Die Mauer, die jetzt gefallen ist, war wenige Monate alt, als Heinrich Albertz Berliner Innensenator wurde. Ein knappes Jahr später kommt ein Ereignis, das er selbst zu seinen schwersten Prüfungen zählen wird: Ein Ostberliner Bauarbeiter bleibt, von Schüssen der Grenzposten getroffen, jenseits der Mauer liegen und verblutet – im Angesicht einer wachsenden Menschenmenge und laufender Kameras. Die Unruhe unter unseren Westberliner Mitbürgern wurde so groß, dass wir uns gezwungen sahen, die Sektorengrenze mit eigenen Polizeikräften zu schützen. Ihm brachte das den Schmähnamen eines „Mauerministers“ ein, mir wurde – von einem Publizisten, der es sich danach besser überlegte – „Landesverrat“ vorgeworfen, und dabei hatten wir doch in Wahrheit die Menschen nur davon abhalten wollen, in ihr Unglück zu rennen.

Man muss verstehen, dass solche Schocks geeignet waren, den Weg freizumachen zu neuen deutschlandpolitischen Ansätzen. Man muss verstehen, dass dies ein Prozess

war, der Zeit brauchte. Man muss auch verstehen, dass Mut dazugehörte, auf Kursänderung zu bestehen.

An Mut hat es Heinrich Albertz nicht gemangelt. Er hat eigene Irrtümer abgeschüttelt. Er hat sich durch taktische Erwägungen kaum beeindrucken lassen, was nach meiner Erfahrung nicht immer eine Stärke sein muss. Aber es ist eine große Hilfe, dass er – bei aller Skepsis gegenüber der Hektik – an seinem Ja zum Zusammengehen mit den Landsleuten drüben keinen Zweifel lässt.

Er ist den Menschen in der DDR oft begegnet, hat das Gespräch mit ihnen gesucht, hat ihnen

und eben damit geeignet, für nicht wenige, zumal aus den Reihen der Jungen, Leitbild zu sein. Wenn ich vorhin vom Vermittler Albertz sprach, so wollte ich damit einerseits an seinen umstrittenen Satz erinnern, „dass kein Mensch gnadenunwürdig sei“. Andererseits wollte ich nochmals das Bild des aus der Flugzeugtür winkenden Heinrich Albertz mit der Terroristin an seiner Seite in Erinnerung rufen, als er sich damals – 1975 – als Geisel zur Verfügung stellte. Seitdem hat sich viel verändert in jener Szene, von der er sagte, sie sei ein „Sachwalter der Reaktion“. Aber er blieb – auch bei den vermittelnden Bemühungen des letzten Jahres – bei seinem Verfassungsverständnis, demzufolge sich die Stärke eines Staates vor allem

„Die Stärke eines Staates manifestiert sich in Menschlichkeit und Vernunft.“

von uns erzählt – schon früh, als die meisten bei uns noch nicht so weit waren. Worin sie – Bürger in der DDR – seine Bedeutung sehen, lässt man sie am besten selbst erzählen. So schrieb mir eine junge Pastorin aus Berlin-Ost: Viele, gerade junge Menschen, seien ihm in den letzten Jahren dort begegnet. Heinrich Albertz sei enthusiastisch empfangen und gefeiert worden. Er habe das Gespräch durchgehalten, unspektakulär, Mut machend, Hoffnung verbreitend – auch die Hoffnung darauf, dass Mauern im Lauf der Zeit durch Wind und Regen bröckeln. So hatte er es zuletzt auf dem Kirchentag in Westberlin 1989 ausgedrückt! Es ist seine protestantische Unbedingtheit, die Qualität seines „inneren Geländers“, die „einschichtige“ Art – wie sie drüben sagen –, die ihn so überzeugend und sicher erscheinen lässt,

in Menschlichkeit und Vernunft manifestiert. Oder, in christlichem Geist, Böses mit Gutem zu überwinden – wo immer es geht, darf man wohl hinzufügen.

4.

Wenn der Wilhelm-Hoegner-Preis an eine Persönlichkeit verliehen wird, die sich um die Sicherung der Freiheits- und Bürgerrechte verdient gemacht hat, dann soll uns dies an Hoegners maßgebliche Verdienste bei der Erarbeitung der Bayerischen Verfassung erinnern; als deren „Vater“ ist er ja oft und durchaus zu Recht bezeichnet worden. Wilhelm Hoegners Verfassungsverständnis sah in Autorität und Demokratie keine Gegensätze. Gleichwohl sichert Artikel 101 der Bayerischen Verfassung allen Staatsbürgern die Freiheit zu, innerhalb der

Schranken der Gesetze und der guten Sitten alles zu tun, was anderen nicht schadet.

Der Wilhelm-Hoegner-Preis wird – ich will es noch einmal hervorheben – Heinrich Albertz heute gerade auch deshalb verliehen, weil er sich in hervorragender Weise um die Freiheits- und Bürgerrechte verdient gemacht hat. Davon zeugt sein jahrzehntelanges Wirken – mit Ämtern oder ohne. Mit der Bereitschaft, eigene Fehler einzuräumen und für die anderer einzustehen. Über die Relativität und Verführung von Macht – oder soll ich sagen: über die Dialektik von Macht und Ohnmacht? – hat Albertz viel erfahren.

Immer wieder hat er versucht, andere zu überzeugen, dass Feindbilder in einer Gesellschaft unsinnig sind und abgebaut werden müssen. Dabei landete er nicht selten zwischen den Stühlen. Doch das Streben nach Wahrhaftigkeit, frei von Ängsten und Vorurteilen, kann von Feindseligkeit befreien.

„Wer den Stürmen nicht auswich, wird die Stille genießen“, schreibt der heute zu Ehrende in seinem jüngsten Buch. Er tut wohl nicht nur das. Jedenfalls: Der Lübecker wünscht dem Neubremer hier von München aus viele gute Jahre.

Willy Brandt 1976: Im unermüdlichen Einsatz für mehr Demokratie.
(Foto: SZ)



Verfassung des Freistaates Bayern
Artikel 98: Die durch die Verfassung gewährleisteten Grundrechte dürfen grundsätzlich nicht eingeschränkt werden.



| Martin Hirsch (Foto: SZ)

PREISTRÄGER 1991: MARTIN HIRSCH

KONSEQUENT AUF DER SEITE DER SCHWACHEN

„Wir zeichnen heute mit Martin Hirsch eine Persönlichkeit aus, die sich in allen Stationen ihres Lebens um den Auf- und Ausbau einer freiheitlichen Ordnung, um Toleranz und Liberalität und um soziale Gerechtigkeit in hervorragender Weise verdient gemacht hat.“ So begründete der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Karl-Heinz Hiersemann, die Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises an den SPD-Politiker und Richter am Bundesverfassungsgericht im Jahr 1991.

Gewürdigt wurde Hirsch nicht nur für seine Tätigkeit als Rechtspolitiker im Bayerischen Landtag und im Bundestag, sondern auch für sein Wirken als Richter am Bundesverfassungsgericht. Und schließlich ehrte die BayernSPD-Landtagsfraktion mit Hirsch auch einen Weggefährten Hoegners. Weiter führte der SPD-Fraktionschef in seiner Rede im Bayerischen Landtag am 16. Juli 1991 aus: „Ob als Landtags- oder Bundestagsabgeordneter, Martin Hirsch hat es den Mächtigen im Lande nie leicht gemacht, auch nicht seiner Partei, der er bis zum heutigen Tage ein stets unbequemer Mahner geblieben ist. Aber natürlich auch nicht sich selbst. Im Wissen darum, dass sich die Qualität eines Rechtsstaates daran misst, wie er mit Minderheiten und Andersdenkenden umgeht, stand und steht Martin Hirsch immer konsequent auf der Seite der Schwächeren und

derer, die er in ihren Freiheitsrechten bedroht sieht. Dies hat ihm nicht nur sachliche Kritik, sondern oft genug persönliche Anfeindungen und Verleumdungen eingebracht. Er hat sich davon niemals beeindrucken lassen, sondern seine Gegner mit brillanter Schärfe immer wieder dazu gezwungen, ihre eigenen Argumente zu überdenken.

Seine Zivilcourage und seine Unerschrockenheit, mit der er sich allen in den Weg stellt, die die Liberalität des Staates einschränken oder abbauen möchten, oftmals gar nicht aus bösem Willen, sondern aus schlichter Bequemlichkeit, dieses Wirken hat Martin Hirsch zu einem der bedeutendsten Verfechter unserer freiheitlichen Ordnung gemacht. Er ist daher ein wirklich würdiger Preisträger im Sinne Wilhelm Hoegners.“

In der Laudatio auf Martin Hirsch erinnert sich sein Wegbegleiter Dr. Jürgen Schmude

an wegweisende Vorhaben, an deren Umsetzung sein Mentor großen Anteil hatte. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Aufarbeitung von Nazi-Unrecht. Mit seiner Laudatio zog Schmude auch eine ebenso fundierte wie warmherzige Lebensbilanz des Wirkens von Martin Hirsch.

„Eindringlich machte er darauf aufmerksam, dass wir bei der Wiedergutmachung die Verantwortung des Dritten Reiches nicht beiseiteschieben dürften, sondern für die angerichteten Schäden Ausgleich leisten mussten. Für die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft demokratischer Staaten nach dem letzten Weltkrieg spielten Bereitschaft und Umfang der Wiedergutmachung eine entscheidende Rolle. Martin Hirsch war es, der maßgeblich die Verbesserung und Erweiterung der Wiedergutmachung für nationalsozialistisches

Unrecht durchgesetzt hat. Als Oppositions-abgeordneter konnte er mit seinen Vorstellungen die damalige Bundesregierung beeindrucken und bewegen. Das Ergebnis hat Nahum Goldmann, der frühere Präsident des Jüdischen Weltkongresses, mit großem Lob und mit der zusammenfassenden Feststellung gewürdigt: „In der Geschichte des modernen jüdischen Volkes wird sein Name und sein Beitrag unvergessen bleiben.“

Um die Nachwirkungen der Untaten des Dritten Reiches ging es auch bei der Entscheidung, die Verjährungsfrist für Mord zu verlängern oder schließlich ganz aufzuheben, um die Straffreiheit für Mordtaten während der Nazizeit durch Fristablauf zu vermeiden. Martin Hirsch hat sich sehr für die Verlängerung und gleich für die inzwischen erreichte vollständige Aufhebung der Verjährung für Mordtaten ausgesprochen und dabei immer wieder nachdrücklich klargestellt,

dass schwere Verbrechen im Rahmen des nationalsozialistischen Unrechts keinerlei günstigere Beurteilung erfahren dürfen als andere Verbrechen gleicher Schwere auch. Es war mühsam, aber auch ganz wichtig, die Mordtaten nationalsozialistischer Gewalttäter aus der Sonderbeurteilung herauszuholen, die ihnen von den Befürwortern eines baldigen Abschlusses aller

weiteren Strafverfolgung immer wieder zuteil wurde. Dabei ging es um ganz einfache Einsichten, die doch so schwer verstanden wurden. „Es wird wohl niemand im Ernst sagen wollen, dass jemand, der Tausende oder Millionen ermordet hat, weniger schuldig sei als ein Taximörder“, lautete Martin Hirschs schlichte Feststellung im Bundestag (10.03.1965).

Martin Hirsch wurde 1913 in Breslau geboren. Nach seinem Abitur im Jahr 1932 am Breslauer Johannesgymnasium absolvierte Hirsch ein Studium der Rechtswissenschaften. Politisch engagierte er sich zu dieser Zeit schon im Sozialistischen Hochschulbund. Zwei Jahre nach Kriegsbeginn wurde Martin Hirsch 1932 zum Kriegsdienst einberufen. Bis 1945 diente er in einem Panzerartillerieregiment an der Ostfront.

Kurz nach der Kapitulation und einer darauffolgenden amerikanischen Kriegsgefangenschaft trat Hirsch in die bayerische SPD ein und übernahm schon 1948 ein Stadtratsmandat in Marktredwitz.

1954 wurde er in den Bayerischen Landtag gewählt und 1961 erkämpfte er sich das Direktmandat des Wahlkreises Hof für den

Bundestag. Dort gehörte er nicht nur dem Rechtsausschuss an, sondern führte einige Zeit auch den Wiedergutmachungsausschuss an. Mitglied des Parteivorstands der SPD war Hirsch von 1968 bis 1970. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag wurde Hirsch zum Richter am Bundesverfassungsgericht gewählt, dem er bis 1981 angehörte.

Auch in seinem Ruhestand brachte Hirsch immer wieder seine Meinung zu aktuellen Themen an. So kritisierte er vehement die „Sitzblockadeentscheidung“ des Bundesgerichtshofs im Jahr 1988 und sprach sich für einen fairen und Prozess gegenüber den ehemaligen Machthabern in der DDR nach der Wende.

Hirsch starb 1992 im Alter von 79 Jahren.



Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zur Spielbankenaffäre, Martin Hirsch, und August Geishlöringer, Innenminister, während einer Sitzung des Ausschusses. (Foto: SZ)

Präambel der Bayerischen Verfassung: Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkriegs geführt hat, in dem festen Entschluß, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.

PREISTRÄGERIN 1992: REGINE HILDEBRANDT

EIN GESAMTDEUTSCHER OSSI ERHÄLT DEN WILHELM-HOEGNER- PREIS

Wie sehr die Wiedervereinigung Deutschlands auch die bayerische Politik bewegte, spiegelt sich in der Auszeichnung der brandenburgischen Sozialministerin Regine Hildebrandt im Jahr 1992 wider. Nach der ersten Euphorie war man gesamtdeutsch auf dem Boden der Tatsachen gelandet.

Im Westen zweifelten einige, ob die Lasten der Wiedervereinigung zu schultern sein würden, im Osten begann man sich über die Besser-Wessis zu erregen. Mit der Auszeichnung Hildebrandts sprachen die BayernSPD-Landtagsfraktion und ihr damaliger Vorsitzender Karl-Heinz Hiersemann Klartext und warben für Solidarität im Aufbau Ost.

Hiersemann redete der Festgemeinde ins Gewissen: „Aber so viel halte ich für gesichert: Wenn wir den Menschen sagen können, diese und jene Belastung kommt konkret den Aufbaumaßnahmen in den neuen Bundesländern zugute und verschwindet nicht irgendwo zur Abdeckung allgemeiner Haushaltslöcher, wird es eine große Solidarität auch bei den Bürgerinnen und Bürgern geben, die nicht gerade auf Rosen gebettet sind.“

Innerdeutsche Solidarität war also das The-

ma des Wilhelm-Hoegner-Preises 1992 und Fraktionschef Hiersemann erläuterte eindrucksvoll die Wahl der Preisträgerin: „Regine Hildebrandt entspricht so gar nicht dem Politikerbild, das ansonsten unsere Medienlandschaft prägt. Mit ihrem Mut, ihrer Uner-schrockenheit, ihrer Natürlichkeit und ihrer Glaubwürdigkeit ist sie weit über Branden-burg und die ostdeutschen Bundesländer insgesamt hinaus zur Hoffnung für viele Menschen geworden, die in diesem schwierigen Prozess des Zusammenwachsens zu ver-zweifeln drohen. Regine Hildebrandt kämpft nicht nur kompetent und couragiert, sondern sie macht bei all ihrer berechtigten Kritik an den bestehenden Zuständen den Menschen auch persönlich Mut. Und nichts brauchen wir jetzt notwendiger als dieses Mutmachen und das Aufzeigen von Perspektiven.“ Der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Wolfgang Thierse nannte in seiner Laudatio

Preisträgerin Regine Hildebrandt und SPD-Fraktionschef Karl-Heinz Hiersemann bei der Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises 1992. (Foto: dpa Picture-Alliance)





PREISTRÄGER 1993: WILHELM EBERT

KÄMPFER FÜR BILDUNG ALS BÜRGERRECHT



BLLV-Ehrenpräsident Wilhelm Ebert ist trotz seines Alters versiert im Umgang mit modernen Kommunikationsmedien.
(Foto: BLLV)

Mit Wilhelm Ebert zeichnete der damalige Vorsitzende der BayernSPD-Landtagsfraktion, Dr. Albert Schmid, 1993 den langjährigen Präsidenten des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV) aus. Mit Ebert erhielt ein Mitstreiter Hoegners den nach ihm benannten Preis der BayernSPD-Landtagsfraktion.

Die gemeinsamen Ziele Hoegners und Eberts waren die Bekämpfung des Klerikalismus und Konfessionalismus in Bayern sowie ein neues Lehrerbildungsgesetz – ein Meilenstein in der Bildungspolitik der Nachkriegsgeschichte. „Ebert war eigentlich der Kultusminister der Viererkoalition“, stellt der SPD-Fraktionsvorsitzende Albert Schmid im Rückblick fest.

„Wilhelm Ebert ist seit Jahrzehnten ein Vorkämpfer für eine fortschrittliche Bildungspolitik in Bayern. Das bayerische Bildungs- und Erziehungswesen verdankt ihm viele wesentliche Impulse. Sein energisches Eintreten für die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer hat ihn dabei nie vergessen lassen, dass im Mittelpunkt aller Bildungspolitik die Interessen der Kinder stehen müssen. In einer Zeit, in der landauf, landab über den Verfall von Werten geklagt wird, muss die Bildungspolitik wieder auf den vordersten Platz der politischen Prioritätenliste gerückt werden. Für diese Zielsetzung steht Wilhelm Ebert beispielhaft“, sagte Fraktionschef Schmid bei der Preisverleihung am 28. September 1993. Albert Schmid hatte die „Grande Dame“ der Nachkriegspolitik und FDP-Bildungspolitikern, Hildegard Hamm-Brücher, für die Laudatio gewonnen. Sie illustrierte eindrucksvoll die Zustände, gegen die aufgeklärte Politiker in den 50er-Jahren zu Felde zogen: „1953! Die CSU regierte das Land, seine Schulen und Lehrer mit heute unvorstellbarer konfessioneller Rigidität, ja man könnte es konfessionelle Apartheidspolitik nennen: Volks-

schulen wurden zerschlagen, Lehrerbildung und Schulaufsicht, ja Fahrradständer und Schulküchen konfessionell aufs strengste getrennt, Lehrer auf die Erfüllung ihrer Beichtpflichten überprüft.“

Wilhelm Ebert wurde 1923 in Fleißen/Egerland als Sohn eines Maurers geboren. Nach Kriegsteilnahme legte er 1947 das Staatsexamen als Volksschullehrer ab und war danach bis 1955 als Lehrer an Grund- und Hauptschulen in Bayern tätig. Auf Einladung der US-amerikanischen Regierung verschaffte der junge Lehrer sich vier Monate lang einen Überblick über das amerikanische Schulwesen und die dortige Lehrerbildung. Nach seiner Rückkehr engagierte er sich berufspolitisch sowohl in Deutschland als auch international und hatte zahlreiche leitende Funktionen inne. Präsident des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands war er von 1955 bis 1962 sowie erneut von 1967 bis 1984. Als deutscher Delegierter nahm er seit 1957 an zahlreichen internationalen Tagungen von Erziehern und an den jährlichen Delegiertenversammlungen des Weltverbandes der Lehrerorganisationen (WCOTP) teil. Von 1958 bis 1970 leitete er als Direktor das Pariser Büro der WCOTP und war gleichzeitig ständiger Vertreter der WCOTP bei der UNESCO. Von 1979 bis 1993 übernahm Ebert auch das Amt des Bundesvorsitzenden des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE). Ebert erhielt zahlreiche Auszeichnungen, so das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Viererkoalition: Bei der Landtagswahl 1954 gab es mit 38,4 Prozent eine klare Mehrheit für die CSU. Allerdings gelang es Wilhelm Hoegner, ein Bündnis von SPD (28,1 Prozent), FDP (7,2 Prozent), Bayernpartei (13,2 Prozent) und Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE, 10,2 Prozent) zu schmieden, die legendäre Viererkoalition. Sie hielt bis 1957 und hatte die Bildungspolitik in das Zentrum ihres Wirkens gestellt. Das Lehrerbildungsgesetz wurde allerdings erst 1958 von der Regierung Seidel mit den Stimmen aller Fraktionen verabschiedet.

Hildegard Hamm-Brücher bescheinigte Ebert Überzeugungskraft, Festigkeit und Fairness sowie ein verlässliches Eintreten für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde. „Da ist sein Gespür für neue geistige Strömungen und für das politisch Notwendige, seine Kraft, andere davon zu überzeugen, und seine Durchsetzungsfähigkeit, wenn es ihm nötig erschien, sogar mit Druck. In der Person unseres Preisträgers würdigen wir deshalb nicht nur seine Beiträge für die Erneuerung der bayerischen Schule, nicht nur den klugen politischen Kopf, der weit über seine erfolgreiche Verbandspolitik hinaus Spuren hinterlassen hat. Wir würdigen auch und vor allem den weit über aktuelle Bildungsfragen hinaus anregenden Nach- und Vordenker.“

In seiner Rede anlässlich der Preisverleihung stellte Ebert die Bedeutung der Schulreform für den Aufbau eines wirklich demokratischen Staatswesens und einer offenen und toleranten Gesellschaft in den Mittelpunkt. Er sagte unter anderem: „Wann immer es um eine bessere Schule, um bessere Bildungschancen für alle und um eine Stärkung der Lehrer in ihrer Rolle als staatlich bezahlte, aber niemals staatlich gegängelte Vermittler eines freiheitlichen, demokratischen Bewusstseins geht, finden Sie in mir einen engagierten Mitstreiter. Heute, da sich wieder rechtsradikaler Ungeist in vielen Köpfen breitmacht, erscheint es unerlässlich, gerade in unseren Schulen das Fundament des freiheitlichen Rechtsstaates zu erneuern. Immer wieder müssen wir unsere Jugendlichen von jenen Werten überzeugen, die auch unsere bayerischen Politiker nach dem Zusammenbruch des Unrechtsstaates zu ihrem leidenschaftlichen Eintreten für die persönliche Freiheit der Menschen bewogen haben.“



| Gemeinsam für das Volksbegehren für die christliche Gemeinschaftsschule: Wilhelm Hoegner steckt der Pressesprecherin der SPD-Landtagsfraktion Ingrid Burkert eine Aktionsnadel an.
(Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion)

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 131 (3): Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen.

PREISTRÄGER 1994: ERNST MARIA LANG

VERFECHTER VON MENSCHLICHKEIT UND TOLERANZ

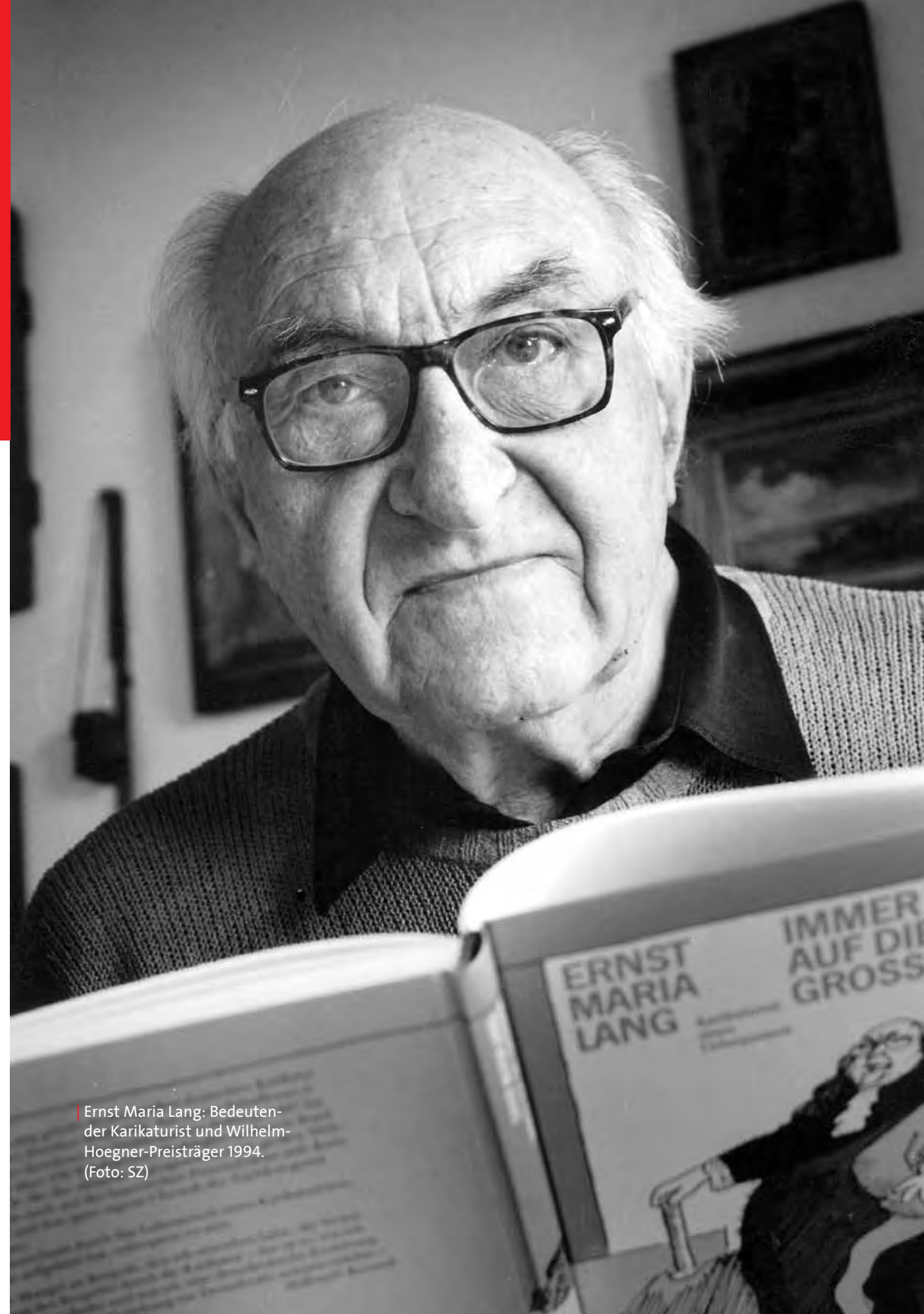
Mit Ernst Maria Lang ehrte SPD-Fraktionschef Dr. Albert Schmid 1994 einen der beliebtesten und bedeutendsten Karikaturisten Deutschlands.

In seiner Rede anlässlich der Preisverleihung im Bayerischen Landtag sagte Schmid: Seit Jahrzehnten habe sich Ernst Maria Lang in seinen Karikaturen als entschiedener Verfechter von Menschlichkeit und Toleranz ausgezeichnet. Darüber

hinaus verkörpere Ernst Maria Lang, der Wilhelm Hoegner über viele Jahre hinweg begleitet hat, in seiner Person glaubwürdig eine barocke Liberalität, die sich wohltuend von jener konservativen Worthülse der „liberalitas bavariae“ abhebe.

Ernst Maria Lang wurde 1916 in Oberammergau geboren. Bereits mit zwölf Jahren begann Lang zu zeichnen und wurde 1934 wegen einer kritischen Karikatur aus der Hitlerjugend ausgeschlossen. Er machte Abitur am Benediktinerkloster Ettal und studierte nach dem Zweiten Weltkrieg an der Technischen Hochschule in München Architektur. 1947 heuerte Lang als politischer Karikaturist bei der Süddeutschen Zeitung an, der er bis 2003 treu blieb und für die er über 4.000 Zeichnungen anfertigte. Lang fixierte mit wenigen Strichen nicht nur den Phänotyp einer Person, sondern stellte auch noch deren Tun und Streben dar. Der Chefredakteur

der Süddeutschen Zeitung Dieter Schröder stellte fest: „Er war der glückliche Fall eines Karikaturisten, der jede Woche die große Politik und das kleine Leben im Sinne des Wortes ins Bild brachte.“ Neben seiner Tätigkeit bei der Süddeutschen Zeitung arbeitete Lang viele Jahre beim Bayerischen Fernsehen und engagierte sich auch als Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Architekten in Bayern und als Präsident der Bayerischen Architektenkammer. Auch als Architekt prägte er München: Er entwarf nicht nur das Hacker-Zentrum auf der Theresienhöhe, sondern auch die Studentenstadt in Freimann. Ernst Maria Lang starb 2014 in München.



Ernst Maria Lang: Bedeutender Karikaturist und Wilhelm-Hoegner-Preisträger 1994. (Foto: SZ)

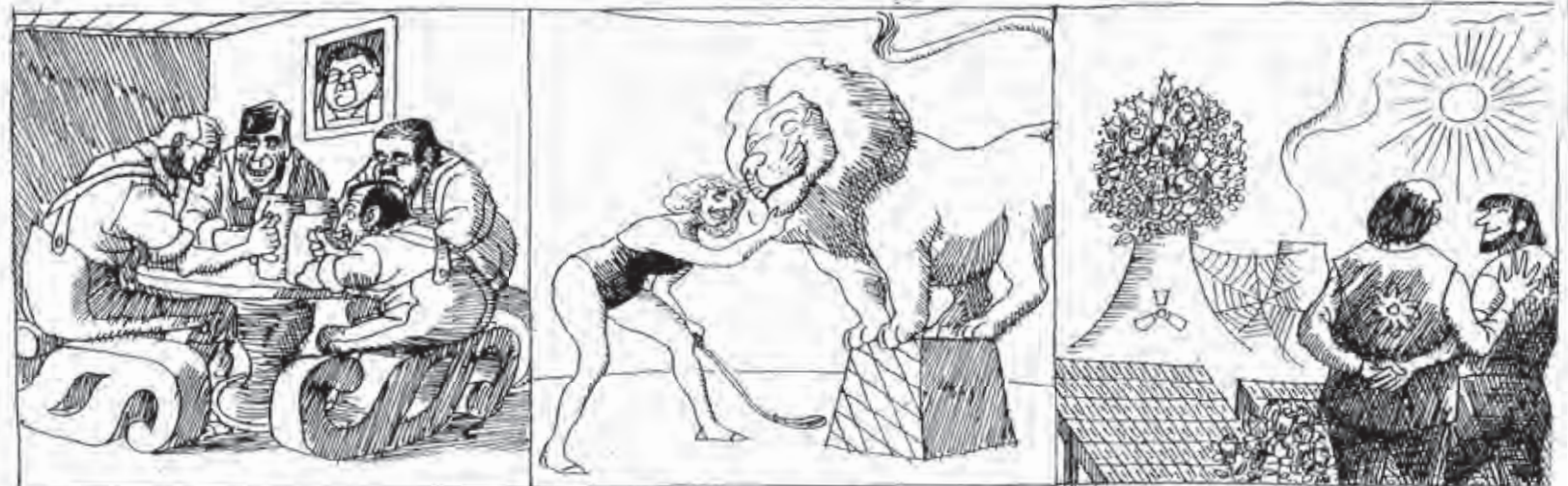


Vor dem Turnier: „Dö is net ritterlich – die schwitzt net amal ...“

E. M. LANG

SZ-Zeichnung: E. M. LANG

Bayerische Wahl-Moritat '94



Die CSU kenni sowieso:
die Wählermeinung: „Hund san's schu ...“

Seit Grzimek weiß die SPD Bescheid:
„Ein Löwe steht auf Weiblichkeit ...“

Grün, mit ein bißchen rosa Schimmer,
verlockt sensible Typen immer ...



| Der damalige Vorsitzende der BayernSPD-Landtagsfraktion Albert Schmid, Ernst Maria Lang, Laudator Helmut Karasek und der Preisträger von 1988, Ernst Müller-Meiningen (v.l.) bei der Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises. (Foto: SZ)

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 111 (2): Vorzensur ist verboten. Gegen polizeiliche Verfügungen, welche die Pressefreiheit berühren, kann gerichtliche Entscheidung verlangt werden.



Mit beißendem Humor und intelligentem Spott: Ilse Kümpfel-Schliekmann, genannt Ponkie, begeistert durch ihre Fernsehkritiken.
(Foto: dpa Picture-Alliance)

PREISTRÄGERIN 1995: PONKIE ALIAS ILSE KÜMPFEL-SCHLIEKMANN

DIE GELIEBTE FERNSEHKRITIKERIN

Seit 1956 gehören die Münchner Abendzeitung und Ponkie zusammen. Ilse Kümpfel-Schliekmann, wie sie mit bürgerlichem Namen heißt, arbeitet nicht als Fernsehkritikerin, sie ist eine Institution: Mit spitzer Feder schreibt sie schlechte TV-Produktionen in Grund und Boden oder macht auf hoffnungsvolle Talente aufmerksam.

Sie ist ein Kompass, der Qualität im Fernsehen die Richtung weist: Etlichen heiß geliebten Serien hat sie den Weg geebnet – vom „Monaco Franze“ über die „Löwengrube“ bis hin zur „Hausmeisterin“. Das brachte ihr unter vielen Auszeichnungen im Jahr 1995 auch den Wilhelm-Hoegner-Preis ein.

„Die schlechte Laune eines verpatzten Fernsehabends lässt sich überhaupt nur mit der Vorfreude auf eine Züchtigung des Autors, Regisseurs und des Senders durch die AZ-Kritikerin vertreiben“, sagte der damalige Münchener Oberbürgermeister Christian Ude in seiner Laudatio für die Hoegner-Preisträgerin. Wie Ude feststellte, gelingt Ponkie das seltene Kunststück, moralisch zu sein, ohne

dauernd mit dem erhobenen Zeigefinger daherzukommen: „Beim Wort von der Moral zögert man, denn Moralinsaures hat sie noch nie abgesondert, aber trotzdem halte ich sie für eine moralische Institution. Da hat sie jetzt schon jahrzehntelang die nicht versiegende Kraft bewiesen, gegen den „Mainstream“ zu schwimmen – sei es ein konservativer Sog oder eine kommerzielle Welle. Wenn sie über – ich zitiere – ‚Vaterlandsmief mit quillendem Pathos und nationalem Nebel spottet‘, oder anprangert, dass sich der ‚Ellenbogenegoismus zum nationalen Gemeinschaftsmief zusammenklumpt‘, wenn sie den ‚Vielfaltsmüll des Ablenkungsdiddeldummdei-Programms‘ geißelt, oder das Programmangebot der Privatsender – und nicht

nur der Privatsender – auf die Kurzformel ‚Nullbrei‘ bringt. Die damalige Fraktionsvorsitzende Renate Schmidt brachte es in ihrer Rede auf den Punkt, was die Ponkie-Texte auszeichnet: „Ihre Kritiken sind selbst funkelnde und glitzernde Kleinode, die es den Leserinnen und Lesern völlig gleichgültig erscheinen lassen, ob sie die Programme nun selbst gesehen haben oder nicht. Mit Ponkie zeichnet das Kuratorium eine couragierte und streitbare Journalistin, eine kritische Zeitzeugin und Wegbegleiterin der bayerischen Nachkriegskultur und eine überzeugte Kämpferin für eine liberale Demokratie in Bayern aus.“

Ilse Kümpfel-Schliekmann wurde 1926 in München geboren. Nach dem Studium der Germanistik, Zeitungswissenschaft und Geschichte begann Ponkie für die Fachzeitschrift „Tennis“ zu schreiben. Nach diesem Einstieg folgte aber sogleich der Aufstieg zur Filmkritikerin bei den „Berliner Filmblättern“ und der „Münchener Abendzeitung“. Die Journalistin schrieb zeitweise auch für den Stern und Cosmopolitan und veröffentlichte mehrere Bücher. 1991 erhielt sie den Grimme-Preis und die Medaille „München leuchtet“.

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 108: Die Kunst, die Wissenschaft und die Lehre sind frei.



In ihrer Dankesrede schrieb Ponkie den politischen Parteien Folgendes ins Stammbuch:

Seit in den französischen Deputiertenkammern des 19. Jahrhunderts die Liberalen links und die Konservativen rechts vom Präsidentenstuhl saßen, ist die Welt eingeteilt in Linke und Rechte. Die Linken waren immer die, die etwas wollten, was ihnen nicht zustand (frei denken, reden, lernen, schreiben, lesen, glauben oder fragen – gottlose Sachen eben). Die Rechten waren immer die, die etwas bewahren wollten, was ihnen gehörte (Autorität, Geld, Landbesitz, Ehre, Nationalstolz, Tradition, billige Arbeitskräfte, und, falls ererbt, auch standesgemäße Dummheit). In der Mitte, zwischen links und rechts, saß merkwürdigerweise nie die Mitte, sondern die jeweilige Breitseite zum Trend. So etablierte sich etwa in der bürgerlichen Mitte der Weimarer Republik das Zentrum: Der politische Katholizismus, dem das Herz rechts schlug. Heute ist das aber alles ganz anders. Heute sind die Rechten Mitte, die Linken Mitte, die Liberalen Mitte, die Konservativen Mitte, die Sozialdemokraten Mitte, die Grünen Mitte, die Christen-Ultras Mitte, und wenn's ginge, dann täten auch noch die alten Kameraden vom Rassenwahnverein Ewiges Deutschland so, als seien sie nichts anderes als die ganz normale Hintermitte.

Das hat natürlich seinen Grund. Der Wähler nämlich, dieser hinterhältige Souverän, lässt mit seinen Stimmverteilertricks immer wieder durchblicken, dass ihm ein gut gefütterter Spatz in der Mitte lieber ist als eine ehrsame Friedenstaube linksaußen oder ein als Reichsadler verkleideter Aasgeier am lockeren rechten Dachsparren. Daher die Wortkosmetik der Parteien: Mitte ist, wo WIR sind. Beim ständigen Aufdrücken zur Mitte werden die Mittelmaßhalter allerdings in die Rempelzone geraten, dass die Ellenbogenreste nur so splittern – während rechts und links von der Vollmitte bereits die Extremisten nachdrängeln. Bei diesem allgemeinen Sturm auf die Mitte muss man dann wohl oder übel den alten Farbttest machen: Wie viel brauner Tümpelbodensatz bei den Schwarzen aus der rechten Ecke sumpft – und wie viel Frischgrün die Roten noch tanken müssen, damit die Vitamine für die linke Erneuerungskur stimmen. Irgendwann muss eben jeder schräge Vogel Farbe bekennen, wenn er seine Eier in die Mitte legen will.

| Mit spitzer Feder: Ponkie, eine moralische Institution der Medienlandschaft. (Foto: SZ)

Dr. Hans-Jochen Vogel, Renate Schmidt und Dr. Hildegard Hamm-Brücher (v.l.)
mit Preisurkunde. (Foto: dpa Picture-Alliance)

**PREISTRÄGER 1996:
DR. HILDEGARD HAMM-
BRÜCHER UND
DR. HANS-JOCHEN VOGEL**

**DIE GRANDE DAME
DER LIBERALEN UND
DER JURIST, POLITIKER,
DEMOKRAT**



1996 wurde der Wilhelm Hoegner-Preis an zwei Persönlichkeiten verliehen, die die Politik der Nachkriegszeit durch ihre Persönlichkeit und Kompetenz geprägt haben und Vorbilder für soziale Gerechtigkeit sind.

Sowohl Dr. Hildegard Hamm-Brücher als auch Dr. Hans-Jochen Vogel haben sich im Laufe ihres Lebens in besonderer Weise für jene freiheitlichen und sozialen Rechte eingesetzt, wie sie unter der Federführung von Wilhelm Hoegner in der Bayerischen Verfassung verankert wurden. Die SPD-Fraktionschefin Renate Schmidt verwies in ihrem Grußwort darauf, dass beide Preisträger für Werte stehen, die für den Staat und das Zusammenleben der Gesellschaft wichtiger sind als Aktienkurse: Sie „haben im Verlauf ihres so ereignisreichen politischen Lebens immer wieder gezeigt, dass die Formulierung und Gestaltung moderner fortschrittlicher Politik etwas anderes ist als das Surfen auf den Wellen kurzfristigen Zeitgeistes.“ Beide Preisträger sind „immer wieder in Etappen ihres politischen Weges gemeinsam gegangen“, so Schmidt weiter.

„Da gab es Erfolge, wie beim Volksbegehren Rundfunkfreiheit 1972, da gab es aber auch bittere Niederlagen, wie etwa bei der Landtagswahl 1974. Aber Verdrossenheit war ihre Sache nie. Im Gegenteil. Als 1993 der Begriff ‚Politikverdrossenheit‘ zum Wort des Jahres avancierte, haben sie die Initiative ‚Verfassung ’93 – Wir mischen uns ein‘ ins Leben gerufen und zahlreiche Mitstreiter dafür geworben, Politik nicht länger aus dem Blickwinkel einer saturierten Konsumentenmentalität zu verfolgen.“ Schmidt lobte Hildegard Hamm-Brücher für ihre Reformen in der Bildungspolitik und bezeichnete Hans-Jochen Vogel nicht nur als brillanten Juris-

ten, sondern auch als Kommunalpolitiker, der schon früh die Probleme großer Städte vorhergesehen hatte. In seiner Laudatio bei der Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises sah der Journalist Herbert Riehl-Heyse die Zivilcourage als die wichtigste Eigenschaft von Dr. Hildegard Hamm-Brücher und Hans-Jochen Vogel. „Es war diese Zivilcourage ja durchaus eine Eigenschaft mit Folgen, auch mit oft unangenehmen. Zum Beispiel wird man sowohl Hildegard Hamm-Brücher wie Hans-Joachim Vogel nicht unrecht tun, wenn man behauptet, dass sie über lange Strecken ihres politischen Lebens hinweg zwar sehr viel Anerkennung und Respekt in der Öffentlichkeit genossen haben, dass es aber gerade nicht ihre eigenen Parteien waren, die ihnen diese Anerkennung, diesen Respekt immer am heftigsten entgegenbrachten. (...)“

Die schlimmsten Verletzungen haben den beiden mit Sicherheit die eigenen Mannschaftskameraden zugefügt – was freilich auch umgekehrt gegolten hat, weil wir ja heute nicht so tun wollen, als seien unsere beiden Preisgekrönten ihr politisches Leben lang zartsensibel Spielgestalter geblieben und hätten es nie fertiggebracht, ihrerseits auszuteilen oder andere Mitspieler abzugrätschen. „Manchmal ist es schwieriger und deshalb auch tapferer, die notwendigen Konflikte dort auszutragen, wo sie entstanden sind, statt davonzulaufen und zur Belohnung dafür gleich bei der nächsten Partei Minister zu werden“, so Riehl-Heyse. Eine Eigenschaft, die beide Preisträger vereint.

Triumph der SPD: Am 7. Juli 1968 stimmte im sogenannten Schulvolksbegehren eine überwältigende Mehrheit der Bayern für eine Verfassungsänderung.

Hildegard Hamm-Brücher kämpfte damals an der Seite des SPD-Fraktionsvorsitzenden Volkmar Gabert für die christliche Gemeinschaftsschule.

„Manchmal ist es schwieriger und deshalb auch tapferer, die notwendigen Konflikte dort auszutragen, wo sie entstanden sind. (...)“



| Hoegner-Preisträger Hans-Jochen Vogel. (Foto: dpa Picture Alliance)

Dr. Hildegard Hamm-Brücher

Dr. Hildegard Hamm-Brücher, geboren 1921 in Essen, studierte nach ihrem Abitur Chemie in München. Nach ihrer Promotion arbeitete sie zunächst als Wissenschaftsredakteurin, da nach dem Zweiten Weltkrieg die chemische Grundlagenforschung verboten war. Von 1949 bis 1950 studierte Hamm-Brücher auch politische Wissenschaften.

Ihre politische Karriere begann Hamm-Brücher, als sie 1948 für die FDP in den Münchner Stadtrat gewählt wurde. Von 1950 bis 1966 und von 1970 bis 1976 war sie Mitglied des Bayerischen Landtags. 1963 stieg sie in den Bundesvorstand der FDP auf und war von 1972 bis 1976 dessen stellvertretende Vorsitzende.

Von 1976 bis 1990 war sie Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Dr. Hildegard Hamm-Brücher arbeitete unter anderem als Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium und im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft sowie als Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Am 22. September 2002 trat sie nach 54 Jahren Mitgliedschaft aus der FDP aus.

Neben dem Wilhelm-Hoegner-Preis wurde Dr. Hildegard Hamm-Brücher mit der Münchner Ehrenbürgerwürde, der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold, dem Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband und der Ehrendoktorwürde der Universität Jena ausgezeichnet.

Dr. Hans-Jochen Vogel

Dr. Hans-Jochen Vogel, geboren 1926 in Göttingen, schrieb sich nach seinem Abitur am humanistischen Gymnasium in Gießen für ein Studium der Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München ein. Im Anschluss an seine Promotion und dem zweiten juristischen Staatsexamen arbeitete er im Bayerischen Staatsministerium der Justiz.

Seit 1950 ist Hans-Jochen Vogel Mitglied der SPD und startete 1958 seine politische Karriere mit der Wahl zum berufsmäßigen Stadtrat in München. 1960 wurde Vogel zum Münchner Oberbürgermeister gewählt. Nach seiner Wiederwahl 1966 holte er die Olympischen Sommerspiele von 1972 in die bayerische Landeshauptstadt. 1970 wurde Vogel Bundesvorstand der SPD und im Jahr 1987 SPD-Bundesparteivorsitzender. 1972 berief ihn Willy Brandt zum Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in die Bundesregierung. Ab 1974 übte er das Amt des Bundesministers der Justiz aus, bis er 1981 zum Regierenden Bürgermeister Berlins gewählt wurde.


Hans-Jochen Vogel hat unter anderem die Verfassungsmedaille des Bayerischen Landtags, den Bayerischen Verdienstorden und das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten.



Hildegard Hamm-Brücher (FDP) und Volkmar Gabert (SPD) werben gemeinsam für die „Christliche Gemeinschaftsschule in Bayern“. (Foto: Privatbesitz)

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 135: Die öffentlichen Volksschulen sind gemeinsame Schulen für alle volksschulpflichtigen Kinder. In ihnen werden die Schüler nach Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet und erzogen.

A black and white photograph showing Renate Schmidt on the left, smiling and looking towards Carl Amery. Carl Amery is on the right, wearing glasses and a bow tie, smiling back. They are seated at a table with papers and a pen. Other people are visible in the background, some looking towards the camera and others looking away.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Renate Schmidt und Wilhelm-Hoegner-Preisträger Carl Amery bei der Preisverleihung der BayernSPD-Landtagsfraktion 1997. (Foto: SZ)

**PREISTRÄGER 1997:
CARL AMERY**

**FÜR DIE UMWELT
UND GEGEN DEN
KAPITALISMUS**

1997 ehrte die damalige Fraktionsvorsitzende Renate Schmidt den Schriftsteller Carl Amery, der sich für ein ökologisches Bewusstsein in Bayern und Deutschland einsetzte und den aus seiner Sicht überbordenden Kapitalismus kritisierte.

Durch sein literarisches Werk und sein Engagement machte er den Schutz von Natur und Umwelt nicht nur zu einer kurzweiligen Modeerscheinung, sondern setzte Impulse in der Gesellschaft. Dabei nutzte er auch eine abgewandelte Feuerbach-These von Karl Marx: „Bisher hat der Materialismus die Welt nur auf den Kopf gestellt, jetzt eilt es, sie zu erhalten.“ Amery appellierte auch an die christliche Verantwortung: Die Menschen sollen sich nicht nur die Erde untertan machen, sondern auch den Garten Eden pflegen und bewahren. Der Mensch ist aus der Natur hervorgegangen, gehört zu ihr und lebt von ihr.

Sein Zorn galt der Verschleißindustrie, die er eines der teuflischsten Instrumente des Kapitalismus nannte. Statt langlebiger Erzeugnisse aus Kleinproduktion gebe es nur noch minderwertige Massenware für die kleinen Leute.

Auch zu den Auswirkungen der technologischen Entwicklung und der Reaktion der Politik darauf äußerte Amery sich. Statt sich auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu konzentrieren, solle die Politik den Begriff der Qualität in das Denksystem bringen und nicht vergessen, dass

Arbeit doch eigentlich unbeliebt sei: „Es geht nicht um Arbeitsplätze, sondern um Arbeitswert und Arbeitsziele. Die Menschenwürde wohnt nicht am Arbeitsplatz. Denn jede Maschine wurde mit dem Ziel entwickelt, dem Menschen die Arbeit abzunehmen, die ihm seit der Vertreibung aus dem Paradies als Fluch auferlegt ist.“

Der leitende Redakteur der Süddeutschen Zeitung, Dr. Christian Schütze, beschrieb Amery in seiner Laudatio als einen aufmerksamen Beobachter, der seine Bayern nie aus den Augen verliere: „Später wurde er welterfahren durch Kriegsgefangenschaft und das Studium in Amerika, schließlich durch die Universalität seiner Kirche, wenn auch in Opposition zu mancher ihrer äußeren Erscheinungen.“

Er ist vertraut mit fernen Kulturen in Geschichte und Gegenwart, enorm belesen, geistesgegenwärtig bei der Herstellung von verblüffenden, lehrreichen Beziehungen, unerschöpflich in der Erfindung polemischer Bilder. So blickt er kosmopolitisch auf sein geliebtes Volk der Bayern, von dem er in einem Buch Abschied nahm, und zu dem er doch fest gehört, einig im Kampf gegen die Besserwisserie des Nordens.“

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 157: Kapitalbildung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft.



„**Begnüge dich mit dem Zins, greife nicht das Kapital an.**“

| Visionär und Kritiker: Der Schriftsteller und Preisträger Carl Amery. (Foto: SZ)

Carl Amery wurde als Christian Anton Mayer 1922 in München geboren und verbrachte seine Kindheit in Passau und Freising. Nach dem Besuch des Gymnasiums Passau bekam Amery ein Stipendium im Münchner Maximilianeum und studierte Literatur in München und später an der Catholic University of America in Washington D.C.

Zunächst startete er seine schriftstellerische Karriere nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Namen Chris Mayer, bis er das Pseudonym Carl Amery wählte (Amery als Anagramm von Mayer). 1954 erschien sein erster Roman „Der Wettbewerb“.

Mit Büchern und Schriften wie „Das Ende der Vorsehung. Die gnadenlosen Folgen des Christentums“ oder „Die ökologische Chance“ zeigte er sein ökologisches Engagement. Von 1967 bis 1971 war Carl Amery Direktor der städtischen Bibliotheken in München. Ab 1974 widmete sich Amery dem Genre Science-Fiction und schrieb Bücher wie „Das

Königsprojekt“ (1974), „Der Untergang der Stadt Passau“ (1975) und „An den Feuern der Leyermark“ (1979).

1976 schloss sich Amery nach seiner Mitgliedschaft bei der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) der SPD an. Helmut Schmidts Haltung gegenüber Umweltproblemen veranlasste ihn jedoch, im Jahr 1974 wieder aus der SPD auszutreten. Am 13. Januar 1980 gehörte Amery zu den Gründungsmitgliedern der Partei „Die Grünen“. Im gleichen Jahr gründete er die E.-F.-Schumacher-Gesellschaft mit und blieb bis 1995 deren Vorsitzender. Carl Amery war Mitglied der Gruppe 47 sowie Vorsitzender im Verband deutscher Schriftsteller und Präsident des deutschen PEN-Zentrums. Carl Amery starb 2005 und ist auf dem Münchner Ostfriedhof beigesetzt. Amery bekam unter anderem den Literaturpreis der Landeshauptstadt München, den Bayerischen Friedenspreis und das Bundesverdienstkreuz I. Klasse verliehen.

1998 hieß der Träger des Wilhelm-Hoegner-Preises Hans Riehl, der als studierter Historiker zum Chefredakteur der Münchner Boulevardzeitung tz aufgestiegen war. Der Kabarettist Dieter Hildebrand zeigte sich, wie er in seiner Laudatio launig feststellte, mit dieser Wahl Renate Schmidts und des Kuratoriums nicht nur sehr einverstanden, sondern besonders einverstanden.

Denn Hans Riehl war für ihn ein Journalist, der „Ordnung und Anstand“ in die Zeitung brachte und – auch als Chefredakteur – klar Stellung bezog. Der Kabarettist stellte hintergründig fest: „Solches Denken, ähnlich kühl und gelassen formuliert, könnte sogar in Bayern zu Denkprozessen bei Wählern führen.“

Riehls journalistische Arbeit beschrieb die Landes- und Fraktionschefin Renate Schmidt folgendermaßen: „Seine Kommentare sind stets treffsicher, oftmals ironisch, manchmal von tiefenden Sarkasmus, aber niemals zynisch oder persönlich verletzend. Sie wollen Bewusstsein schärfen, wo nötig, verändern, aber nicht Menschen entwürdigen oder gar

vernichten.“ Riehl habe durch seine umfassende Bildung auch in 25 Zeilen mehr zu kritisch-verantwortungsvoller Meinungsbildung beitragen können als viele andere in langen Leitartikeln, so Renate Schmidt. Das Kuratorium begründete die Entscheidung zur Vergabe des Wilhelm-Hoegner-Preises an Riehl damit, dass dieser in „drei Jahrzehnten überzeugend beweisen (konnte), dass es möglich ist, auf einem hart umkämpften Markt eine ebenso erfolgreiche wie niveauvolle Boulevardzeitung mit liberalem Kurs zu gestalten, unter bewusstem Verzicht auf jene Elemente, die allein auf die Befriedigung von Sensationsgier und Voyeurismus abzielen.“

Hans Riehl wurde 1935 in Altötting geboren. Nach dem Abitur am humanistischen Gymnasium Burghausen machte er eine Ausbildung zum Industriekaufmann, bevor er studierte und ein Zeitungsvolontariat begann. Nach Stationen bei der Münchner Abendzeitung wurde Riehl stellvertretender Chefredakteur der tz und schließlich von 1973 bis 1997 deren Chefredakteur. Neben seiner journalistischen Tätigkeit verfasste Riehl als Schriftsteller Werke, wie „Als die deutschen Fürsten fielen“, „Die Mark“ oder „Ketzerien zur Zeitenwende“.

Der Preisträger bewies Herz bei der Preisvergabe: Sein Preisgeld in Höhe von 5.000 Mark teilte er symbolisch mit dem ehemaligen tz-Chefredakteur Helmut Stegmann, indem er die Helmut-Stegmann-Stiftung, die journalistischen Nachwuchs fördert, mit 2.500 Mark bedachte.

Neben dem Wilhelm-Hoegner-Preis erhielt Hans Riehl im Jahr 1998 das Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland, das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und den Bayerischen Verdienstorden.

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 101: Jedermann hat die Freiheit, innerhalb der Schranken der Gesetze und der guten Sitten alles zu tun, was anderen nicht schadet.



**PREISTRÄGER 1998:
HANS RIEHL**

**BOULEVARD
MIT NIVEAU**

Fröhliche Preisverleihung: Renate Schmidt und Hans Riehl (v.l.) mit der Urkunde aus dem Jahr 1998. (Foto: tz)



**PREISTRÄGER 1999:
DR. HELMUT ZILK**

**POPULIST MIT
WIENER CHARME**

Küss die Hand, Frau Fraktionsvorsitzende Schmidt!
(Foto: dpa Pictures-Alliance)

Mit Dr. Helmut Zilk bekam 1999 ein Sozialdemokrat aus Österreich den Wilhelm-Hoegner-Preis zugesprochen. Die BayernSPD-Landtagsfraktion ehrte mit ihm eine „der farbigsten politischen und journalistischen Persönlichkeiten im deutschsprachigen Raum, einen Mann, der sich in all seinen Ämtern und Funktionen die Vermittlung zwischen den Regierenden und Regierten, den Veranstaltern von Medien und Kultur (...) und denjenigen, für die dieses Angebot bestimmt ist, zur Lebensaufgabe gemacht hat“, so die damalige SPD-Fraktionschefin Renate Schmidt in ihrem Grußwort.

Seine Fähigkeit, Mehrheitsstimmungen in der Bevölkerung mit sicherem Instinkt zu erkennen, sie auf- und ernst zu nehmen, ihnen aber dann, wenn sie sich gegen soziale und liberale Grundwerte richteten, entschieden entgegenzutreten, brachte Zilk gleichermaßen Zustimmung und Kritik ein und machte ihn zum mit Abstand populärsten Politiker Österreichs, wie die SPD-Fraktionsvorsitzende Renate Schmidt feststellte. Sie hob hervor, dass Zilk stets wusste, dass „soziale Ängste der größte Feind eines guten und einvernehmlichen Zusammenlebens zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kultur sind“ und er dafür sowohl in seiner eigenen Partei als auch in der veröffentlichten Meinung oft als Populist bezeichnet wurde.

Münchens damaliger Oberbürgermeister Christian Ude lobte Zilk in seiner Laudatio: „Helmut Zilk hat die Sorge um den kleinen Mann zu Bodenhaftung verholfen.“ Zum Wohle der Bürger ist er auch vor unpo-

pulären Entscheidungen nicht zurückgeschreckt. Zilk bedankte sich mit dem für ihn typischen Wiener Charme: Für ihn gebe es zwei herausragende deutsche Politiker: „Einer war Adenauer für Deutschland. Der zweite war Wilhelm Hoegner für Bayern. Beide Menschen zeigten mit dem Nein zum Faschismus Charakterstärke. Das Nein dieses Mannes zum Faschismus war ein Teil seines Lebens. Er hat einen Teil seines Lebens in die Emigration, auf der Flucht und durch Verfolgung aufgegeben. (...)“

Für Hoegner war Bayern zu klein. Oder er war ein zu großer Bayer, weil er durch und durch Bayer war. Aus der Heimatbezogenheit, aus der scheinbaren Enge kommt die Größe der Persönlichkeit, die in ihrer Wirkungsweise weit über die Grenze hinausgeht.“ Bei den Grundthesen der Sozialdemokratie, die er bei Hoegner fand, fühlte Helmut Zilk sich sofort heimisch – und war glücklich, den Preis zu erhalten, bekundete er in seiner Dankesrede.

Dr. Helmut Zilk, Altbürgermeister von Wien, wurde 1927 dort geboren. Während seiner Schulzeit auf der Volks- und Hauptschule verweigerte er als Einziger seiner Klasse den Werbemännern der Waffen-SS die Unterschrift. Stattdessen trat er nach Ende des Zweiten Weltkrieges zuerst der Freien Österreichischen Jugend bei und dann der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ). Diese verließ er allerdings im Jahr 1946 wieder. Beruflich arbeitete er zunächst als Schulhelfer und ab 1947 als Volks- und Hauptschullehrer in Wien. Nach seiner Promotion 1951 legte er 1955 die Lehramtsprüfung für Pädagogik ab und unterrichtete als Professor für Pädagogik an einer Lehrerbildungsanstalt (LBA).

Im Jahr 1955, mit der Einführung des Fernsehens in Österreich, änderte sich sein Fokus, und Zilk begann hauptberuflich beim Österreichischen Rundfunk (ORF) zu arbeiten. Dort initiierte er das Schulfernsehen und moderierte Sendungen wie „Stadtgespräche“, „Auslandsecho“ und „Was könnte ich werden?“. 1976 stieg Zilk zum Programmdirektor auf und betreute acht Jahre lang die Sendung „In eigener Sache“. Zwischen 1967 und 1974 schrieb Zilk für die Kronenzeitung, bis er 1979 unter den damaligen Wiener SPÖ-Bürgermeister Leopold Gratz als Stadtrat für Kultur und Bürgerdienst gewählt wurde.

1983 wurde Helmut Zilk Bundesminister für Unterricht und Kunst. Während seiner Amtszeit führte Zilk in Österreich – als einem der ersten Länder – das Schulfach Informatik als Pflichtgegenstand ein. 1984 schlug der damalige Wiener Bürgermeister Leopold Gratz Zilk als seinen Nachfolger vor, und dieser fand auch die Zustimmung der Wähler. Eine weitere politische Karriere als Bundespräsident lehnte er ab. Aber auch als Altbürgermeister blieb Zilk als Moderator der ORF-Talkshow „Lebenskünstler“ der Öffentlichkeit präsent.

1993 zerstörte eine Briefbombe Zilks linke Hand. Er starb am 24. Oktober 2008. Zilk wurde als Ehrenbürger Wiens ausgezeichnet. Für seine stetes liberale und völkerverständigende Haltung erhielt Zilk auch die Ehrenbürgerschaft der Städte Bratislava und Prag sowie die höchsten japanischen, deutschen, tschechischen, slowenischen, kroatischen und ungarischen Orden. 2001 nahm Helmut Zilk die Päpstliche Auszeichnung „Großkreuz des Gregoriusordens“ entgegen.

„Das Nein dieses Mannes zum Faschismus war ein Teil seines Lebens.“

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 131 (1): Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.

Franz Maget (zweiter von links) ehrte Christoph Well, Hans Well, Jörg Hube und Michael Well für die Bühnenfassung von Lion Feuchtwangers Roman „Erfolg“.
(Foto: SZ)



**PREISTRÄGER 2000:
DIE BIERMÖSL BLOSN
UND JÖRG HUBE**

**ANSINGEN GEGEN DIE
STAATSPARTEI**

Mit der Ehrung von Jörg Hube und den Brüdern Christoph, Hans und Michael Well von der Band Biermösl Blosn unterstrich die BayernSPD-Landtagsfraktion einmal mehr die Bedeutung der Kultur für das gesellschaftliche Leben in Bayern. Die Vier wurden im Jahr 2000 mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis ausgezeichnet, weil sie Lion Feuchtwangers Roman „Erfolg“ in einer Inszenierung der Münchner Kammerspiele neues Leben mit Bezügen zur aktuellen Politik einhauchten.

Der damalige Fraktionschef Franz Maget stellte fest: „Die BayernSPD-Landtagsfraktion zeichnet nicht nur vier großartige Künstler aus, sondern ehrt auch den Autor Lion Feuchtwanger. Der gemeinsame Erfolg Feuchtwangers, Hubes und der Biermösl Blosn ist ein nachhaltiger, ja auch ein nach-

se beschrieb in seiner Laudatio die Preisträger und ihren Kampf gegen die Staatspartei: „Die Biermösl Blosn, die nun auch schon wieder seit gut zwanzig Jahren mit der heutzutage hier herrschenden, alles beherrschenden Staatspartei und dem sie immer wieder wählenden Volk ihre bitteren, frechen, lusti-

„Die BayernSPD-Landtagsfraktion zeichnet nicht nur vier großartige Künstler aus, sondern ehrt auch den Autor Lion Feuchtwanger.“

haltig aktueller Beitrag nicht nur gegen den nach wie vor vielerorts beklemmend wirkenden, sondern auch beklemmend wirksamen politischen Stumpfsinn.“ Deren Stück ist ein Beitrag für ein aufgeklärtes, weltoffenes, echt freistaatliches europäisches Bayern, das immer noch lernt und nicht nur über sich selbst schmunzeln, sondern laut lachen kann.

Der Münchner Journalist Herbert Riehl-Hey-

gen Scherze treibt. Wahr ist, dass sie damit überaus populär wurden, nicht nur in Bayern, wo man in einigen Landstrichen ihre Texte sogar ohne Übersetzer verstehen kann; wahr ist aber auch, dass sich die Angegriffenen von der Staatspartei zwar immer wieder über sie ärgerten, einige sich gewiss aber auch geehrt fühlten, dass sie in so witzigen Liedern vorkamen und sich im Übrigen meist nicht weiter scherten um die böse Kritik.“

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 140 (1): Kunst und Wissenschaft sind von Staat und Gemeinde zu fördern.



Auftritt der Biermösl Blosn anlässlich der Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises 2011 im Plenarsaal des Bayerischen Landtages. (Foto: Rolf Poss)

Die Musik- und Kabarettgruppe Biermösl Blosn bestand aus den drei Brüdern **Christoph Well**, **Michael Well** und **Hans Well**. Sie kombinierten satirische und gesellschaftskritische Texte mit einer Vielfalt von Musikstilen und Instrumenten wie Alphorn, Dudelsack oder Harfe. Auftritte in der ARD-Sendung „Scheibenwischer“ und auf verschiedenen Volksfesten erhöhten ihren Bekanntheitsgrad. Ihren nationalen Durchbruch hatten die Biermösl Blosn beim Münchner Maibock-Anstich.

Dort schenkten sie der CSU-Staatsregierung im Jahr 1981 voll ein: Die hatte zuvor bei einer Demonstration in Nürnberg hart durchgegriffen.

Die Biermösl Blosn hatten 2012 ihren letzten Auftritt. Neben dem Wilhelm-Hoegner-Preis wurde die Band mit dem Deutschen Kleinkunstpreis, der Ludwig-Thoma-Medaille der Stadt München und dem Bayerischen Kabarettpreis ausgezeichnet. Zusammen mit Gerhard Polt erhielt sie den Großen Karl-Valentin-Preis.

Der Schauspieler, Regisseur und Kabarettist **Jörg Hube** wurde 1943 geboren und wuchs in Dießen am Ammersee auf, nachdem seine Mutter ihn in ein Heim gegeben hatte. Noch vor Abschluss seines Abiturs verließ er das Gymnasium und besuchte verschiedene Schauspielschulen in München und Salzburg.

Ab 1984 unterrichtete er selbst auf der Falkenberg-Schule in München, die er von 1991 bis 1993 auch leitete. Rollen übernahm er unter anderem am Staatstheater Trier, den Münchnern Kammerspielen und am Bayerischen Staatsschauspiel. Seit 1971 spielte Hube auch Kabarett; er wurde auch durch verschiedene Fernsehrollen bekannt, zum Beispiel in der Serie „Löwengrube“ oder im Tatort.

Jörg Hube starb 2009 in München. Auszeichnungen wie der Bayerische Verdienstorden, der Adolf-Grimme-Preis und der Theaterpreis der Stadt München ehren seine schauspielerische Karriere und sein Lebenswerk.

Ausgezeichnetes Programm: Der „Scheibenwischer“ mit Bruno Jonas und Dieter Hildebrandt (rechts). (Foto: SZ)

**PREISTRÄGER 2001:
DIETER HILDEBRANDT**

**IMMERWÄHRENDE
OPPOSITION**

Der Kabarettist Dieter Hildebrandt war über Jahrzehnte nicht wegzudenken aus der deutschen und bayerischen Kabarettszene. 2001 erhielt er den Wilhelm-Hoegner-Preis. Der damalige Fraktionschef Franz Maget bezeichnete Hildebrandt anlässlich der Preisverleihung als „einen der renommiertesten und weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannten Künstler Bayerns, der auf seinem Gebiet mit seinem jahrzehntelangen außergewöhnlichen Wirken als kritischer Kabarettist dem hohen Anspruch des Namensgebers der Auszeichnung mehr als gerecht geworden ist“. Das Kuratorium würdigte mit dem Preis Hildebrandts langjähriges Engagement, das „über die reine Unterhaltung hinaus politisch wie gesellschaftlich eine tiefe, aufklärerische und damit demokratische Wirkung“ besaß: „Damit wirkt er ganz im Sinne Wilhelm Hoegners.“

Hildebrandt äußerte sich oft kritisch über die politisch Herrschenden, was SPD-Fraktionschef Franz Maget gerade recht war: „Dieter Hildebrandt ist längst ein Eckpfeiler des bayerischen Verfassungssystems, nämlich immerwährende Opposition gegen die gerade mal immer noch Regierenden. Erleichtert wurde ihm diese konstante Amtsausübung freilich dadurch, dass er es immer mit denselben Regierenden zu tun hat, sodass er sich ein ganzes bayerisches Berufsleben nie auf eine andere Regierungspartei einstellen musste.“

Das macht das Opponieren leichter. Hildebrandt hat auch den Bayerischen Verdienstorden verdient, weil er es so lange in der Opposition ausgehalten hat und sich als nicht korrumpierbar erwiesen hat. Genauso wie wir, die Landtagsfraktion der Bayern-SPD. Auch deshalb ist es höchste Zeit, dass er auch den Oppositionsorden in Gestalt des Hoegner-Preises bekommt.“

Ein Kabarettist, stellte Maget fest, müsse seine Finger in die Wunden legen, in der Hoffnung, dass er durch lautes Nachdenken doch etwas Positives bewirken kann. Für die SPD sei Hildebrandt so „etwas wie der sie kritisch bescheinende Trabant, der mahnend und warnend um sie herumfliegt, quasi in der Umlaufbahn der kritischen Ideen und der versucht, diese punktgenau ins Parteiprogramm zu projizieren.“

Der Kabarettist und Schauspieler Ottfried Fischer bezeichnete Hildebrandt in seiner Laudatio als einen Kabarettisten, der seinen politischen Anspruch nie aufgegeben hat.

Hildebrandt bedankte sich für den „höchst ehrenwerten Preis“, der den Namen eines Mannes trägt, „dessen Verdienste um Bayern beträchtlich sind und der von bayerischen Sozialdemokraten zu Recht verehrt wird“. Wilhelm Hoegner sei einer der Menschen, die Kopf und Kragen für die Demokratie riskiert haben.

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 162: Das geistige Eigentum, das Recht der Urheber, der Erfinder und Künstler genießen den Schutz und die Obsorge des Staates.



Dankbare Geste: Dieter Hildebrandt freute sich über die Laudatio von Ottfried Fischer.
(Foto: dpa Picture-Alliance)

Dieter Hildebrandt, 1927 in Bunzlau (Schlesien) geboren, musste nach seiner Grund- und Oberschulausbildung während des Zweiten Weltkrieges als Flakhelfer arbeiten, bevor er zur Wehrmacht eingezogen wurde. Nach Kriegsende geriet Hildebrandt in amerikanische Kriegsgefangenschaft und traf nach seiner Entlassung 1945 in Windischeschenbach seine aus Schlesien vertriebene Familie wieder. In Weiden holte er sein Abitur nach und begann daraufhin ein Studium der Theaterwissenschaften und Kunstgeschichte in München. Nebenbei nahm er privaten Schauspielunterricht, bis er schließlich 1953 am Münchner Residenztheater die Prüfung der Schauspieler-Genossenschaft ablegte.

Das Kabarett „Die Namenlosen“, das Hildebrandt zusammen

mit Kommilitonen gründete, war so erfolgreich, dass es 1956 im Fernsehen übertragen wurde. Kurz danach gründete er zusammen mit Sammy Drechsel die Münchner Lach- und Schießgesellschaft, deren Programm von Anfang an im Fernsehen und Hörfunk übertragen und sich so, wie auch durch jährliche Tournées, zu einem national bedeutsamen Kabarett entwickelte. Später war Hildebrandt durch seine Auftritte in Fernsehprogrammen wie „Notizen aus der Provinz“ und „Scheibenwischer“ einem breiten Publikum präsent. Hildebrandt verstarb 2013 und ist auf dem neuen Neuen Südfriedhof in München beigesetzt. Er wurde unter anderem auch mit dem Adolf-Grimme-Preis in Gold, dem Bayerischen Poetentaler und dem Erich-Kästner-Preis ausgezeichnet.



Wilhelm-Hoegner-Preisverleihung 2002

Der damalige Präsident der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw), Prof. Randolph Rodenstock, Preisträger Helmut Weinzierl und SPD-Fraktionschef Franz Maget (v.l.) bei der Preisübergabe.
(Foto: dpa Picture-Alliance)

**PREISTRÄGER 2002:
HUBERT WEINZIERL**

**VISIONÄR
UND REALIST**

DER
WILHELM-HOEGNER-Preis,
GESTIFTET VON DER
SPD-FRAKTION
IM BAYERISCHEN LANDTAG
WIRD 2002 AN
Hubert Weinzierl
VERLIEHEN.
Am 16. Juli 2002
an Herrn Dr. Helmut
Weinzierl, Mitglied
der vbw

2002 bekam der Natur- und Umweltschützer und Vorsitzende des Bund Naturschutz (BUND), Hubert Weinzierl, den Wilhelm-Hoegner-Preis für seine Verdienste im Bereich des Natur- und Umweltschutzes.

Eine Wahl, die dem Autor der Bayerischen Verfassung und ersten bayerischen Ministerpräsidenten sicher gefallen hätte. Denn Hoegner hatte in die neue Bayerische Verfassung den wegweisenden und damals ungemein fortschrittlichen Artikel 141 aufgenommen: „Der Genuss der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur (...) ist jedermann gestattet. Staat und Gemeinden sind berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen



Der damalige Präsident des Bund Naturschutz, Hubert Weinzierl, bei der Aktion „1.000 Bäume gegen Donausterben“ (Foto: dpa Picture-Alliance)

landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechts freizumachen ...“ (Art. 141 (3)) Hubert Weinzierl habe dieses Ziel der Bayerischen Verfassung durch seine Arbeit mit Leben erfüllt und konkrete Schritte für den Erhalt der Natur vorangebracht, stellte SPD-Fraktionschef, Franz Maget beim Festakt im Bayerischen Landtag fest. „Es war somit keine Überraschung, dass wir Sozialdemokraten Hubert Weinzierl bei der Verfassungsänderung zugunsten des Natur- und Umweltschutzes auf unserer Seite wiederfanden.“

Ein Volksentscheid am 17. Juli 1984 besiegelte letztendlich die Aufnahme von Natur- und Umweltschutz in die Bayerische Verfassung.

Laudator Randolph Rodenstock, der damalige Präsident der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw), nannte Hubert Weinzierl eine Persönlichkeit, die über Werte nicht nur rede, sondern sie auch lebe: „Wer, wie Hubert Weinzierl gelernt hat, in Baumzeiten zu denken und wer tagein, tagaus den ehrenamtlichen Beruf eines Lobbyisten ausübt, um den politischen Rahmen mitzugestalten, in dem sich unsere Gesellschaft entwickelt, der darf nicht mit den Wölfen im Rudel heulen, sondern muss sich wie ein Lachs, angetrieben von der Vision ferner Laichplätze, Stromschnelle um Stromschnelle vorwärts kämpfen. Wer heute nicht die Kraft für positive Visionen hat, der wird die Politik von morgen nicht bestimmen.“ Weinzierl selbst sandte eine deutliche Bot-

schaft an die Wirtschaft aus: „Gewinnstreben ist die Antriebskraft menschlichen Tuns. Wer dabei aber nur kurzfristig denkt und handelt, der gefährdet seine und die Zukunft anderer. (...)“

Wünschenswert ist unternehmerisches Handeln, wenn moralische Akzeptanz mit hohem ökonomischen Erfolg zusammenfällt.“ Hubert Weinzierl sagte weiter, die Auszeichnung sei für ihn ein besonderes Ereignis, weil er Wilhelm Hoegner außerordentlich verehere und schätze. Hoegner sei selbst ein leidenschaftlicher Streiter für den Naturschutz gewesen, dessen „Credo, dass eine intakte Landschaft auch Basis für eine kulturelle

Identität sei, heute zeitgemäßer ist denn je“.

Er, Weinzierl, habe die Erkenntnis gewonnen, dass Staat und Politik nicht immer die verlässlichsten Garanten für die Einhaltung der demokratischen Spielregeln sind, sondern, dass die Bürgerinnen und Bürger gefordert sind, ihre Rechte und die Einhaltung der Gesetze durch den Staat selbst zu beobachten. Das gelte vor allem, wenn es um den Schutz von Natur und Umwelt gehe. Weinzierl sagte, er habe ein hohes Maß an Feigheit in der Gesellschaft erlebt – und dennoch bezeichnete er die Demokratie als „zweifelloso die zweitbeste Staatsform, weil es die beste bekanntlich nicht gibt“.

Hubert Weinzierl wurde 1935 in Ingolstadt geboren und studierte Forstwissenschaft an der Universität München. Nach einem Referendariat in der Bayerischen Staatsforstverwaltung folgte ein Studium der praktischen Landwirtschaft. Sein Engagement im Natur- und Umweltschutz führte ihn 1964 in das Präsidium des Deutschen Naturschutzbundes e.V. (DNR). Von 1965 bis 1972 war er als ehrenamtlicher Regierungsbeauftragter für Naturschutz in Niederbayern aktiv und von 1969 bis 2002 Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern. Unter seinem Vorsitz wandelte sich der vorher unpolitische Verein in einen mächtigen politischen Interessensverband und war 1975 maßgeblich an der Gründung des Bund für

Umwelt und Naturschutz Deutschland beteiligt. Von 1983 bis 1998 war Weinzierl der Vorsitzende des BUND und nahm am Erdgipfel von Rio und dem Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg teil. Als Sonderbeauftragter des Deutschen Naturschutzbundes (DNR) organisierte er 1970 das Europäische Naturschutzjahr. Von 2000 bis 2012 war er Präsident des DNR. Seit 2001 ist Hubert Weinzierl Mitglied im Rat für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.

Hubert Weinzierl bekam neben dem Wilhelm-Hoegner-Preis das Bundesverdienstkreuz am Bande, die Bayerische Verfassungsmedaille und die Ludwig-Thoma-Medaille der Stadt München.

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 141, Absatz 1: Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge des einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut.

Der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Max Weber, die Gebärdenslehrerin Brigitte Dorschner, SPD-Fraktionschef Franz Maget und der Musiker Klaus Kreuzeder (v.l.) bei der Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises 2003.
(Foto: dpa Picture-Alliance)



**PREISTRÄGER 2003:
BRIGITTE DORSCHNER,
KLAUS KREUZEDER
UND MAX WEBER**

**ZUM EUROPÄISCHEN
JAHR DER MENSCHEN
MIT BEHINDERUNG**

Die Gebärdenslehrerin Brigitte Dorschner, der Musiker Klaus Kreuzeder und der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Max Weber erhielten 2003 den Wilhelm-Hoegner-Preis.

Im „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung“ ehrte die Landtags-SPD damit – so der damalige SPD-Fraktionschef Franz Maget – „stellvertretend für viele andere Menschen drei Persönlichkeiten, die sich in ihrem jeweiligen Bereich durch ihr soziales, kulturelles und politisches Engagement in hervorragender Weise für die Verwirklichung von Bürger- und Freiheitsrechten verdient gemacht haben“. Mit der Preisvergabe 2003 warb die Landtagsfraktion für eine Gesellschaft, die die Aufgabe der Gleichstellung von Menschen mit und

ken der Menschenwürde geprägt“, stellte der SPD-Fraktionschef fest. Denn „Hoegner, der selbst Opfer und Verfolgter der Nationalsozialisten war, achtete in ganz besonderer Weise die Freiheit, die Gleichheit und das Selbstbestimmungsrecht, also – wie es im Artikel 100 der Bayerischen Verfassung heißt – die Würde der menschlichen Persönlichkeit“. Es ist das politische und gesellschaftliche Ziel der SPD, alle Menschen nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen. Wir wollen die Menschen mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen

„Wir wollen alle bestärken, das Beste aus ihrem Leben zu machen.“

ohne Behinderung ernst nimmt und konsequent verfolgt. „Die Preisträger verdienen den Wilhelm-Hoegner-Preis einzig und allein für ihre Leistung, für ihr Lebenswerk und für ihr Engagement“, rief SPD-Fraktionschef Maget in seiner Laudatio. „Sie sind ein Vorbild dafür, wie man ungünstigere Voraussetzungen und Startbedingungen im Leben überwinden und sich durchsetzen kann.“ Ihre eigenen Einschränkungen haben Dorschner, Kreuzeder und Weber nicht davon abgehalten, für andere einzutreten und für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Schon die „Bayerische Verfassung aus dem Jahr 1946, die Wilhelm Hoegners Handschrift trägt, ist in ganz besonderer Weise vom Geist der Menschlichkeit und vom Gedan-

akzeptieren und befähigen, das Bestmögliche aus ihrem Leben zu machen. Dazu werde die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen, um die Gesellschaft human zu gestalten, versprach Franz Maget. „Die Forderung nach Teilhabe und Selbstbestimmung bedeutet, dass man sich von der Vorstellung, Gesetze für behinderte Menschen aus der hoheitlichen Perspektive von Exekutive und Legislative zu machen, verabschieden muss. Notwendig ist der fortwährende Dialog mit den Betroffenen. Der Austausch über ihre Erfahrungen und die Einbeziehung ihrer Kenntnisse sind wesentliche Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Behindertenpolitik“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 100: Die Würde der menschlichen Persönlichkeit ist in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege zu achten.

Auch **Brigitte Dorschner**, Jahrgang 1946, die gehörlos geboren wurde, absolvierte eine Schneiderausbildung. Als einzige Gehörlose wurde sie unter Hörenden zur Schneiderin ausgebildet und arbeitete weiter in diesem Beruf. Sie engagierte sich in den Verbänden

der Gehörlosen in Oberfranken und bot als Erste in diesem Regierungsbezirk Kurse in Gebärdensprache an.

Anfang der 90er-Jahre setzte sie die Einführung der Gebärdensprache als Wahlpflichtfach an der Fachhochschule Coburg durch.

Max Weber, geboren 1931 in Jägerwirth im Landkreis Passau, erkrankte schon als Kleinkind an Kinderlähmung. Nach einer Schneiderausbildung in München arbeitete er als Industrieschneider, wurde 1958 Betriebsrat und stieg 1968 zum Betriebsratsvorsitzenden auf. 1974 erreichte er die Position eines Sozialrechtssekretärs beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). 1982 errang der Sozialdemokrat

aus dem Stimmkreis München-Moosach ein Landtagsmandat. 1986 zog er über die Liste des Wahlkreises Oberbayern erneut für die SPD in den Landtag ein.

Darüber hinaus engagierte sich Weber in der Vereinigung für Integrationsförderung, beim Arbeitslosenprojekt ABBA, in der Sozialberatung des Arbeitslosentreffs der Diakonie und im Vorstand der Arbeiterwohlfahrt.

Der Saxophonist **Klaus Kreuzeder** wurde 1950 in Forchheim geboren, erkrankte mit eineinhalb Jahren an Kinderlähmung und stieg trotz seiner Behinderung zu einem der bekanntesten Saxophonisten Deutschlands auf.

Bereits als Kind spielte er aus therapeutischen Gründen Flöte. Mit 16 Jahren kaufte er sich sein erstes Saxophon. Schon während seines Jurastudiums hatte er erste Auftritte

mit der Band Aera.

Kreuzeder arbeitete mit den Großen der Musikbranche zusammen: Sting, Stevie Wonder oder Udo Lindenberg. Er nutzte seine Popularität, um auf die Situation von Menschen mit Behinderung aufmerksam zu machen und engagierte sich für sie. Wegen seiner Lähmung trat er zeitlebens im Rollstuhl auf. Klaus Kreuzeder starb am 3. November 2014 in München.



Der Saxophonist Klaus Kreuzeder 2008 (Foto: Amrei-Marie)

Der Außenminister Ungarns, László Kovács, Preisträger Günter Verheugen und der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Maget mit der Urkunde des Wilhelm-Hoegner-Preises 2004.
(Foto: dpa Picture-Alliance)



**PREISTRÄGER 2004:
GÜNTER VERHEUGEN**

**MIT DER SPD FÜR DAS
FRIEDENSPROJEKT
EUROPÄISCHE UNION**

Der WILHELM-HOEGNER-PREIS wird
verliehen an eine Persönlichkeit oder an
eine Organisation, die sich in hervor-
ragender Weise um die Erhaltung und Sicher-
ung der FREIHEITS- und BÜRGERRECHTE
in EUROPA verdient gemacht hat.

DER WILHELM-HOEGNER-
PREIS, GESTIFTET VON DER
SPD-FRAKTION IM BAYE-
RISCHEN LANDTAG, WIRD
2004 AN GÜNTER
VERHEUGEN VERLIEHEN.



Manchen, den 6. Mai 2004

FRANZ MAGET PROF. DR. JULIAN NIDA-RÜMELIN
DIETER HILDEBRANDT HARALD HOEGNER
DR. DIEMUT SCHNETZ

Kontaktsmitglieder

BAYERN
SPD

Die Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises an den EU-Kommissar Günter Verheugen im Jahr 2004 ist ein Bekenntnis der BayernSPD-Landtagsfraktion zu einem erweiterten Europa. Nur sechs Tage vor der Preisverleihung traten zehn Länder der Europäischen Union bei – ein Ereignis, dem Verheugen einen besonderen Stempel aufgedrückt hatte, wie der ungarische Außenminister László Kovács anlässlich der Preisverleihung im Bayerischen Landtag sagte.

Verheugen hatte maßgeblich zu den Beitritts-Verhandlungen beigetragen und wollte die Europäische Union auch als Friedensprojekt verstanden wissen. Damit handelte er im Sinne Hoegners, der stets für den Aufschwung Deutschlands und seiner europäischen Eingliederung wirkte. Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Maget bezeichnete Günter Verheugen

tionalsozialisten angezettelten Weltkriegs und seinen Zerstörungen wie ein fernes Hirngespinnst erschien. Damit hatte Hoegner auf dem wegweisenden Heidelberger Programm von 1925 aufgebaut. Dort hieß es: Die SPD „tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa,

„Verheugen verwirklichte Hoegners Vision für ein geeintes Europa

in seiner Rede als Brückenbauer Europas, der „Außenpolitik nicht als kurzatmige Tagespolitik, sondern im Kontext der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts“ begreift. Als „ehrlicher Makler zwischen den Interessen der alten und neuen Mitgliedsländer wurde er zum Baumeister des neuen Europa“ und verwirklichte die Vision Hoegners für ein geeintes Europa, unterstrich der SPD-Fraktionschef.

Maget verwies darauf, dass Hoegner bereits den Entwurf für die Bayerische Verfassung in der Tasche trug, als er am 6. Juni 1945 aus dem Schweizer Exil heimkehrte. Dieser Verfassungsentwurf barg bereits eine Vorstellung von einem friedlichen und geeinten Europa, als dies angesichts des von den Na-

um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen“. Nach fast acht Jahrzehnten und unter dem Mitwirken von Günter Verheugen sei diese Vision endlich Wirklichkeit geworden, sagte Maget. Der ungarische Außenminister László Kovács würdigte in seiner Laudatio Verheugens historisches Verdienst. „Nach einer mehr als ein halbes Jahrhundert andauernden Abtrennung werden die Träume mehrerer Generationen Wirklichkeit, indem wir endlich in den Hauptstrom der europäischen Entwicklung zurückkehren (...)

Infolge der Wende von 1989/90 eröffnete sich – vom Baltikum bis nach Slowenien, Rumänien und Bulgarien – die lang ersehnte



Der Sitz der Europäischen Kommission in Brüssel. (Foto: EU)

te Gelegenheit zur Schaffung der Sicherheit und des Aufschwunges unserer Völker durch den Beitritt zu den euro-atlantischen Institutionen. Es war für uns von entscheidender Bedeutung, wie sich wohl die Europäische Union unseren Zielen gegenüber verhalten würde, ob wir mit Unterstützung im Laufe der nicht einfachen Aufgaben in Bezug auf die Vorbereitung und des Beitrittes rechnen können.“

Günter Verheugen habe in diesem Prozess eine entscheidende Rolle gespielt, lobte der ungarische Sozialdemokrat Kovács: „Er hat einen persönlichen Verdienst daran, dass unser Kontinent zu Beginn des neuen Jahrtausends einen historischen Schritt in Richtung Beseitigung der Teilung von Jalta und zur Schaffung eines neuen, auf gemeinsamen Werten beruhenden, einheitlichen und starken Europa unternahm.“

Günter Verheugen wurde 1944 in Bad Kreuznach geboren. Nach Besuch des May-Ernst-Gymnasiums begann er ein Volontariat und studierte danach von 1965 bis 1969 Geschichte, Soziologie und politische Wissenschaften in Köln und Bonn. Nach seinem Studium arbeitete er zunächst als Referatsleiter für Öffentlichkeitsarbeit im Bundesministerium des Inneren und wechselte dann als Leiter des Arbeitsstabs Analysen und Informationen in das Auswärtige Amt. Für die FDP war Verheugen Bundesgeschäftsführer und Generalsekretär. Nach dem Koalitionswechsel der FDP von der SPD zur CDU/CSU trat Günter Verheugen 1982 der SPD bei.

Von 1983 bis 1999 saß er für die SPD im Bundestag. 1991 war er Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag; 1994 auch SPD-Bundesgeschäftsführer und bald darauf zudem stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Von 1998 bis 1999 war Verheugen als Staatsminister im Auswärtigen Amt tätig, bis er in die Europäische Kommission wechselte. Dort führte Günter Verheugen als Erweiterungskommissar Beitrittsverhandlungen für die EU-Osterweiterung. Von 2004 bis 2010 war Verheugen Kommissar für Industrie und Unternehmenspolitik.

PREISTRÄGER 2005: HANS SCHUIERER

PIONIER DES ATOMAUSSTIEGS UND UNBEUGSAMER DEMOKRAT

Der Schwandorfer Altlandrat Hans Schuierer ist so etwas wie der Pionier des Atomausstiegs. Er führte den Protest gegen die Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstäbe im oberpfälzischen Wackersdorf an und erreichte schließlich 1989 deren Baustopp.

Im Rückblick kann dies als Beginn des Atomausstiegs in Bayern gewertet werden, der nach der Atomkatastrophe in Fukushima 2011 auf Bundesebene beschlossen wurde. Die BayernSPD-Landtagsfraktion verlieh daher Hans Schuierer den Wilhelm-Hoegner-Preis für 2005.

Schuierer handelte mit seinem Widerstand ganz im Sinne der Hoegner'schen Verfassung: Diese enthält als zentrales Anliegen die Bewahrung der Natur und der Heimat als Lebensgrundlage und den Erhalt der demokratischen Bürgerrechte. Franz Maget: „Gegen die für Natur und Leben zu gefährliche Atomtechnologie ist Hans Schuierer Seite an Seite mit Zigtausenden von Kernkraftgegnern im Taxöldner Forst für den Erhalt seiner Heimat und der demokratischen Freiheitsrechte aufgestanden: unbeirrbar, unbeugsam, geradlinig, bürgernah, ohne

Anbiederung. Und erfolgreich.“ Schuierer sei „eine Symbolfigur des erfolgreichen demokratischen Widerstands gegen den Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und ein Pionier des Ausstiegs aus der Atomenergie“, sagte der damalige SPD-Fraktionschef Maget in seiner Rede und fügte hinzu: „Wir bayerischen Sozialdemokraten sind stolz auf dich!“

In der Oberpfalz wollte die bayerische Staatsregierung gegen den Willen der Bevölkerung ein hochgefährliches Großprojekt durchsetzen. Dass der Bau dieser Atomfabrik nach jahrelangem Kampf schließlich 1989 aufgegeben werden musste, wertete Maget auch als Lehrstück dafür, was sich durch bürgerschaftliche Solidarität erreichen lässt. Weiter sagte der SPD-Fraktionschef: „Mit der Ehrung von Hans Schuierer erkennt die BayernSPD nicht nur eine vergangene Leis-

| SPD-Fraktionschef Franz Maget und
Preisträger Hans Schuierer (v.l.) im Gespräch.
(Foto: dpa Picture-Alliance)



Die beiden Wilhelm-Hoegner-Preisträger Hans Schuierer (links) und Hubert Weinzierl bei einer Anti-WAA-Aktion.
(Foto: Bürgerinitiative gegen die WAA)



tung an, sondern möchte auch ein aktuelles politisches Zeichen setzen: Wir halten den Atomkonsens über ein Ende der nuklearen Energieversorgung für eine unverrückbare Weichenstellung hin zu einer modernen Energiepolitik. Forderungen nach einer Renaissance der Kernenergie erteilen wir Sozialdemokraten eine Absage. Wir dürfen nicht wieder in die energiepolitische Steinzeit zurückkehren.“ Der Preisträger Hans Schuierer versicherte in seiner Dankesrede, dass er ohne jede Überlegung wieder genauso handeln würde, wie er es getan hat, auch wenn er sich viele Feindschaften zugezogen

habe. Denn der Widerstand sei notwendig gewesen und – wie es sich im Nachhinein herausstellte – auch zweifellos richtig. Eine Wiederaufarbeitungsanlage sei nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzbar – dies habe damals auch der Sprecher der Atomwirtschaft, Rudolf von Bennigsen-Förder, so gesehen. Es sei allein dem Widerstand der Bevölkerung zu verdanken, dass die WAA nicht durchgesetzt werden konnte. Der politische Wille, sie zu bauen, sei vorhanden gewesen, stellt Schuierer fest.

Die Laudatio von Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Träger des Alternativen Nobelpreises, ist leider nicht erhalten.

Verfassung des Freistaates Bayern
Artikel 141 (1): (...) Mit Naturgütern ist schonend und sparsam umzugehen. (...)

Der Altlandrat **Hans Schuierer** (geboren 1931 in Klardorf bei Schwandorf) lernte zunächst das Maurerhandwerk, bevor er 1956 für die SPD zunächst als Stadtrat und von 1972 bis 1996 als Landrat in Schwandorf in der Kommunalpolitik aktiv war. Als SPD-Landrat widersetzte er sich den Plänen der Bayerischen Staatsregierung, die unter Ministerpräsident Franz Josef Strauß in Wackersdorf die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (WAA) bauen wollte. Nachdem Schuierer sich jahrelang – trotz mehrerer Disziplinarverfahren – weigerte, die Genehmigung für die Wiederaufarbeitungsanlage zu unterschreiben, hat die Staatsregierung eigens für ihn ein Gesetz geschaffen, mit dem er umgangen werden

sollte, die sogenannte Lex Schuierer (Art. 3b BayVwVfG). Damit kann der Freistaat Bayern im Fall, dass eine Aufsichtsbehörde – wie etwa ein Landratsamt – nicht tätig wird, anstelle der angewiesenen Behörde handeln. Ungerührt kämpfte Schuierer weiter und trat als Redner bei Veranstaltungen gegen die WAA auf und unterstützte Bürgerinitiativen und Demonstranten. Am 1. Mai 1989 wurde der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf schließlich eingestellt. Hans Schuierer erhielt neben dem Wilhelm-Hoegner-Preis das Bundesverdienstkreuz am Bande, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Schwandorf und den Nuclear-Free Future Award.



Lilo Schuierer, Hans Schuierer, Karin Schuierer sowie Anwalt und späterer SPD-Fraktionsvorsitzender Albert Schmid (v. l.) nach Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Schuierer am 18. April 1989 in Regensburg.
(Foto: Bürgerinitiative gegen die WAA)

Der Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städtetages, Josef Deimer, SPD-Fraktionschef Franz Maget und der Ehrenpräsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, Albin Dannhäuser (v.l.). (Foto: Rolf Poss)

**PREISTRÄGER 2007:
ALBIN DANNHÄUSER**

**KÄMPFER FÜR
SCHULEN UND KINDER**



Die Bedeutung der Bildung als Kernaufgabe der bayerischen Landespolitik spiegelt sich in der zweiten Preisverleihung an einen Vorsitzenden des großen Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) wider: Nach Wilhelm Ebert 1993 erhielt im Jahr 2007 Albin Dannhäuser den Hoegner-Preis.

„Wir würdigen damit die Verdienste eines der profiliertesten Bildungspolitiker Bayerns, der 23 Jahre an der Spitze des BLLV stand“, betonte der damalige SPD-Fraktionschef Maget und fügte hinzu „Dabei war Albin Dannhäuser nicht nur ein äußerst engagierter Interessensvertreter der Lehrerinnen und Lehrer, sondern immer auch Lobbyist für die Kinder. Bildungsgerechtigkeit ist wohl das Wichtigste, was eine Gesellschaft den jungen Menschen bieten kann.“

Der Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städtetages und Alt-Oberbürgermeister von Landshut, Josef Deimer, bezeichnete in seiner Laudatio Albin Dannhäuser als engagierten Anwalt für Schulen und Kinder: „Albin Dannhäuser kämpfte ein Leben lang für Schule und Kinder und gegen unterschiedliche Teilhabe von Personen und Personengruppen an gesellschaftlichen Ressourcen.“

Es geht um Chancengleichheit durch gerechte Verteilung von Zugangs- und Lebenschancen. Er hat den Mut, unbequeme Wahrheiten auch und gerade dann auszusprechen, wenn andere sie nicht hören wollen.“ Albin Dannhäuser verwies in seiner Dankesrede auf die von Ministerpräsident Hoegner gelegten Grundlagen, wie den „Anspruch auf Ausbildung und das Recht auf Bildungschancen, unabhängig von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung der Eltern“. In der Bayerischen Verfassung heißt es dazu: „Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, son-

dern auch Herz und Charakter bilden“. Dieses ganzheitliche Bildungsverständnis ist für Dannhäuser zeitlich ungebunden und schließt an die harmonischen Kräftebildung Pestalozzis an, der lehrt, dass Kinder die Welt mit Kopf, Herz und Hand begreifen. Wer jedoch Bildung auf messbare und ökonomisch verwertbare Kompetenzen reduziere, reduziert auch junge Menschen auf ihren Wert als Humankapital: „Er degradiert sie zur Ware. Für uns Pädagogen ist Bildung zuerst und zutiefst eine Frage der Menschenwürde.“ Dennoch ist für Dannhäuser Bildung auch eine Überlebensfrage: „Mit der Qualität von Bildung und Ausbildung stehen und fallen die Chancen nationaler Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. (...) Wenn also unser Gemeinwesen darauf hoffen will, die ökonomische Leistungsfähigkeit zu sichern, die sozialen Errungenschaften zu erhalten und den demokratischen Grundkonsens zu bewahren, so kann dies nur gelingen, wenn alle über ein möglichst hohes Maß an Bildung und Erziehung verfügen.“

Eine Auslese sei aber nicht der richtige Weg, kritisierte Dannhäuser das bayerische Bildungssystem: Die rigorose Auslese von neun- bis zehnjährigen Kindern mache die Grundschule zur gesellschaftlichen Schnittstelle und zum sozialen Rüttelsieb. Statt auf Leistung und Selektion zu setzen, sei das „Wichtigste, was unsere Schule jungen Menschen mit auf den Weg geben muss, (...) das Vertrauen in die eigenen Kräfte und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen.“

Schüler der Grundschule Blumenau in München begleiten die Preisvergabe 2007. (Foto: Rolf Poss)



Albin Dannhäuser wurde 1943 in Großwenkheim/Münnerstadt (Unterfranken) geboren. Nach einer Ausbildung zum technischen Zeichner machte er ab 1968 auf einem Abendgymnasium das Abitur, um anschließend in Würzburg Grund- und Hauptschullehramt zu studieren. Nach seiner Tätigkeit als Lehrer und Ausbildungslehrer in Würzburg und München wurde Dannhäuser im Jahr 1978 zum Hauptpersonalrat im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus gewählt.

Parallel zu seinen beruflichen Tätigkeiten übernahm er früh verbandspolitische Aufgaben. So war er unter anderem Bezirksvorsit-

zender der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer in Unterfranken, hauptamtlicher Bundesgeschäftsführer des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), Leiter der Abteilung Schul- und Bildungspolitik im BLLV und schließlich 23 Jahre lang Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes. Von 1985 bis 2009 fungierte Dannhäuser auch als stellvertretender Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung.

Neben dem Wilhelm-Hoegner-Preis erhielt Dannhäuser den Bayerischen Verdienstorden, die Ehrendoktorwürde der Universität Koblenz-Landau und den „Grünen Doktorhut“ der Landtagsfraktion der Grünen.

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 131 (3): Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen.



Winnem...
Barbara Distel und M...

**PREISTRÄGER 2008:
BARBARA DISTEL UND
MAX MANNHEIMER**

**AUS DEM GESTERN
FÜR MORGEN LERNEN**

SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget, die Preisträger Barbara Distel und Max Mannheimer sowie die damalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch (v.l.).
(Foto: dpa Picture-Alliance)

Die BayernSPD-Landtagsfraktion hat 2008 den Holocaust-Überlebenden und langjährigen Vorsitzenden der Lagergemeinschaft Dachau, Max Mannheimer, und die Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, Barbara Distel, mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis geehrt.

Distel hat den Aufbau der Gedenkstätte im früheren Konzentrationslager Dachau maßgeblich vorgetrieben und geprägt. Mannheimer verzweifelte nicht an seinem Schicksal, sondern machte es sich zur Lebensaufgabe, mit jungen Menschen über den Holocaust zu sprechen. Beide Preisträger hätten einen herausgehobenen und dauerhaften Beitrag im Einsatz für die Demokratie und den freiheitlichen Rechtsstaat im Sinne Wilhelm Hoegners geleistet, sagte der damalige BayernSPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget zur Würdigung der Verdienste der beiden Preisträger des Jahres 2008.

Die damalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, München und

ne Erlebnisse. Ende der 60er-Jahre begann er aber, seine Geschichte aufzuschreiben und startete später seine eindrucksvolle Erinnerungsarbeit. „Dabei gelingt es ihm, den jungen Menschen aufzuzeigen, dass sie – wie Max Mannheimer es ausdrückt – nicht verantwortlich sind für das, was geschah, aber dass sie die Verantwortung dafür tragen, dass so etwas nicht wieder passiert. (...) Seine Bereitschaft, die eigene Geschichte zu teilen, die junge Generation an seinem Leben teilhaben zu lassen, ist Ausdruck von menschlicher Größe“, so Knobloch in ihrer Laudatio. „Auch wenn er sich diese Rolle wohl nie gewünscht hat, so erfüllt er sie doch mit einer Würde und Streitbarkeit, die ihresgleichen sucht“, erklärte die Präsidentin der Israelitischen Kul-

„Seht nicht weg, wenn andere wegsehen!“

Oberbayern, Charlotte Knobloch, hob in ihrer Laudatio die vorbildliche Erinnerungsarbeit von Distel und Mannheimer hervor: „Beide haben ihr gesamtes Leben in den Dienst eines moralischen Imperativs gestellt. Beide haben sich die Last der Vergangenheit aufgeladen, wo andere verdrängt, ignoriert oder vergessen haben.“

Max Mannheimer hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg zuerst geschworen, niemals wieder deutschen Boden zu betreten und schwieg nach dem Krieg über sei-

tusgemeinde München und Oberbayern. Ohne das Zutun von Barbara Distel wäre die Gedenkstätte KZ Dachau nicht das, was sie heute ist, stellte Knobloch fest: „Sorgfältig und mit außergewöhnlichem persönlichem Einsatz haben Sie recherchiert, Zeitdokumente zusammengetragen und so einen umfassenden Archivbestand aufgebaut, der elementarer Teil des kulturellen Gedächtnisses der Deutschen ist. (...) Während damals die Mehrheit der Deutschen vergessen wollte, haben Sie die Erinnerung zum Leitmotiv Ihres Handelns



| Ausgezeichnet 2008: Barbara Distel und Max Mannheimer. (Foto: dpa Picture-Alliance)

Max Mannheimer (geboren 1920 in Neutitschein im Sudetenland) besuchte die dortige Handelsschule, bevor er 1936 eine Arbeitsstelle in einem Kaufhaus antrat. Im Jahr 1943 wurde Mannheimer wegen seiner jüdischen Abstammung in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert.

Weitere Stationen waren Auschwitz-Birkenau, Warschau und Dachau. Nach der Befreiung am 30. April 1945 kehrte Mannheimer zunächst in seinen Heimatort Neutitschein zurück, bevor er nach dem Tod sei-

ner zweiten Frau in den 1960er-Jahren nach München zog. Seit den 80er-Jahren leistet Mannheimer aktive Erinnerungsarbeit, indem er Jugendliche durch die KZ-Gedenkstätte Dachau führt, Vorträge an Schulen und bei Veranstaltungen hält und als Buchautor seine Erinnerungen niederschrieb.

Max Mannheimer wurde unter anderen mit dem Bundesverdienstkreuz, der Ehrendoktorwürde der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold ausgezeichnet.

Die ehemalige Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, **Barbara Distel**, wurde 1943 geboren. Schon während ihres Studiums der Bibliothekswissenschaften an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität half sie beim Aufbau der KZ-Gedenkstätte Dachau. 1975 übernahm Distel die Leitung der Gedenkstätte für 33 Jahre. Zusammen mit Wolfgang Benz gab Distel von 1985 an

jährlich die „Dachauer Hefte – Studien und Dokumentation zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“ heraus.

Neben dem Wilhelm-Hoegner-Preis wurde Barbara Distel der Geschwister-Scholl-Preis, der Ehrendoktor der TU Berlin und das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.



SPD-Fraktionschef Franz Maier überreicht Barbara Distel die Preisurkunde.
(Foto: dpa Picture-Alliance)

gemacht“, wertschätzte Knobloch Distels Engagement und nahm Bezug auf die Arbeit der Leiterin der Gedenkstätte: In die Planungen der Gedenkstätte hatte Barbara Distel Überlebende miteinbezogen, sodass „jene, die dort gelitten haben, sich in der Gestaltung der Gedenkstätte wiederfinden konnten. Sie haben ihren Lebensgeschichten Respekt gezollt, sie als Menschen und nicht nur als Objekte der Zeitgeschichte betrachtet.“

Max Mannheimer dankte der BayernSPD-Landtagsfraktion für die Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises – besonders, da

junge Menschen vor den Gefahren einer Diktatur und versuche, ihr demokratisches Bewusstsein zu stärken. Meine Erinnerungen und Erfahrungen als Zeitzeuge des Holocaust sollen helfen, das Demokratieverständnis junger Menschen zu festigen. Seht nicht weg, wenn andere wegsehen, zeigt Zivilcourage, wenn es darum geht, das Recht des Menschen und seine Würde zu bewahren, fordere ich sie auf.“

Die Leiterin der Gedenkstätte Dachau, Barbara Distel, gedachte der „Sozialdemokraten, die hier in Bayern versuchten, sich der nationalso-

„Ich komme als Zeuge jener Zeit in die Schulen, nicht als Richter oder Ankläger. Und ich erkläre den Schülern, dass sie nicht die Verantwortung dafür tragen, was geschehen ist, wohl aber dafür, dass es nicht wieder geschieht.“

„der Namensgeber selbst Opfer und Verfolgter der Nationalsozialisten war, weil er mutig und entschieden für die Freiheit, die Gleichheit und das Selbstbestimmungsrecht, also die Würde des Menschen eintrat. (...)“

Es geht darum, dass wir gemeinsam die Chance ergreifen, aus dem Gestern etwas für morgen zu gewinnen und zu lernen. Gerade darum warne ich in meinen Vorträgen

zialistischen Diktatur zu widersetzen und die mit der Flucht ins Exil, mit KZ-Haft oder sogar mit ihrem eigenen Leben dafür bezahlen mussten“ und mahnte, dass die „Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen, an die Männer und Frauen des Widerstandes und die Opfer von Verfolgung und Genozid als eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung wahrgenommen werden muss, damit die Erinnerung nicht mit den Überlebenden schwindet.“

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 119: Rassen- und Völkerhass zu entfachen ist verboten und strafbar.

PREISTRÄGER 2010: STRASSENZEITUNGEN

EIN POLITISCHES ZEICHEN IM EUROPÄISCHEN JAHR ZUR BEKÄMPFUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG



Sylvia Hank nahm stellvertretend für die Straßenzeitungen RISS, BISS, Donaustrudl und Straßenkreuzer die Urkunde des Wilhelm-Hoegner-Preises von SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher entgegen. (Foto: Rolf Poss)

Im Jahr 2010 zeigte die BayernSPD-Landtagsfraktion, dass man keinen großen Namen braucht, um preiswürdig zu sein. Mit der Verleihung des Hoegner-Preises an die Obdachlosenzeitung RISS (Augsburg) und die Straßenzeitungen BISS (München), Donaustrudl (Regensburg) sowie Straßenkreuzer (Nürnberg) rückte SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher wertvolle soziale Initiativen ins öffentliche Licht. Rinderspacher verwies auf die vielen fleißigen Köpfe, die hinter den vier erfolgreichen sozialen Einrichtungen stecken.

Die Preisträger setzten sich „vorbildlich für die Verwirklichung eines sozial gerechten Bayern im Sinne der maßgeblich von Wilhelm Hoegner formulierten Bayerischen Verfassung ein“, erklärte Rinderspacher in seiner Rede. Zur Preisverleihung kamen Obdachlose in den Bayerischen Landtag und freuten sich auch über eine Einladung in die Landtagsgaststätte.

Im reichen Bayern gelten elf Prozent der Bevölkerung als arm, jeder 9. bayerische Bürger, knapp 1,2 Millionen Menschen. „Armut in Bayern ist nicht stets und überall sichtbar. Doch es gibt sie, auch wenn die Gesellschaft sich nicht gerne mit dem vermeintlich Unsichtbaren konfrontiert. Armut geht einher mit einem Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe“, legte Markus Rinderspacher dar und begründete die Entscheidung zur Preisvergabe so: „Mit dem heutigen Preis setzen wir im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auch ein politisches Zeichen. Gegen Sozialabbau. Gegen Entsolidarisierung und für ein gerechteres Bayern. Das Eintreten für soziale Gerechtigkeit und für angemessene Lebensverhältnisse gehöre seit jeher zu den Grundpfeilern der Bayerischen Sozialdemokratie, erinnerte der SPD-Fraktionschef, der Wilhelm Hoegner als einen Vorkämpfer für den Sozialstaat bezeichnete – seine Verfassung bilde hierfür das Fundament. Als einzige Verfassung in Deutschland schreibt die Bayerische Verfas-

sung im Artikel 106 vor, dass jeder „Bewohner Bayerns (...) Anspruch auf eine angemessene Wohnung“ hat. Denn das „Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen. Erst das Leben in den eigenen vier Wänden bedeutet Schutz und Sicherheit und damit ein Leben in Würde. Doch offensichtlich werden wir in unserer Gesellschaft dem Hoegner’schen Verfassungsgebot und unseren eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Das muss uns nachdenklich stimmen“, so Rinderspacher.

Von den Menschen, die von heute auf morgen aus der Bahn geworfen werden, wenden sich oftmals Kollegen, Nachbarn und vermeintliche Freunde ab. Und bei den Betroffenen komme die Scham hinzu. Vielen sei ihre prekäre Situation peinlich. Die Reaktion sei Rückzug, selbst gewählte Isolation und Resignation. Aufgabe, schilderte Rinderspacher die traurige Lage Obdachloser. Mit den Straßenzeitungsprojekten könne vielen Menschen geholfen werden.

Durch eine Preisverleihung allein gelinge es nicht, die Betroffenen von heute auf morgen in die Mitte der Gesellschaft zurückholen, dafür seien die Probleme zu komplex, erklärte der SPD-Fraktionschef, der drei Aspekte zum Ausdruck bringen wollte. „Es geht uns nicht um falsch verstandenes Mitleid, sondern um Respekt vor denen, die in den allermeisten Fällen ohne eigenes Zutun in existenzielle Not geraten sind. Wir wollen auch unsere



Vertreter der Straßenzeitungen Straßenkreuzer, BISS, RISS und Donastrudl I zusammen mit SPD-Fraktionschef Rinderspacher und der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig. (Foto: Rolf Poss)

Anerkennung jenen gegenüber deutlich machen, die sich der Betroffenen annehmen. Nicht mit klugen Hinweisen, sondern mit konkreter Tat. Zwischenmenschlich. Mit großem Idealismus. Seit vielen Jahren. Jeden Tag. Und zum dritten: Wir wollen zum Ausdruck bringen, dass wir es als unsere Aufgabe als sozialdemokratische Parlamentarier verstehen, für eine Gesellschaft einzutreten, in der jeder Mensch seinen Platz findet und seine eigene Existenz bestreiten kann. Unser Anspruch muss sein: Wir schauen nicht weg, wir schauen hin. Und wir sind bereit und erachten es als notwendig, unsere eigene Politik immer wieder auf den Prüfstand zu stellen.“

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, unterstrich in ihrer Laudatio den wichtigen Beitrag, den Obdachlosenzeitungen leisten: „Straßenzeitungen geben obdachlosen und armen Menschen eine Stimme. Sie machen

Menschen, die fast unsichtbar und ganz am Rand unserer Gesellschaft leben, sichtbar und ihre Perspektive erfahrbar. Sie haben Schreibstuben eingerichtet, in denen Obdachlose unter professioneller Anleitung die Möglichkeit zum Schreiben erhalten. Sie geben ihnen auch Raum in den Blättern zur Veröffentlichung. Aber Ihr Engagement reicht weit über diesen Aspekt hinaus. Denn Sie leisten im wahrsten Sinn der Worte Hilfe zur Selbsthilfe. Sie bauen Obdachlosen und ehemals Obdachlosen eine Brücke zurück in die Gesellschaft und helfen ihnen, dass sie den Weg darüber auch wagen. Sie eröffnen Chancen – für Menschen, die den Halt verloren haben, sich nichts mehr zutrauen und zumeist selbst auch keinen Weg erkennen können, wie sie wieder teilhaben können an unserer Gesellschaft. Sie geben ihnen ganz konkret die Möglichkeit zum „Wieder-Andocken“. Ich gratuliere den diesjährigen Trägern des Wilhelm-Hoegner-Preises von Herzen. Sie machen tolle Arbeit – bauen Sie weiter Brücken!“

Die Münchner Zeitschrift „**Bürger in sozialen Schwierigkeiten**“ (BISS) ist mit einer monatlichen Auflage von ca. 38.000 Exemplaren eine der erfolgreichsten Straßenzeitungen Deutschlands. Seit ihrer Erstausgabe 1993 erscheint BISS monatlich und wird von etwa

100 Verkäufern vertrieben. Neben 15 freien Journalisten und Fotografen arbeiten 49 Festangestellte, darunter 42 Verkäufer, für die Zeitschrift. Verkauft werden darf BISS nur von Personen, die im Sinne des Sozialgesetzbuchs als bedürftig eingestuft werden.

Die Regensburger Zeitschrift „**Donastrudl**“ erscheint in einer Auflage von 5.000 Stück. Das Blatt machen ehrenamtliche Redaktionsmitarbeiter. Die Verkäufer der

Zeitung haben zusätzlich die Möglichkeit, Angebote wie ein Verkäuferfrühstück oder eine kostenlose Rechtsberatung zu nutzen.

Die Augsburger Straßenzeitung „**RISS**“ gibt es seit 1995 und wird von einem ehrenamtlichen Redaktionsteam erstellt. Die Zeitung erscheint alle zwei Monate in einer Auflage

von 4.000 bis 6.000 Exemplaren und beleuchtet Gesellschaftsprobleme wie Armut, Unterversorgung und Chancenlosigkeit. Herausgeber ist der Verein „Tür an Tür e.V.“.

In Nürnberg veröffentlicht der Verein **Straßenkreuzer** elf Ausgaben seines gleichnamigen Magazins pro Jahr. Zuverlässige Verkäufer erhalten die Möglichkeit einer Festanstellung; zusätzlich beschäftigt der

Verein Stadtführer, die Nürnberg von einer anderen Seite zeigen. Um das Projekt, das 1994 entstand, kümmern sich Teilzeitbeschäftigte und ehrenamtliche Redakteure.

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 106 (1): Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.

PREISTRÄGER 2011: PROF. DR. HERIBERT PRANTL

DIE BAYERISCHE VERFASSUNG VERTRAUT DEM VOLK

Mit dem Journalisten und Publizisten Prof. Dr. Heribert Prantl ehrte die BayernSPD-Landtagsfraktion 2011 einen Mann mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis, der sich in herausragender Weise für die freiheitlichen und sozialen Werte des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung einsetzt und engagiert. Und Prantl wache wie kein Zweiter über deren Einhaltung, unterstrich SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher.

Die BayernSPD-Landtagsfraktion nutzte den 65. Geburtstag der Bayerischen Verfassung, um „eine bayerische Persönlichkeit auszuzeichnen, eine herausragende Persönlichkeit der vierten Gewalt, die von Legislative, Exekutive und Judikative hoch beachtet wird und: hoch geachtet. Hoch geschätzt, bisweilen gefürchtet“, wie es SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher ausdrückte. Der Fraktionschef bezeichnete Heribert Prantl als einen Journalisten, der klare Botschaften vermittelt, selbst wenn sie differenziert sind; bei ihm ist der „Gedankenstrich nicht zum Verweilen oder Ausruhen gedacht, sondern als gedankliches Ausrufezeichen. Worte sind nicht gewünscht, nur Argumente. Zu einer Grundhaltung gehört der Grund. Jeder Satz ein Leitsatz. Ein Grundsatz. Jeder Punkt ein Standpunkt.“

In seiner Laudatio nannte der damalige Ober-

bürgermeister von München, Christian Ude, Prantl das „verfassungspolitische Gewissen in der bundesdeutschen Publizistik“. Denn Heribert Prantl engagiere sich sowohl bei der Verteidigung der Grundrechte als auch beim Kampf gegen den marktradikalen Wahnsinn; für ihn gehöre der Sozialstaat zum kostbarsten Gut des Volkes, was sich in seinem Satz ausdrückt. „Der Sozialstaat ist Heimat. Nicht Kostenfaktor oder Überforderung der Wirtschaft, sondern Heimat. Und mit dieser Heimat verträgt es sich nicht, wenn die deutsche Gesellschaft wieder zur Klassengesellschaft wird.“

Für Ude ist Prantl ein Beispiel dafür, dass die „Verfassung gelebt und belebt werden muss und nicht einfach ein bloßes staatliches Regularium für staatliche Institutionen ist“, und die Preisverleihung solle nicht nur einen

Der damalige Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, Preisträger Heribert Prantl und SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher (v. L.) mit der Preisurkunde 2011 im Plenarsaal des Bayerischen Landtags.
(Foto: Rolf Poss)





Die Wilhelm-Hoegner-Preisträger Heribert Prantl und Dieter Hildebrandt im Gespräch mit Christian Ude (v.l.). (Foto: Rolf Poss)

weiteren Preis zu seiner Sammlung hinzufügen, sondern ein Signal sein: „Die Bayerische Verfassung ist ein großartiges Fundament für politisches Handeln, von Wilhelm Hoegner besonders sozial und besonders ökologisch und besonders kommunalfreundlich und bürgernah ausgestaltet.“ Das Thema Gerechtigkeit sei für Hoegner

zentral gewesen, stellte Prantl fest. „Er, Wilhelm Hoegner, hat die Gerechtigkeit schließlich nach Bayern gebracht – er hat sie, als Nachkriegsministerpräsident von 1946, in die erste demokratische Bayerische Verfassung geschrieben, und das nicht einfach so als abstraktes Wort. Das Wort Gerechtigkeit kommt zwar in der Verfassung nicht wört-

lich vor, aber er hat dieses Wort Gerechtigkeit buchstabiert, detailliert, übersetzt in den Alltag, er hat die Gerechtigkeit konkret gemacht, er hat sie ziseliert, er hat aus dem abstrakten Wort einen praktikablen Wert gemacht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in Deutschland und auch in Bayern keine demokratisch-stabile Erfahrung – doch dies merkt man „dieser Verfassung nicht an; sie hat, es ist tatsächlich ein Wunder, demokratische Reife. Es ist gewiss keine amerikanische Verfassung, sie hat ihren eigenen bayerischen Ton, und das Bayerische dieser Verfassung ist auch kein amerikanischer Dialekt. Diese Verfassung wird gekennzeichnet von einer demokratisch-schweizerischen Urwüchsigkeit – und das muss nicht wundern, denn sie behielt in wichtigen Teilen die Fassung bei, die Wilhelm Hoegner aus seinem Schweizer Exil mitgebracht hatte“, beschrieb Prantl die Anfangsstunden der Demokratie in Bayern und sagte weiter: „Diese Bayerische Verfassung mag ihr Volk, anders als das Grundgesetz das seine, diese Verfassung

vertraut dem Volk und gibt ihm das Recht zu Volksbegehren und Volksentscheid. Die Bayerische Verfassung macht Ernst mit dem Satz, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Das Grundgesetz traut sich das bis heute nicht. Das Grundgesetz ist, verglichen mit der Bayerischen Verfassung, eine Sperrholz-Verfassung – nüchtern, trocken und spröde.“ Und doch ist es um die Bayerische Verfassung nicht gut bestellt, wie Heribert Prantl bemerkte: „Die Bayerische Verfassung ist daher in ihren 65 Jahren geblieben, was und wie sie war. Sie ist nicht (...) aufgegangen, sie ist nicht gewachsen. Ihre Grundrechte und Grundpflichten, ihre Staatsziele und Gesellschaftsgrundsätze sind nicht ausgestaltet worden. Sie spielt daher kaum eine Rolle im Leben der Bürger – ganz anders als das Grundgesetz.“

Anlässlich der Preisverleihung wünschte sich Prantl, dass die Bayern ihre Verfassung wieder entdecken, denn sie „wartet auf das Leben. Die Bayern sollten mit der Erweckung nicht bis zum hundertsten Geburtstag warten.“

Prof. Dr. Heribert Prantl, geboren 1953 in Nittenau in der Oberpfalz, studierte an der Universität Regensburg Rechtswissenschaften, Geschichte und Philosophie. Nebenbei arbeitete er bei verschiedenen Medien. Nach seiner Promotion praktizierte Prantl als Rechtsanwalt, bis er von 1981 bis 1987 als Richter und Staatsanwalt tätig war. 1988

wechselte Prantl als innenpolitischer Redakteur zur Süddeutschen Zeitung. Von 1992 bis 1995 war Prantl stellvertretender Chef des Ressorts Innenpolitik, das er ab 1995 auch leitete. Prantl ist Honorarprofessor an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld sowie Dozent an den Journalismusschulen in Hamburg und München.

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 110 (1): Jeder Mensch hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. (...)



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher mit den Vertretern der Preisträger, Heinrich Bedford-Strohm, Hildegard Kronawitter und Michael Parak sowie Christian Ude (v.l.).
(Foto: Rolf Poss)

**PREISTRÄGER 2013:
WEISSE-ROSE-STIFTUNG,
BAYERISCHES BÜNDNIS
FÜR TOLERANZ,
GEGEN VERGESSEN –
FÜR DEMOKRATIE**

**VERTEIDIGER
DER DEMOKRATIE**

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag erinnerte mit der Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises 2013 an den 80. Jahrestag der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Sie zeichnete daher drei Organisationen aus, deren Engagement beispielhaft für den Schutz und die Entwicklung der Demokratie und für die Verteidigung der Freiheits- und Bürgerrechte steht: die Weiße-Rose-Stiftung, das „Bayerische Bündnis für Toleranz“ und der Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie“.

„Wir sind stolz, dass am 29. April 1933 allein die 16 sozialdemokratischen Abgeordneten gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten und sich der Gleichschaltung widersetzen“, betonte BayernSPD-Landtagsfraktionschef Markus Rinderspacher in seiner Rede. „Deswegen zeichnen wir in diesem Jahr drei Organisationen aus, die sich in besonderer Weise um das Erinnern verdient gemacht

kratie kann nur dann Bestand haben, wenn sich Bürgerinnen und Bürger für ihre Demokratie engagieren.“ Der damalige Oberbürgermeister der Stadt München, Christian Ude, verwies in seiner Laudatio auf Beispiele von menschenverachtender Gewalt, die Rechtsextreme heute begehen, wie in München das Attentat auf das Oktoberfest im Jahr 1982, die fremden-

„ Sie schweigen nicht. Sie melden sich zu Wort. Sie klären auf, sie erinnern, sie mahnen. Sie schauen nicht weg, zeigen Gesicht, wenn, wann und wo immer es notwendig ist.

haben und stets ihre mahnende Stimme gegen rechts erheben.“ Rinderspacher weiter: „Die Preisträger machen sich – ganz im Sinne Hoegners – durch ihr Engagement in besonderer Weise um den Erhalt und die Sicherung der Freiheits- und Bürgerrechte verdient, denn sie „schweigen nicht. Sie melden sich zu Wort. Sie klären auf, sie erinnern, sie mahnen. Sie schauen nicht weg. Sie zeigen Gesicht, wenn, wann und wo immer es notwendig ist“, so Rinderspacher, denn: „Demo-

feindlichen Ausschreitungen in ostdeutschen Städten, der geplante Anschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums in der bayerischen Landeshauptstadt sowie die NSU-Morde. Hier sei es von großer Bedeutung, demokratische Werte zu verteidigen und die richtigen Antworten auf den rechten Terror zu geben. Genau dies sei den drei mit dem Hoegner-Preis ausgezeichneten Organisationen gelungen, sagte Ude. Der Münchner Oberbürgermeister hob die

Bildungsarbeit für Jugendliche der Weiße-Rose-Stiftung hervor. Der Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie“ stehe für eine Erinnerungskultur als Ermutigung zu demokratischem Engagement. Das „Bündnis für Toleranz“ verkörpere mit seinen 47 Mitgliedsorganisationen ein Bündnis aus der Mitte der Gesellschaft gegen rechts.

Dr. Hildegard Kronawitter, frühere SPD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der „Weiße-Rose-Stiftung“, wandte sich in ihrer Dankesrede gegen die rechtsextreme Gruppe mit dem Namen Freiheit, die im vergangenen Jahr eine „Weiße Rose“ gründete und damit versuche, via Internet die Öffentlichkeit mit ihrer antiislamischen Hetze zu erreichen. „Diesen Missbrauch, ja die Enteignung des sich zutiefst mit Freiheit und humanen Werten verknüpfenden Namen „Weiße Rose“ durch Ultrarechte lassen wir nicht zu“, sagte Kronawitter.

Der Geschäftsführer des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie“, Dr. Michael Parak, verwies in seinem Dankeswort auf die Ziele des Vereins: Die Integration und neue Formen bürgerschaftlichen Engagements stünden dabei im Zentrum. Die Auszeichnung sei Auftrag, sich weiterhin mit voller Kraft für die Demokratie einzusetzen.

Der evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und der Geschäftsführer des „Bündnisses für Toleranz“, Martin Becher, bedankten sich für den Wilhelm-Hoegner-Preis. Bedford-Strohm verwies auf die „große Kostbarkeit“ der Demokratie. Der Landesbischof appellierte an alle Bürger, Gebrauch von der Demokratie zu machen und wählen zu gehen. Den Politikern schrieb er ins Stammbuch, in ihren Wahlkampfreden rechtsextremen Einstellungen nicht in die Hände zu arbeiten.

Die **Weiße-Rose-Stiftung** wurde 1987 von den Überlebenden der Widerstandsgruppe Weiße Rose und dem weiteren Kreis von Angehörigen initiiert. Ziel der Weiße-Rose-

Stiftung ist es, im In- und Ausland die Erinnerung an den Widerstand der Weißen Rose wachzuhalten und Zeichen für die Zukunft zu setzen.

Die Organisation **„Gegen Vergessen – für Demokratie“** wurde 1993 vor dem Hintergrund rassistischer und fremdenfeindlicher Ausschreitungen gegründet. Über 2.000 Mitglieder setzen sich dafür ein, Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und das

Unrecht der SED-Diktatur wachzuhalten. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und politischer Teilhabe sowie die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus.

Das **„Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“** entstand 2005 auf Initiative der evangelischen und der katholischen Kirche. Die Mitgliedsorganisationen des Bayerischen

Bündnisses für Toleranz bekämpfen rechts-extreme, antisemitische und rassistische Einstellungen, Haltungen und Handlungen, nicht aber die Menschen, die hinter diesem Gedankengut und diesen Aktivitäten stehen.

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 100: Die Würde der menschlichen Persönlichkeit ist in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege zu achten.

**PREISTRÄGER 2014:
MARTIN SCHULZ**

**EIN SOZIALDEMOKRAT
FÜR EUROPA**



Der Preisträger Martin Schulz präsentiert gemeinsam mit SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher die Urkunde des Wilhelm-Hoegner-Preises 2014.
(Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion)

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, erhielt 2014 den Wilhelm-Hoegner-Preis von der BayernSPD-Landtagsfraktion als „Anerkennung für bereits erbrachte Leistungen, aber auch als Ermutigung, für das, was noch zu tun ist“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher beim Festakt am 17. November in der Münchner Residenz. Der Präsident des Europäischen Parlaments „gibt in Europa politische Orientierung vor“.

„Er verkörpert im europäischen Institutionengefüge wie kaum ein Zweiter das demokratisch-freiheitliche, das soziale, solidarische und allgemeinwohlorientierte Europa. Das verdient den Wilhelm-Hoegner-Preis.“ Rinderspacher bezeichnete den Sozialdemokraten an der Spitze der Europa-Abgeordneten, Martin Schulz, als „überzeugten und überzeugenden Europäer. (...) Martin Schulz fordert und er fordert heraus. Er verlangt Maßnahmen, die dem politischen Vermächtnis Wilhelm Hoegners entsprechen.“ Florian Pronold, der bayerische SPD-Landes-

vorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, hob die Gemeinsamkeiten von Preisträger Schulz und Namensgeber Hoegner hervor: Die Leidenschaftlichkeit und Wortgewalt, mit der Schulz für ein demokratischeres Europa und für die Stärkung des Parlaments eintrete, stehe in einer Traditionslinie mit dem großen Demokraten und Verfassungsautor Hoegner. „Danke, dass Du Deine Stimme erhebst“, sagte Pronold an Schulz gewandt. Die SPD-Politikerin und frühere Präsidentin der

| Würdige Umgebung für die Preisverleihung 2014 an Martin Schulz: der Max-Josef-Saal der Münchener Residenz. (Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion)



| Florian Pronold, Hans-Jochen Vogel, Gesine Schwan, Martin Schulz, Natascha Kohnen und Markus Rinderspacher (v.l.) beim Festakt zum Wilhelm-Hoegner-Preis 2014. (Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion)

Humboldt-Viadrina School of Governance, Prof. Dr. Gesine Schwan, bezeichnete Martin Schulz in ihrer Laudatio, als „jemand, der willens und in der Lage ist, die politische Sache über das persönliche Ego zu stellen.“ Er sei jemand, der „weit weg ist von Selbstgerechtigkeit und so überzeugend und glaubwürdig für Solidarität eintreten kann“. Sein politisches Handeln sei geprägt von „Tiefgang, großem Engagement – und ohne Bitterkeit“. Sein vorbildliches europäisches Engagement suche ständig neue Wege, um eine europäische Einigung zu erreichen. Martin Schulz betonte in seiner Dankesrede, der Wilhelm-Hoegner-Preis sei für ihn eine „außergewöhnliche Ehre“, denn Hoegner ist „ein Vorbild für jeden Demokraten und volksverbundenen Politiker“. Hoegner gehörte zu den Politikern, „die als Staatsräson in der Konsequenz unserer Geschichte nach diesem Krieg (...) zum ersten Mal die Konsequenz zog, zu sagen, Deutschland stellt sich in den Dienst der Völkergemeinschaft. Und macht das Wohl

der Staatengemeinschaft zur Staatsräson der Bundesrepublik, das ist etwas, worauf ich als deutscher Bürger stolz bin.“

Der EU-Parlamentspräsident betonte, für Volksvertreter sei es besonders wichtig, authentisch zu sein und sich selbst treu zu bleiben. Und dazu gehöre es auch, für die Menschen verständlich zu sein. Deshalb habe er für sich die „Konsequenz gezogen, Klartext zu reden, sodass man mich unterscheiden kann von den politischen Wettbewerbern und so zu reden, dass die Menschen, für die ich ins Parlament gehe, mich verstehen. Auch Wilhelm Hoegner war so einer, der so geredet hat, dass das Volk ihn verstand und der so geredet hat, dass jeder den Unterschied machen konnte zwischen ihm und den anderen.“ Martin Schulz sprach sich für eine Reform Europas aus und redete auch hier im Stil Wilhelm Hoegners Klartext. „Europa wird nur föderal funktionieren. Ein Brüsseler Zen-



| Der Präsident des Europäischen Parlaments bei seiner Dankesrede zur Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises 2014
(Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion)

tralismus wird von den Menschen nicht akzeptiert. Was man lokal machen kann, muss man lokal machen. Was man regional machen kann, muss man regional machen. Was man national machen kann, muss man national machen.“ Dafür benötige die Europäische Union die Instrumente, um das glaubwürdig zu machen. An allererster Stelle sieht Schulz ein voll gesetzgebungsfähiges Europäisches Parlament, das eine Europäische Kommission ein- oder absetzt.

Verfassung des Freistaates Bayern

Artikel 3a: Bayern bekennt sich zu einem geeinten Europa, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist, die Eigenständigkeit der Regionen wahrt und deren Mitwirkung an europäischen Entscheidungen sichert.

| Die SPD-Politikerin Gesine Schwan, Prof. Dr. Martin Schulz und der SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher (v. l.) im Gespräch.
(Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion)

Martin Schulz, geboren 1955 in Hehlrath, besuchte das Gymnasium, das er mit der Mittleren Reife verließ. Von 1975 bis 1977 absolvierte Schulz eine Ausbildung als Buchhändler und gründete fünf Jahre später eine eigene Buchhandlung in Würselen (Nordrhein-Westfalen). Seit 1974 ist Schulz Mitglied der SPD. 1984 wurde er in den Würseler Stadtrat gewählt und drei Jahre später zum Bürgermeister von Würselen.

Bei der Europawahl 1994 erlangte Schulz einen Sitz im Europäischen Parlament; seit der Europawahl 2004 hat er den Vorsitz der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament inne. 2009 wurde Schulz Europabeauftragter der SPD. Seit dem 17. Januar 2012 ist Martin Schulz Präsident des Europaparlaments.

Martin Schulz hat neben dem Wilhelm-Hoegner-Preis unter anderem das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, den internationalen Karlspreis zu Aachen und mehrere Ehrendoktorwürden erhalten.



Danksagung

Der vorliegende Band unserer Schriftenreihe „Der Freistaat“ geht auf eine Idee unseres Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher zurück. Die Ausgabe ist eine Gemeinschaftsarbeit der BayernSPD-Landtagsfraktion. Franz Maget, der frühere Vorsitzende der BayernSPD-Landtagsfraktion, hat selbst zahlreiche Persönlichkeiten mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis ausgezeichnet und dankenswerterweise den Überblicksbeitrag „Hommage an einen großen Ministerpräsidenten“ verfasst.

Der parlamentarische Berater Dr. Friedrich Weckerlein stand als gelernter Historiker mit Rat und Tat zur Seite. Meriten für Recherche und Dokumentation haben sich Marlena Königsbrügge und Christian Winklmeier erworben. Ich danke Michael Bock für das Verfassen von Beiträgen sowie technische Koordination, Daniela Schwenghagen für Fotorecherche sowie Johannes Meilhammer und Ralf Schweitzer von der Agentur shot one für Layout und Abwicklung. Mein besonderer Dank gilt Gudrun Rapke, der stellvertretenden Pressesprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion, für die Gesamtleitung des Bandes. Ohne ihren Einsatz hätte der Band in dieser Form nicht veröffentlicht werden können.



Volkmar Halbleib,
Parlamentarischer Geschäftsführer der
BayernSPD-Landtagsfraktion

Impressum

Herausgeber:
BayernSPD-Landtagsfraktion
Maximilianeum | 81627 München
Tel.: 089 – 4126 2050 | Fax: 089 – 4126 1351
info@bayernspd-landtag.de

V.i.S.d.P. Ulrich Meyer, Pressesprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion
Redaktion: Gudrun Rapke, stellvertretende Pressesprecherin

Herausgeber: Volkmar Halbleib, MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer der BayernSPD-Landtagsfraktion

Druck und Bindung: grafik + druck GmbH
Satz & Layout: shot one GmbH

Oktober 2015

Wilhelm-Hoegner-Preis

Der Wilhelm-Hoegner-Preis ist die höchste Auszeichnung, die die BayernSPD-Landtagsfraktion in Bayern vergibt.

Der Preis trägt den Namen des großen Sozialdemokraten und ersten bayerischen Ministerpräsidenten nach dem Zweiten Weltkrieg, der 1945 und 1946 sowie von 1954 bis 1957 die Bayerische Staatsregierung führte. Bereits als Landtagsabgeordneter (1924 bis 1930) und Reichstagsabgeordneter (1930 bis 1933) hatte Hoegner den Nationalsozialismus bekämpft. Nach der Machtergreifung Hitlers ging der Jurist Hoegner zunächst nach Österreich und anschließend ins Exil in die Schweiz. Historische Verdienste erwarb sich Hoegner als Autor der jüngsten Bayerischen Verfassung.

Die BayernSPD-Landtagsfraktion verleiht den Wilhelm-Hoegner-Preis stets „an eine Persönlichkeit oder Organisation, die sich in hervorragender Weise um die Erhaltung und Sicherung der Freiheitsrechte und Bürgerrechte im Freistaat verdient gemacht hat“.

Zu der stattlichen Reihe der bisher Ausgezeichneten gehören unter anderem Vor- und Querdenker wie der Schriftsteller Carl Amery, der Publizist Prof. Dr. Heribert Prantl oder die frühere brandenburgische Sozialministerin Dr. Regine Hildebrandt. Zuletzt wurde der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, für sein herausragendes politisches Engagement ausgezeichnet.

Alle Preisträger haben sich im Sinne Wilhelm Hoegners große Verdienste um den Freistaat Bayern erworben. Der Wilhelm-Hoegner-Preis soll Anerkennung und Dank für ihre Leistungen zum Ausdruck bringen.

bayernspd-landtag.de

DER **FREI**
STAAT

BAYERISCHE SCHRIFTEN
für soziale Demokratie